

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich, 28 Mk. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Die Interflon-Gebühr
 Beträgt für die hochgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 C. g. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Sammlungs-Kingelien 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inletale für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 8. Juni 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Gewerkschaft und Partei.

Die Diskussion über die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses ist in der Parteipresse sehr lebhaft. Sie knüpft insbesondere an die beiden Punkte der Verhandlungen an, in denen politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung am nächsten zusammenzutreffen: Generalstreik und Maisfeier. Während die Urteile über die übrigen Fragen und insbesondere die rein gewerkschaftlichen Angelegenheiten zumeist günstig lauten, erfährt die Behandlung der beiden genannten Fragen eine ziemlich einmütige Beurteilung. Wenn wir im Nachstehenden noch einige Bemerkungen zu der Behandlung des Generalstreiks und ihrer Beurteilung in der Parteipresse machen, so geschieht das aus der Erwägung, daß unseres Erachtens ein wesentlicher Gesichtspunkt dabei zu kurz gekommen ist. Wohl hat man von einem Gegensatz zwischen Gewerkschaft und Partei gesprochen und hat den Gegensatz von den verschiedensten Seiten beleuchtet. Vielfach ist er persönlich gefärbt worden. In dem schon Kautsky in seinem von uns zitierten Artikel in der „Neuen Zeit“ bemerkt, daß man gut tue, bei der Würdigung des Gegensatzes das persönliche Moment nach Möglichkeit auszuschalten, da er im Wesen der Gewerkschaften begründet liege. Auch die „Frankfurter Tagespost“ schrieb:

„Wir sind überzeugt, daß die Reibungsflächen zwischen Partei und Gewerkschaft nicht entstehen durch diesen oder jenen Vorfall oder Artikel oder Rede, sondern daß sie in der unvermeidlichen Tatsache begründet sind, daß die Klassenbewußte Arbeiterklasse gewerkschaftliche und politische Ziele verfolgen muß, daß sie aus inneren und äußeren Gründen nicht eine Leitung für die beiden Zweige der Bewegung haben kann, daß sie deren zwei haben muß. Hieraus ergeben sich, selbst den besten Willen der Beteiligten vorausgesetzt, Reibungsflächen. Diese stets geduldet zu halten, nie raub werden zu lassen, ist eine Aufgabe, die um so dringender wird, je mehr sich die beiden Zweige der Arbeiterbewegung entwickeln. Diese Notwendigkeit jedermann enthält zu haben, ist die Hauptleistung des Kongresses. Wenn mancher über seinen Verlauf scharf urteilt, so glauben wir, daß das nicht unbedingt notwendig ist. Man kann auch ohne Beschlüsse feststellen, was ist und damit neue Aufgaben zeigen, die der Lösung harren, die aber in Köln noch nicht gelöst werden konnten.“

Das beste Mittel, Reibungen zu vermeiden, sehen wir in der Klärung des Bewußtseins von der Verschiedenartigkeit der Aufgaben der gewerkschaftlichen und der politischen Organisation. Einen Mangel an dieser Klarheit, mindestens den Mangel des ausdrücklichen Hervorhebens der Verschiedenartigkeit der Aufgaben bemerkt man allerdings auch an dem Gewerkschaftskongresse selbst und daraus dürften sich viele der übertrieben scharfen Urteile erklären, die über die Verhandlungen gefällt worden sind.

Wenn bei der Konstatierung des gefundenen Gegensatzes zwischen Gewerkschaft und Partei so häufig das Wort angewendet wurde: „Aussprechen was ist“, so sind wir überzeugt, daß es auch bei der Feststellung der Verschiedenartigkeit der Aufgaben beider Organisationen nur darauf ankommt, es auszusprechen, um gerade dadurch der Beurteilung der Vorgänge die fördernde Hilfe zu nehmen.

Unbestritten ist, daß nach der Entwicklung der beiden Organisationsformen in Deutschland die Aufgabe der Gewerkschaften die Regelung der unmittelbaren Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern ist. Man hat man zwar auf den Vergarbeiterstreik verwiesen zum Beweise dafür, daß ein Streik auch politische Wirkungen haben kann. Man hat aus dem Umstande, daß dieser Streik seine Absichten nicht unmittelbar durch Einwirkung auf die Unternehmung, sondern durch Einwirkung auf die Gesetzgebung teilweise durchzusetzen vermochte und dies auch von vornherein beabsichtigt habe, den Schluß gezogen, daß der Streik kein rein wirtschaftlicher, sondern ein politischer Kampf war. Wir können das in dieser Form nicht zugeben. Auch die Gesetzgebung sollte in diesem Falle nur zur Regelung unmittelbarer Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern in Bewegung gesetzt werden. Insofern ist der Streik dennoch ein rein wirtschaftlicher Kampf geblieben. Das Entscheidende ist nicht die Einwirkung auf die Gesetzgebung, das Entscheidende sind die Forderungen, die von den Streikenden gestellt wurden, und das waren wirtschaftliche Forderungen. Unnötig zu sagen, daß die Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen und politischen Forderungen natürlich nur mehr methodologisch ist; quantitativ sind sie natürlich am letzten Ende so wenig zu trennen wie die Aufgaben der gewerkschaftlichen und der politischen Organisationen. Und daß der Vergarbeiterstreik dennoch auch weitere politische Bedeutung und Wirkungen hat, ändert an dieser Würdigung nichts. Diese Wirkungen sind erst durch das Verhalten der politischen Parteien entstanden.

In seinen unmittelbaren Absichten und Wirkungen ist also der Vergarbeiterstreik im Rahmen der Aufgaben geblieben, die den Gewerkschaften unbestritten zufallen.

In gewissen Gewerkschaftskreisen, und zwar in solchen, die die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften stärker betonen als andere, wird ja der Gedanke propagiert, die Politik überhaupt von gewerkschaftlichen zu betreiben, reine Gewerkschaftsmandatanten für politische Wahlen aufzustellen und folgerichtig auch den Gewerkschaften die Wahrung der politischen Rechte der Arbeiter zu überlassen. Wie nahe sich doch oft die Gegensätze berühren! Gerade solche Kritiker des Gewerkschaftskongresses, die den vorerwähnten Gedanken mit größter Entschiedenheit ablehnen würden, tabeln den Kongress am schärfsten, daß er sich zu der rein politischen Aufgabe: der Erörterung und Propagierung des politischen Massenstreiks, ablehnend verhielt. Wir hätten an der Art der Verhandlungen in Köln manches anders gewünscht; wir haben bereits gesagt, daß wir die Ursache dafür in einem Mangel an Klarheit über das Unterscheidende finden. Aber daß die Gewerkschaftsorganisation mit dem politischen Massenstreik nichts zu tun haben will, halte wir für ganz richtig. Wir wünschen

nicht, daß die politischen Aufgaben der organisierten Arbeiterklasse von den Gewerkschaften übernommen werden. Wir würden darin eine Gefahr für die deutsche Arbeiterklasse sehen. Die politische Gewerkschaft: das bedeutet die reine Gewerkschaftspolitik mit ihrer Gefahr der Versumpfung in die zünftlerische Politik der Verfestung bloßer Berufsinteressen. Zwar darf man sich zu dem Gewerkschaftler, der in seiner Organisation die reine Demokratie durchgeföhrt hat, soviel demokratisches Bewußtseins versehen, daß er auch für demokratische Gestaltung der öffentlichen Einrichtungen eintreten werde, wie das beispielsweise die Gewerkschaften Australiens tun. Aber in der Demokratie erschöpfen sich ja die Ziele der proletarischen Bewegung nicht. Es ist ein Vorteil der deutschen Arbeiterklasse, daß sie ihre selbständige politische Organisation hat mit einem sozialistischen Ziele. Hätte der Gewerkschaftskongress erklärt, wir haben lediglich gewerkschaftliche Aufgaben, in diesen Rahmen gehört der politische Massenstreik zur Erlämpfung politischer Rechte oder zur Verhinderung politischer Entrechtung nicht hinein, das überlassen wir der politischen Organisation der Arbeiter, dann hätte kaum jemand etwas dagegen eingewendet.

Kun ist es ja richtig, daß am Ende die Personen zum größten Teil dieselben sind. Wenn sozialdemokratische Arbeiter zu politischen Aktionen auf den Plan treten, so werden das auch zumeist Mitglieder gewerkschaftlicher Organisationen sein, und so könnte es scheinen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen es sind, die die Grundlage für das planmäßige Handeln der sozialdemokratischen Arbeiter zu politischen Zwecken schaffen und darum, so könnte man weiter schließen, organisieren eigentlich die Gewerkschaften die Arbeiter für den politischen Massenstreik. Das ist indessen ein Trugschluß, verursacht durch bloßen Gleichklang der Worte. Weil man sich gewöhnt hat, in der Arbeitereinstellung, im Streik, ein gewerkschaftliches Kampfmittel zu sehen und weil er das bisher in der Hauptsache auch war und weil zum Streik die regelmäßige wöchentliche Streikunterstützung gehört, zu der die Gewerkschaften die Fonds sammeln, deshalb meint man, hätten nun auch die Gewerkschaftsorganisationen mit dem politischen Massenstreik etwas zu tun. Der politische Massenstreik ist aber eben ein politisches Kampfmittel und deshalb haben nach unserer Auffassung die Gewerkschaften nichts mit ihm zu tun. Man überlasse es ruhig den Gewerkschaften, die Arbeiter überhaupt zu organisieren und zu gemeinsamem Handeln zu erziehen. Auch die Partei schafft doch Organisationen und wirkt erzieherisch zu planmäßigem Handeln. Wenn davon die Rede war, daß die Gewerkschaften dazu neigen, die Arbeiter an den Gedanken des Ausdrucks auf dem Gewonnenen zu gewöhnen, ja wozu haben wir denn dann die sozialdemokratische Propaganda? Deren Aufgabe ist es, die Köpfe zu revolutionieren und die Arbeiter reif zu machen für die Tat, sie dahin zu bringen, daß sie für die Erlämpfung politischer Rechte und Freiheiten im Notfall das letzte wagen und sie mit sozialistischem Geiste zu erfüllen.

Da sagt man: „Die Aufgabe, deren Lösung man von Bismarck erwarten mußte, war die, die Stellung der Gewerkschaften zu jener Form des Generalstreiks zu bestimmen, der als letztes Verteidigungsmittel im Augenblick höchster Not gegen rechtlose Gewalt anzuwenden ist.“

Freilich wird hinzugefügt: „Kun ist es klar, daß die Aktion gegen die Gewaltstreiche der Reaktion in erster Linie eine Sache der Partei ist, daß es ihr zusteht, darüber zu beraten, welche Mittel man im entscheidenden Augenblick anzuwenden hat. Es wäre daher wohl besser gewesen, wenn der Gewerkschaftskongress zu der Frage des Generalstreiks erst Stellung genommen, nachdem die Haltung der Partei schon feststand. Dann wäre die Frage wohl auch scharfer dahin formuliert worden, inwieweit die Gewerkschaften eine solche Aktion, die der Arbeiterklasse durch die Umstände aufgezwungen werden könnte, moralisch und finanziell unterstützen würden.“

Also, wenn schon angegeben wird, daß hier Fragen zur Erörterung stehen, deren Lösung der politischen Organisation zufällt, wozu verlangt man dann von den Gewerkschaften, sie sollten erklären, wie sie sich die Lösung denken? Man muß sich immer gegenwärtig sein, daß es Vertreter der Gewerkschaften waren, die in Köln verhandelt und beschlossen haben, daß für sie also der gewerkschaftliche Standpunkt allein maßgebend war, gleichviel ob das offen ausgesprochen oder auch nur überhaupt klar erkannt worden ist oder nicht. Von diesem Gesichtspunkt aus muß man die Vorgänge würdigen. Dann kann man nicht zu den pessimistischen Urteilen kommen, die vielfach gefällt worden sind.

Es ist dann erhebliches Gewicht darauf gelegt worden, daß den Gewerkschaften empfohlen wird, den politischen Massenstreik (eigentlich — anarchisistisch — Generalstreik) nicht zu diskutieren. Es ist ja nun dadurch die Partei nicht verhindert, dieses wie irgend ein anderes Kampfmittel zu diskutieren. Wenn aber von derselben Seite aus gleichzeitig für die Bedeutung des Streiks als politisches Kampfmittel auf die Vorgänge in Russland, auf die glänzende Anwendung des politischen Massenstreiks in Russland verwiesen wird, so möchten wir doch darauf aufmerksam machen, daß gerade die russischen Arbeiter am allerwenigsten Gelegenheit zur Diskussion dieses Kampfmittels hatten.

Noch einen Umstand möchten wir hervorheben, der uns in diesem Zusammenhange bedeutungsvoll scheint und die Beurteilung der Ausrufungen Bismarcks beeinflussen sollte. In Anknüpfung an die Vorgänge in Hamburg wies er darauf hin, was man dem machen solle, wenn schon die Versammlungen nur halb gefüllt gewesen seien. Das ist in der Tat wichtiger als die Diskussion neuer Kampfmittel, ohne daß wir natürlich eine solche Diskussion für unnütz erklären wollen. Wenn das Interesse der Massen für die Sache, für ihr politisches Recht nicht ausreichend ist, dann hat die Propaganda auf diesem Gebiete noch reichliche Arbeit. Solange das Kampfbiet noch

nicht genügendes Interesse erweckt, da steht die Diskussion der Kampfmethoden in zweiter Linie. Man hat gespottet, daß die große deutsche Partei mit ihren drei Millionen Reichstagswählern noch nicht imstande ist, den Fortschritt in Deutschland entscheidender zu fördern als bisher. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, drei Millionen seien in Deutschland noch viel zu wenig, das Doppelte und Dreifache sei nötig. Ja, diese drei Millionen sind zwar eine große Zahl, aber dennoch ist es richtig, daß leider noch Millionen Proletarier ihre politischen Rechte so gering schätzen, daß sie entweder gar keinen Gebrauch davon machen oder die offenen Feinde der Arbeiter wählen. Da ist allerdings, so wertvoll die Erörterung der Kampfmethoden ist, die Propaganda für die Erweckung des Klassenbewußtseins noch erheblich wichtiger. Die klarste Erkenntnis von der Nichtigkeit dieses oder jenes Kampfmittels und von den Formen seiner Anwendung bleibt wirkungslos, wenn in großen Massen noch jedes Klassenbewußtsein überhaupt mangelt. Solche Erwägungen sind auch für Gewerkschaften im allgemeinen mit in Frage gekommen. Was sind am Ende die fünfviertel Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter gegen die Masse des deutschen Proletariats? Da kann man es wohl begreifen, daß sie den Wunsch haben, zunächst einmal die Masse des Proletariats zu gewinnen und die Diskussion von Kampfmitteln, die ihnen bei Betrachtung ihrer relativ geringen Zahl noch aussichtslos erscheinen, vorläufig ablehnen. Sieht man die Dinge von diesem Gesichtspunkte an, so ist zu pessimistischen Auffassungen über die Behandlung der Frage auf dem Gewerkschaftskongresse kein Grund und vor allem kein Grund zu pessimistischer Betrachtung des Gegensatzes, der zwischen Partei und Gewerkschaft zu bestehen scheint. Es besteht nur ein Unterschied der Aufgaben, und ein Gegensatz entsteht nur, wenn man diese Unterscheidung unterläßt.

Ein gefündigter König.

Die seltsamste Revolution, die man jemals erlebt, eine Revolution, die alle Behauptungen Lügen straft, daß Umwälzungen nur durch Gewalt und Blutvergießen herbeigeföhrt werden können, hat sich in Skandinavien ereignet. Es ist gewissermaßen eine Revolution durch eingeschriebenen Brief! Das norwegische Volk teilt seinem bisherigen König auf die lebenswichtige und verbindlichste, aber auch auf die entschiedenste Weise mit, daß es sich leider genötigt sehe, die bisherige Geschäftsverbindung mit ihm zu lösen.

Seit dem 7. Juni 1905 ist Norwegen ein selbständiges Reich und Schwedens König hat aufgehört, auch in Norwegen angestammt zu sein. Der Bruch der norwegisch-schwedischen Union ist eine vollendete Tatsache, wenigstens für die Norweger. Nach den nun geföhrt Störthingsbeschlüssen ist es auf friedlichem Wege ganz unmöglich, Norwegen länger in der staatsrechtlichen Vereinigung mit Schweden zu erhalten, die in ihrem neunzigjährigen Bestehen von den Norwegern nur zu oft als Zwang empfunden worden ist. Die Angelegenheit, die nun zuguterletzt zum Bruch geföhrt hat, der Kampf um die Konsulate, scheint auf den ersten Blick nicht so außerordentlich wichtig, um solche Wirkungen herbeizuföhren. Aber die Norweger haben es seit Jahrzehnten bereits als ein unleidliches Verhältnis empfunden, ihre Interessen im Auslande von Konsuln vertreten zu lassen, die sich doch naturgemäß vor allem als Schweden fühlten. Durch ein rechtzeitiges Entgegenkommen der schwedischen Regierung hätten die Norweger ihr eigenes Konsulatswesen schon lange erhalten können und offenbar ohne tatsächliche Schädigung der schwedischen Interessen. Als sich aber die Verhandlungen mit Schweden jahrelang hinzogen, und als sie endlich Erfolg zu versprechen schienen und bei den letzten Störthingswahlen die in den Unionsfragen gemäßigten Sammlungspartei aus Anderkam, aber das schwedische Ministerium Boström plötzlich durch seine herausfordernde Haltung einen Sturm der Entrüstung in Norwegen heraufbeschwor, da schien hier kein anderer Ausweg mehr möglich, als selbständig und ohne weitere Verhandlung das Verlangte durchzuführen. Man wählte den Weg, durch Beschluß eines Gesetzes und Kündigung des gemeinsamen Konsulatswesens auf den 1. April 1906 die Angelegenheit so schnell wie möglich zu regeln. Nachdem dann aber der König dem Gesetz seine Zustimmung versagte, — es war dies, wie „Social-Demokraten“ seinerzeit treffend bemerkte, das erste Mal, wo die Norweger ihren König hätten brauchen können — hat nun auch er seine Kündigung erhalten.

Was wird nun Norwegen staatsrechtlich werden? Einstweilen ist es eine Republik. Die Regierung hat die Gewalt übernommen, ohne über sich einen König zu haben. Wird es eine Republik bleiben oder ist dieser Zustand nur als Provisorium gedacht? Nach der eigenartigen Adresse, die das Parlament an den gefündigten König gerichtet hat, könnte man meinen, daß das Volk ohne einen Throninhaber nicht auskommen könne. Die Adresse teilt dem bisherigen König nicht nur seine Kündigung mit, sondern gibt ihm auch anheim, aus seiner Familie einen Geschäftsnachfolger zu stellen. Dieses ehrenvolle Anerbieten wird aber ausdrücklich damit motiviert, daß man dem Könige helfen wolle, wie das norwegische Volk gegen ihn persönlich gar nichts habe. Vielleicht entspringt also dieses Anerbieten, der abgesetzte König solle einen neuen stellen, nicht sowohl einem unantastbaren monarchistischen Gange als vielmehr der Absicht, die Angelegenheit so ruhig und höflich wie möglich zu erledigen. Da sich ein auf diese Weise ausgeschiffter König schwerlich dazu verstehen wird, einen Ersatzmann zu beschaffen, so stellt man vermuthlich das Angebot in der sicheren Erwartung der Ablehnung und lehnt es der bisherige König wirklich ab, dann hat Norwegen

alles getan, was in seinen Kräften stand, um einen neuen König zu kriegen, und es ist nicht sein böser Wille, wenn es nun mangels eines geeigneten Angebotes sich demernd ohne Monarchen behilft.

Auf jeden Fall beweist das Vorgehen, daß der monarchistische Aberglaube nicht allzu tief in Norwegen mehr wurzelt. Europa beginnt tatsächlich republikanisch zu werden, nachdem es vor dem Kosakischwerden noch in letzter Stunde durch den Zusammenbruch des russischen Absolutismus bewahrt worden ist.

Der König von Schweden hat einstweilen gegen das Verfahren protestiert und nicht seine Krone kundgetan, aus seinem Hause Norwegen mit einem neuen König zu versorgen. Die norwegische Presse verrät ruhige Sicherheit, die schwedische lächelt über „Revolution“.

Eine auffällige Wirkung scheint die politische Umwälzung auf den Reiz der norwegischen Naturschönheiten zu haben. Wilhelm II. hat plötzlich seine übliche Nordlandsfahrt abbestellt!

Ueber die Vorgänge berichten die folgenden Telegramme:
Nachdem die Regierung Mittwochvormittag in der Sitzung des Storting die Erklärung abgegeben hatte, daß sie heute von ihren Ministern zurückgetreten sei, sagte das Storting einstimmig und ohne Debatte folgenden Beschluß:

Da sämtliche Mitglieder des Staatsrates ihre Ämter niedergelegt haben, da Se. Majestät der König sich außerstande erklärt hat, dem Lande eine neue Regierung zu verschaffen, und da die konstitutionelle Königsmacht somit außer Wirksamkeit getreten ist, ermächtigt das Storting die Mitglieder des heute abgetretenen Staatsrates, bis auf weiteres als die norwegische Regierung die dem König zustehende Macht auszuüben in Uebereinstimmung mit der Verfassung Norwegens und den geltenden Gesetzen, mit den Änderungen, die dadurch notwendig werden, daß die Vereinigung mit Schweden unter einem König als Folge davon aufgelöst ist, daß

der König ausgetreten ist,

als norwegischer König zu fungieren.

Staatsminister Michelsen nahm im Namen der Regierung die ehrenvolle, aber schwierige Aufgabe an, die das Storting ihm übertragen hat.

Ferner wurde gegen die fünf Stimmen der Sozialisten folgende Adresse an den König

angenommen:

Majestät, da sämtliche Mitglieder des Staatsrats heute im Storting ihre Ämter niedergelegt haben, und da Ew. Majestät sich nicht imstande sehen, dem Lande eine neue Regierung zu verschaffen, ist die konstitutionelle Königsmacht in Norwegen somit außer Wirksamkeit getreten. Es ist daher eine Pflicht für den Storting als Vertreter des norwegischen Volkes gewesen, unverzüglich die Mitglieder des bisherigen Staatsrats zu ermächtigen, als norwegische Regierung bis auf weiteres die dem König zustehende Macht auszuüben in Uebereinstimmung mit der Verfassung des Königreichs Norwegen und den geltenden Gesetzen mit den Änderungen, welche dadurch notwendig werden, daß die Vereinigung mit Schweden, welche einen gemeinsamen König voraussetzt, als Folge davon aufgelöst ist, daß der König ausgetreten ist, als norwegischer König zu fungieren. Der Gang der Entwicklung, der mächtiger gewesen ist als der Wunsch und der Wille des Einzelnen, hat zu diesem Resultat geführt. Die 1814 eingegangene Union ist bereits von der ersten Stunde an in ihrem Wesen und Inhalt von beiden Völkern verschieden aufgefaßt worden.

Von schwedischer Seite sind Bestrebungen ausgegangen, die Gemeinschaft auszuweiden, von norwegischer Seite Bestrebungen, sie auf die in der Reichsakte vorgeschriebene Gemeinschaft zu beschränken und im übrigen die Alleingewalt beider Reiche in allen Angelegenheiten geltend zu machen, welche nicht in der Reichsakte als unionele bezeichnet sind. Der prinzipielle Gegensatz in der Auffassung über den Charakter der Union hat viel Mißverständnis zwischen den Völkern hervorgerufen und manche Reibungen veranlaßt. In der Auffassung, welche während der letzten Verhandlungen zwischen beiden Reichen von der schwedischen Regierung gegenüber Norwegen geltend gemacht ist, hat das norwegische Volk eine Kränkung seines verfassungsmäßigen Rechts, seiner Selbständigkeit und seiner nationalen Ehre sehen müssen. Die Union hatte ihre Berechtigung, solange sie dazu beitragen konnte, die Wohlfahrt und das Glück beider Völker zu fördern unter Wahrung ihrer Selbständigkeit als souveräne Staaten.

Aber über der Union steht für uns Norweger unser norwegisches, für die Schweden das schwedische Vaterland, und wertvoller als eine politische Verbindung sind das Solidaritätsgefühl und ein freiwilliges Zusammenhalten beider Völker. Für dieses Solidaritätsgefühl zwischen dem norwegischen und schwedischen Volke, welches das Glück beider Völker sichern und ihre Stärke nach außen sein sollte, ist die Union eine Gefahr geworden. Wenn die Vereinigung jetzt gelöst wird, hat das norwegische Volk keinen höheren Wunsch, als in gutem Verständnis mit allen und nicht zum wenigsten mit dem Volk Schwedens und der Dynastie zu leben, unter deren Leitung unser Land trotz vieler und bitterer Unionsstreitigkeiten ein so bedeutendes geistiges und materielles Wachstum erfahren hat.

Als Zeugnis dafür, daß die Arbeit und der Kampf des norwegischen Volkes für die volle Selbständigkeit des Vaterlandes nicht in irgend welcher Mißstimmung gegen das Königs Haus oder das schwedische Volk begründet gewesen und keine Bitterkeit gegen einen von diesen hinterlassen hat, ersucht das Storting ehebeneigentlich um Ew. Majestät Mitwirkung, daß einem Prinzen aus Ew. Majestät Hause gestattet wird, unter Aufgabe seines Erbrechts an den Thron Schwedens die Wahl zum König von Norwegen anzunehmen.

Der Tag, an dem das norwegische Volk seinen eigenen König erhält, um den alten Thron Norwegens zu besteigen, wird eine Ära ruhigerer Arbeitsbedingungen für Norwegen, eines guten, herzlichen Verhältnisses zum schwedischen Volke und des Friedens, der Eintracht und treuen Zusammenhaltens im Norden zum Säug der Kultur der Völker, ihrer Freiheit und ihrer Selbständigkeit einleiten.

Darvon überzeugt, wagt das Storting die sichere Hoffnung auszusprechen, daß das, was jetzt geschehen ist, sich zum Guten für alle wenden wird, auch für Ew. Majestät, für dessen Person das norwegische Volk Hochachtung und Ergebenheit bewahren wird.

Nachdem das Storting seinen Beschluß gefaßt hatte, hielt Präsident Berner eine kurze Rede, in der er die erste Bedeutung des heute getanen Schrittes hervorhob. Er schloß mit dem Wunsche: Gott bewahre das Vaterland, in den die ganze Versammlung einstimmte.

Eine neue Staatsrats-Sitzung wird heute nachmittags 5 1/2 Uhr abgehalten werden. Der Staatsrat wird in dieser Sitzung die Verteilung der einzelnen Ressorts vornehmen.

Es verläutet, Handelsminister Arctander werde die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, Hagerup-Vull das Justiz- und Wohnner das Revisionsdepartement übernehmen.

Der Protest des gekündigten Königs.

Stockholm, 7. Juni. Der König sandte heute folgendes Telegramm an den Staatsminister Michelsen nach Kristiania: Ich habe die Mitteilung des Staatsrats empfangen und lege bestimmten Protest gegen die Handlungsweise der Regierung ein.

Der schwedische König sandte auch ein Telegramm an den Präsidenten des Storthings, Berner, in dem er ihm mitteilt, daß er an den Staatsrat Michelsen telegraphisch bestimmtesten Protest gegen die Handlungsweise des Staatsrats gerichtet hat.

Die Stimmung in Norwegen.

Kristiania, 7. Juni. In der Stadt herrscht ruhige Stimmung. Vor dem Storthingsgebäude war den ganzen Tag eine große Menschenmenge angeammelt, welche die Mitglieder der Regierung und den Präsidenten des Storthing Berner beim Verlassen des Gebäudes mit Hurraufen begrüßte. Als Präsident Berner die Johannesstraße passierte, wo eine Militärkapelle spielte, wurde die Nationalhymne intoniert. Die Menge bildete, die Häupter entblößend, Spalier und grüßte den Präsidenten.

Schwedischer Preßlärm.

Stockholm, 7. Juni. Die hiesigen Blätter, welche noch in der Lage waren, Bepredigungen über die heutige Begebenheit in Norwegen zu bringen, stellen fest, daß eine Revolution ausgebrochen sei, und behaupten, daß die Union nicht allein durch den Beschluß Norwegens aufgelöst werden könne. Dazu gehören auch die Zustimmung Schwedens.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Juni.

Die Geschäftsordnung des Geklerhutes!

Die jüngsten Veröffentlichungen von Hans Leuz aus dem Nachlaß des ehemaligen Kreuzzeitungsredakteurs Freiherrn v. Hammerstein haben der Öffentlichkeit wieder einmal gezeigt, wie im Grunde unsere konservativen Royalisten, wenn sie unter sich sind, ihre Königs-treue betätigen. Die Ausdrücke über die Person des heute regierenden Königs, die in einzelnen Briefen von den hochkonservativen Monarchisten angewendet worden sind, waren derart, daß sie der Herausgeber nur mit Punkten anzudeuten gewagt hat.

Im Geiste des seligen Herrn v. Hammerstein scheint nun die „Kreuzzeitung“ diesen Eindruck wieder vertiefen zu wollen, indem sie ihr monarchistisches Paradespieß zu besonders tollen Sprüngen aufpeitscht. Von einem angeblich preussischen Juristen, der freilich nach seiner juristischen Logik schon durch das erste Examen gefallen sein müßte, läßt sich das Hauptorgan des preussischen Junkertums eine Betrachtung über das Unerhörte schreiben, daß die Sozialdemokraten vor höchsten Ovationen, die der Reichstag für notwendig hält, den Saal verlassen. Der Kreuzzeitungsjurist entdekt, daß durch dieses Verhalten die Verfassung zweifellos verletzt werde. Die sozialdemokratische Partei, so schreibt der Jurist, „hegt das deutsche Volk gegen die Führer des deutschen Heeres auf durch Chinabriefe und andere Erzählungen von Untaten deutscher Truppen, durch Aufhebung von Soldatenmishandlungen; das Vertrauen zu den deutschen Gerichten, welches mit Recht in den weitesten Kreisen lebt, wird von ihr durch Schmähungen und adulatorische Jungendrederei erschüttert; der preussische Landtag wird höhnisch und unwohl als Klassenparlament diskreditiert; vor allem aber sucht man die Ehrfurcht vor den Trägern der Krone auszurotten, soweit man glaubt nicht mit den Strafgesetzen in Konflikt zu kommen. Denn die Parole ist, so lange wie möglich auf gefügtem Wege das Bestehende zu unterminieren.“

Wie beweist nun der Jurist nach solcher Anerkennung der sozialdemokratischen Gefeglichkeit, daß trotzdem die Nichtteilnahme an einer höchsten Demonstration verfassungswidrig sei? Natürlich kann er keine Bestimmung in der Verfassung, noch in den Gesetzen angeben, die den Staatsbürger, geschweige denn immunen Reichstags-Abgeordneten verpflichtet, höchste Ehrenbezeugungen zu erdulden. Er begnügt sich zunächst mit der Feststellung, daß das „Verbrechen“ der sozialdemokratischen Fraktion vorbedacht sei, und wenn es „gerechte Strafe“ finden würde, so werde sich die Öffentlichkeit nicht dagegen aufblenden. Der Jurist beruft sich darauf, daß auch in der Unterlassung der üblichen Ehrfurchtsbezeugung eine Majestätsbeleidigung liegen könnte. Das ist nun freilich eine ganz absurde Auffassung, wenn auch schon zuweilen der Versuch gemacht worden ist, die Unterlassung eines Hurraufes in einer Versammlung oder das Eigenbleiben als Majestätsbeleidigung zu denunzieren. Diese Auffassung führt geradezu Wege zu der Schamlosigkeit äußerster Tyrannei, die sich nicht damit begnügt, Angriffe wörtlicher oder tätlicher Natur gegen die Majestät zu verfolgen, sondern die auch nach dem Vorbilde des Saluziers vor dem Geklerhut positive Ehrfurchtsbezeugungen zu erpressen bemüht ist.

Immerhin ist noch keine staatsanwaltschaftliche Phantasie auf den Gedanken gekommen, daß jemand sich strafbar machen könnte, der an einer monarchistisch demonstrierenden Versammlung nicht teilnimmt, oder vor Ausbrüchen der monarchistischen Gesinnung das Lokal verläßt. Man könnte auch sonst nach dieser Methode jeden Staatsbürger wegen Majestätsbeleidigung verfolgen, der es etwa unterläßt, bei höchsten Feiern Spalier zu bilden, oder der vor Antritt der Hofsquipagen sich zurückzieht. Um nichts anderes handelt es sich ja bei der sozialdemokratischen Fraktion. Sie unterläßt gar keine Ehrfurchtsbezeugung, zu der sie ohnehin nicht verpflichtet ist, sondern sie nimmt überhaupt nicht an der höchsten Demonstration teil.

Judem aber ist der Reichstags-Abgeordnete ja immun. Der Jurist freilich meint, es geschähe nicht in Ausübung ihres Berufes, daß Abgeordnete den Saal in einem Augenblick verlassen, der ihnen gefällt. „Ist alles frei,“ fragt er, „was subjektiv ein hirnärztlicher Abgeordneter, welcher die Zerstörung des Staates und der Verfassung als Ziel setzt, als Ausübung seines Berufes ansieht?“ Es handele sich nur um Ausübung des Berufes im Sinne der Verfassung, und danach würden Majestätsbeleidigungen, wie sie die Gruppe der sozialdemokratischen Abgeordneten gelibt hat, nicht immunität sein.

In der Tat ein wahrhaft hirnärztlicher Jurist! Erst behauptet er, daß durch die Verfassung geboten sei, Hurra zu rufen und nachdem er diese blöde Behauptung vorangestellt hat, folgert er daraus, daß die Immunität sich nur beschränkt auf Handlungen, welche nach der Geistesverfassung eines „Kreuz-Zeitungs“-Juristen geistig sind. Immerhin hat der preussische Jurist der „Kreuz-Zeitung“ noch Bedenken, ob man wohl sozialdemokratische Abgeordnete wegen Majestätsbeleidigung verfolgen könne, weil sie den Saal in einem ihnen geeignet erscheinenden Moment verlassen, und darum fordert er nun, daß der Reichstag von „allen das Vaterland und die Gerechtigkeit liebenden Männern dahin gedrängt werden“ soll, daß sich der Reichstag eine Ordnung gibt, mittels deren er Vorgehen in seinem Schoße, soweit sie von gerichtlicher Ahndung befreit sind, selbst mit geeigneten Strafen belegt. Diese Strafen könnten hinsichtlich der Ehrwürdigkeiten gegen den Kaiser nur die Suspension des Rechtes der Teilnahme an den Verhandlungen und Beschläßen des Reichstages sein.

Der verfassungsgeschädigende Jurist kommt also zu dem Ergebnis, daß die Grundrechte der Verfassung durch eine im Stil des Geklerhutes komponierte Geschäftsordnung außer Kurs gesetzt werden müßte.

So toll diese juristischen Ausführungen sind, so lohnt es sich doch festzustellen, daß ein politisches Organ, das den Anspruch macht, ernst genommen zu werden, an leitender Stelle Betrachtungen veröffentlicht, die für den Reichstags-Abgeordneten nicht nur einen Hurrauzwang konstituieren — der von Sozialdemokraten aufgenommen, doch nur Verhöhnung und tatsächliche Majestätsbeleidigung sein könnte —, sondern die auch fordern, daß die Weigerung, dem Geklerhut zu saluzieren, mit der Aberkennung des Reichstagsmandats oder, was dasselbe ist, mit der Ausschließung von der Teilnahme an den Reichstagsverhandlungen bestraft werden soll.

Sollte in der „Kreuzzeitung“ noch ein Redakteur sitzen, der trotz der heißen Hoffestage noch nicht den Verstand völlig verloren hat, so möchten wir an ihn die Frage richten: Wenn im Laufe der Entwicklung das Deutsche Reich eine Republik werden würde und die bisherigen preussischen Monarchisten, wie wir annehmen, selbstverständlich in ihrer Königs-treue beharren, was würden sie von einem sozialdemokratischen Juristen dann halten, der verlangen würde, daß jeder Abgeordnete auszuschließen sei von den parlamentarischen Verhandlungen, der nicht an republikanischen antimonarchistischen Kundgebungen sich aktiv beteiligt?

Die „Kreuzzeitung“ hat schon einen ausgedienten General, der von Zeit zu Zeit die Sozialdemokratie tot betet — auf die wunderlichste Weise. Nun hat sie sich auch einen Juristen zugelegt, der in demselben Stil Rechtsbetrachtungen anstellt.

Rechnet denn das Blatt nur noch auf verrückte Leser? —

Die Marokkofrage.

Die „Times“ ist in der Lage, den Wortlaut der marokkanischen Antwort auf die Vorschläge des französischen Gesandten Tailandier mitzuteilen. Die Note, die den Abschied des Ministers Delcassé besiegelt hat, lautet:

Die marokkanische Regierung hat Euerer Excellenz bereits mitgeteilt, daß die Bevölkerung von Marokko die Annahme von Militärreformen davon abhängig macht, daß alle Signatar-Mächte der Madrider Konvention an den Beratungen darüber teilnehmen. Wir haben seiner Exzellenz Majestät die von der französischen Regierung ergangene Antwort unterbreitet, und aus unserer Erwiderung sollte diese erhellen, haben, daß sie mit Unrecht behauptete, wir hätten bei Anregung des Gedankens, eine dritte Macht solle bei Durchführung der Reformen als Vermittler fungieren, eine Veränderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Marokko und Frankreich bezweckt. Wir haben trotzdem seiner Exzellenz Majestät Euerer Excellenz Forderung einer Revision der angeblich von einem Mangel an Vertrauen zu der französischen Regierung diktiert gewordenen Entscheidung des Maghzen vorgelegt. Nach reichlicher Ueberlegung befehlt mir der Sultan, darauf zu erwidern: Er habe nie vergessen, daß zum Reispiegel auch Alger ein Nachbarland ist, daß er jedoch wie seine Vorfahren in Frieden und Freundschaft mit den Franzosen zu leben und ihre Rechte zu respektieren wünscht. Als indessen Euerer Excellenz Vorschläge der maurischen Notablen-Versammlung vorgelegt wurden, erklärte diese mit aller Entschiedenheit, sie würde ohne vorgängige Erörterung auf einer internationalen Konferenz unter Teilnahme sämtlicher Madrider Signatarmächte keine zivile oder militärische Reform seitens irgend einer einzelnen Macht durchgehen lassen. Die Konferenz solle auch Mittel und Wege der Reform-Einführung in bindender Weise festlegen, und zwar mittels einstimmiger Beschlüsse. Der Sultan ist nicht in der Lage, gegen den Willen seines Volkes zu handeln, zumal in Fragen von so vitaler Bedeutung. Der Wunsch nach Reformen in Marokko, womit die Vertragsrechte so eng verbunden sind, ist auf seitens fremder Mächte oft zutage getreten. Der Beschluß der Notablen braucht die französisch-marokkanische Freundschaft nicht zu stören. Der Sultan hat deshalb an die Signatarmächte eine Einladung zu einer Konferenz mit dem Maghzen ergehen lassen.

Abdul Karim ben Sultan.

Man kann annehmen, daß zunächst Ministerpräsident Rouvier, nachdem er das Portefeuille des Aeußeren übernommen hat, eine Verständigung mit Deutschland zu versuchen wird. Unter anderen Änderungen des französischen Vorkonferenzpersonals wird die baldige Abberufung des Herrn Sibour in Berlin angekündigt, ein neuer Vorkonferenz soll für die neue Situation bestellt werden. Uebrigens soll Rouvier der Behandlung der Marokkofrage auf einer internationalen Konferenz geneigt sein.

Ueber die letzten Gründe, die zur Demission Delcassés führten, laufen mannigfache, zum Teil tolle Gerüchte. Der „Gaulois“ erklärt, Kaiser Wilhelm habe einen Brief Delcassés in Händen gehabt, in dem Delcassé sich rühmte, Deutschland isoliert zu haben. Infolgedessen hätte die deutsche Regierung mit Delcassé nicht mehr verhandeln wollen. Das klingt sehr unwahrscheinlich, richtig dagegen dürfte sein, daß Delcassé nicht allein wegen der Marokkofrage an sich fiel, sondern weil seine antideutsche, insbesondere von den französischen Sozialdemokraten stets aufs nachdrücklichste belämpfte Politik in der jetzigen Situation vollends unmöglich geworden ist.

Unter Hinweis auf diese allgemeinen Fragen der französischen auswärtigen Politik spricht sich in der „Humanité“ Jaurès dagegen aus, daß Rouvier das Portefeuille des Aeußeren nur interimistisch behalten wolle. Er schreibt: „Es hieße das Land einer gefährlichen Enttäuschung aussetzen, wenn man ihm durch ein diplomatisches Interregnum, das auf der Regelung eines Zwischenalles beschränkt bliebe, die falsche Idee gäbe, daß die Schwierigkeit ganz vorübergehender und spezieller Natur sei. Ob Herr Rouvier selbst das Portefeuille behalten und persönlich das Werk mutiger Klugheit zu Ende führen will, das er mit seinem Kampf gegen die unglücklichen Wahndeen des Herrn Delcassé begonnen, oder ob er Herrn Bourgeois oder Freycinet berufen will, daran haben wir uns nicht zu mischen.“

In der Tat ist es die große Aufgabe der französischen auswärtigen Politik, Frankreich durch die Schwierigkeiten zu leiten, welche die Entwertung der russischen Allianz verursacht —

Deutsches Reich.

Der Bergarbeiter-Streit vor Gericht.

Essen a. d. Ruhr, 7. Juni. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Der Bergmeister Engel, der Geschäftsführer des Bergbauischen Vereins, ist heute vor Gericht fürchterlich bloßgestellt worden. In einem Beschuldigungsprozess gegen den „Allgemeinen Beobachter“ hatte Bergmeister Engel den Strafantrag gestellt.

Das Gericht verurteilte den Redakteur Vallent wegen formaler Beleidigung zu 50 M. Der Wahrheitsbeweis sei völlig erbracht. Engel habe in seiner Streitschüre Unwahrheiten in „höchst leichtfertiger Weise“ behauptet. Der Beweis, daß die sozialdemokratische Parteileitung in die Bergarbeiterbewegung eingriff, sei absolut misslungen. Die Arbeiterpresse und die Streikleitung haben nicht in freivolter Weise gehandelt.

Das Urteil ist eine große Blamage für Engel und für alle diejenigen, die, wie noch dieser Tage im Herrenhause geschah, die Lüge verbreitet haben, daß der Streit von der sozialdemokratischen Parteileitung angezettelt sei. Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes waren als Zeugen geladen.

Prüfen in Deutschland voran! Die „Berl. Vol. Nachr.“ sprechen davon, daß mehrfach die Behauptung aufgestellt werde, diejenigen Bestimmungen seien wertlos, welche das Abgeordnetenhaus der

Bergarbeiter-Nobelle zu dem Zwecke eingefügt hat, um die gegen die allgemeine Einführung von Arbeiterauschüssen bestehenden Bedenken zu beseitigen. Denn im Reichstage werde alsbald sicher eine Novelle zur Gewerbe-Ordnung durchgesetzt werden, durch die für den ganzen Umfang der Industrie Arbeiterauschüsse unter Befreiung der von dem Abgeordnetenhaus verlangten Sicherungen eingeführt werden würden; es würden alsdann auch die abweichenden preussischen Bestimmungen für die Arbeiterauschüsse im Bergbau fortfallen müssen.

Lächerliche Torheit, solches zu glauben, erklären die „Verl. Pol. Nachr.“. Wie sollte das Reich die preussische Reaktion fortzögern dürfen! Umgekehrt liegt die Sache: Wenn das Reich nun Arbeiterauschüsse einführen will, so ist Preußen entscheidend, so werden die Ausschüsse gegen Bergarbeiter, wie sie das famose Berggesetz schafft, einer etwaigen Gesetzgebung des Reiches zum Vorbild dienen. Die „Verl. Pol. Nachr.“ rufen triumphierend:

„Die Zustimmung zu der Bergarbeiter-Nobelle in der von der Regierung für annehmbar erklärten Fassung des Abgeordnetenhauses ist daher weit davon entfernt, ohne den praktischen Wert für den Bergbau und für die Einrichtung der Bergarbeiterauschüsse zu sein. Sie eröffnet auch die sichere Aussicht, daß die zum Schutze der Bergarbeitenden gegen Mißbrauch der Arbeiterauschüsse vorgesehenen Sicherungsmaßregeln bei einer Verallgemeinerung der Einrichtung der gesamten Industrie zu gute kommen.“

Die Ausschüsse für Bergarbeitende gegen Bergarbeiter nach preussischem System haben den über den Bergbau hinausreichenden allgemeinen Vorzug, vernünftige Arbeiterauschüsse für das ganze Reich zu verhindern. Preußen in Deutschland voran! —

Der Wahlrechtskampf in Hamburg. Hamburg, 7. Juni. (Eig. Ber.) Das vorläufige Resultat des Wahlrechtskampfes in der Bürgererschaft läßt noch kein Urteil über das endgültige Ergebnis zu. Zwar wurde für die beantragte Verfassungsänderung, welche die Einführung der Klassenwahl ermöglicht, eine Mehrheit von 8 Stimmen erzielt, aber schon erklärt der nationalsozialistische Dr. Wenzel, daß er und 9 gleichgesinnte Freunde nur deshalb für die Verfassungsänderung gestimmt haben, um nicht durch Ablehnung der Verfassungsänderung die ganze Senatsvorlage zu Falle zu bringen, da sie, nachdem die Wahlrechtsfrage einmal so weit ausgetrollt sei, eine gründliche Prüfung derselben für notwendig und nützlich halten. Er und seine Freunde seien aber für das Massenwahlrecht nie zu haben. Deshalb sei die Abstimmung in erster Lesung keineswegs ein Sieg der Anhänger des Massenwahlrechts.

In der Debatte in der Bürgererschaft trat Dr. Wenzel für die Abschaffung der Grundeigentümer- und Notabelnwahlen ein, stimmte aber nicht für den diesbezüglichen sozialdemokratischen Antrag. Die Taktik dieser nationalsozialistischen Gruppe ist jedenfalls recht sonderbar. Eine glatte Ablehnung der Senatsvorlage wäre jedenfalls erfreulicher gewesen als das Hinauszerrren der Entscheidung. Es erscheint übrigens immer unwahrscheinlicher, daß die Erledigung der Wahlrechtsfrage noch vor den Ferien erfolgt. Erst gegen Ende dieses Jahres dürfte es zur zweiten Lesung kommen. Wie dann die Stimmung sein wird, ist vorläufig ganz unberechenbar. —

Nationalliberale Wahlkorruption. Aus Hannover wird uns berichtet: Einen für die nationalliberale Partei recht unangenehmen Zwischenfall hat die Wahlbewegung im Reichstagswahlkreis Hameln zeitigt. Am Montagabend gab der sozialdemokratische „Volkswille“ ein Gerücht wieder, wonach der in die Stichwahl gekommene nationalliberale Kandidat Hausmann einem welfischen Vertrauensmann in Coppenbrügge 60 Mark angeboten habe, damit dieser die welfischen Wähler veranlasse, in der Stichwahl für Hausmann zu stimmen. 30 Mark habe er ihm sofort ausbezahlt, den Rest sollte er nach der Stichwahl erhalten. Die Redaktion des „Volkswille“ fügte hinzu, sie habe bei Herrn Hausmann telefonisch angefragt, ob das Gerücht auf Wahrheit beruhe; Herr Hausmann habe zuerst mit der Antwort geantwortet und schließlich abgestritten, daß er zu gedanktem Zwecke Geld hergegeben habe.

Dem nationalliberalen „Ham. Courier“ gegenüber hat darauf Herr Hausmann, wie dieses Blatt am Dienstagmorgen mitteilte, die ganze Sache mit größter Entschiedenheit als haltlose Verleumdung bezeichnet.

Nun aber greift auch das hiesige Welfenblatt, die „Deutsche Volkszeitung“, in die Debatte ein; es nennt den Namen der welfischen Vertrauensmannes, Sattlermeister Hohrath, Coppenbrügge, und läßt ihn selbst den Vorgang ausführlich erzählen. Danach sei er auf Witten des Herrn Hausmann am Freitag in dessen Wohnung gekommen. Herr Hausmann habe sofort von der Stichwahl gesprochen und ihn aufgefordert, bei den Welfen zu seinen Gunsten zu agitieren. Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses habe, wie Herr Hausmann ihm mitteilte, aus freien Stücken für einen Tag auf die ihr zustehenden Diäten verzichtet, die sich insgesamt auf über 1000 M. beliefen. Diese Summe sei ihm, Hausmann, zwecks Förderung seiner Wahl zur persönlichen Verfügung gestellt und davon wolle er ihm für jeden Tag bis zur Stichwahl 10 M. geben; 30 M. habe er ihm sofort ausgezahlt, die anderen 30 M. sollte er nach der Stichwahl empfangen. Er, Hohrath, habe das Geld einstweilen angenommen, um einen Beweis dafür in der Hand zu haben, mit welchen Mitteln die nationalliberale Partei arbeite.

Wie weiterhin aus den Mitteilungen des sozialdemokratischen und des welfischen Blattes hervorgeht, hat Hohrath am Sonntag den Vorfall den welfischen Parteiführern unterbreitet und ihnen die 30 M. übergeben.

Die neue Wahlkreiseinteilung in Bayern.

Durch die heute amtlich veröffentlichte neue Wahlkreiseinteilung werden im ganzen 8 bisher durch 4 Abgeordnete und 6 bisher durch 8 Abgeordnete vertretene Wahlkreise, zusammen somit 14 Wahlkreise, geteilt, während die übrigen unverändert bleiben. Die Gesamtzahl der Wahlkreise steigt von 63 auf 77, die Zahl der Abgeordneten bleibt wie bisher 159. Die von der Teilung betroffenen Wahlkreise sind die bisherigen Wahlkreise Rosenheim, Pfarrkirchen, Speyer, Neustadt a. S., Zweibrücken, Kaiserslautern, Bayreuth, Hof, Kulmbach, Ansbach, Regensburg, Regensburg, Würzburg, 2. Kempten.

Wie uns ein Privattelegramm aus München meldet, führt sich bis jetzt nur die Zentrum- und die sozialdemokratische Presse zu der Reform. Der „Bay. Kur.“ meint eingangs seiner Berichterstattung, es sei formenlos, daß die neue Wahlkreiseinteilung nur zugunsten der Liberalen geschaffen worden sei. Das Blatt schließt folgendermaßen: Insgesamt ist die neue Einteilung nicht gemacht nach Grundfragen, sondern nach dem Motto, daß ein Minister ausgesprochen hat: die Wahlkreiseinteilung ist einfach ein politisches Geschäft! Man wird es dann auch nicht den betreffenden Parteien verübeln können, wenn sie mit einem solchen Geschäftsmann (gemeint ist Graf Zeppelin), welcher Regierungsmaßnahmen als Geschäft betrachtet und an Stelle von Gerechtigkeitsinn Geschäftssinn setzt, in entsprechender Weise verfahren. Unbestimmert um den gegenwärtigen Stand der Versorgungsfrage! Die ganze Regierungstunft soll aber dann nichts helfen, wenn die Wähler bis zum letzten Mann ihre Pflicht tun, und wir hoffen, daß das bayerische Volk keinen Abgeordneten von Regierungsnadlen will. Die Antwort geben wir der Regierung an der Wahlurne.

Die „Münchener Post“ sagt folgendes: Bei dieser Wahlkreiseinteilung ist nicht die Einföhrung eines gegebenen Wortes erfolgt. Hier hat man nicht das Ergebnis gerechter Mäße einer möglichst objektiven Einteilung vor sich, sondern die reaktionäre Tendenz, eine Zweidrittelmehrheit für die Wahlreform zu verhindern. So skandalös, wie es von einer Massenregierung nur erwartet werden kann, ist in den industriellen Teilen der Pfalz und der drei Franken die Sozialdemokratie „totgeteilt“ worden. Den Arbeitern ihr Wahlrecht noch mehr einzuzugeln, wie es die bisherige Einteilung und das verjüngte Wahlrecht getan, das ist in der Tat

dem Ministerium Rodewils-Zeithoff kopfer gelungen. „Für die Wahlreform und gegen Rodewils-Zeithoff!“ — mit dieser Parole werden wir den Kampf pflichtbewußt und siegreich führen. —

Ausland.

Invalditäts- und Altersversicherung in Holland.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Die Regierung hat noch einen Monat vor den allgemeinen Wahlen eine Gesetzesvorlage zur Einführung einer Invalditäts- und Altersversicherung eingebracht.

Die Regierung Dr. Kuypers macht sich einfach lächerlich mit ihren Vorlagen. In den vier Jahren, seitdem sie auf den Ministerstufen gethronet hat, ist auch nicht das kleinste Stückchen sozialreformatorischer Arbeit zustande gekommen. Wir haben eine Zeit des gesetzgeberischen Stillstandes hinter uns wie nie zuvor, und jetzt am Ende dieser vierjährigen Periode kommt auf einmal die Regierung und legt uns einen ganzen Haufen Gesetzesvorlagen vor, deren Beratung allein eine ganze Reihe von Jahren erfordert.

An „Sozialreformen“ liegen jetzt vor: ein Gesetz zur Regelung des Arbeitsvertrages, ein neues Arbeitsgesetz im Umfange von 444 Artikeln, eine Vorlage zur Unfallversicherung der Landarbeiter, eine gleiche hinsichtlich der Seefischer, ein Krankenversicherungs-Gesetz und endlich jetzt die Invalditäts- und Altersversicherung.

An anderen Vorlagen ist u. a. da: die Tarifvorlage, welche die Einleitung einer völlig neuen Handelspolitik bedeutet, die Regelung der administrativen Rechtsfrage (6 große Entwürfe), einige Schulgesetze und eine ganze Menge Kleinigkeiten nebenher.

Arbeit also für eine Reihe von Jahren, selbst vorausgesetzt, daß die Regierung eine einheitliche sozialpolitisch vorgeschrittene Mehrheit hinter sich hätte, geschweige denn, daß sie versuchen wollte, sie mit der jetzigen Mehrheit zustande zu bringen, die fast alle agrarischen und feudalen Elemente, die in Holland noch übrig sind, umfaßt.

Die Invalditäts- und Altersversicherungs-Vorlage ist im großen und ganzen eine Nachahmung des deutschen Gesetzes, nur ist eine Art Witwenversicherung eingefügt, wofür dann freilich auch die Beiträge höher sind als in Deutschland.

Lohnklassen und Beiträge sind:

	Jahresverdienst:	Wochenbeitrag:
I. Klasse	bis 400 M.	20 Cts. (33 Pf.)
II. „	400—600 „	24 „ (40 „)
III. „	600—1000 „	32 „ (53 „)
IV. „	1000—1330 „	40 „ (66 „)
V. „	1330 u. m.	48 „ (80 „)

Die Hälfte der Beiträge muß vom Unternehmer gezahlt werden. Das Recht auf Altersruhe haben die 70-jährigen. Die Wartezeit der Invaldität ist auf 150, für das Alter auf 1248 Wochen festgesetzt. Staatsbeiträge sind nur bestimmt für die Uebergangsperiode, für die sogenannte „Brücke“. Der Staatsbeitrag beträgt 8 Millionen Gulden jährlich.

Die Vorlage hat in den breiten Arbeiterkreisen große Unzufriedenheit erregt; denn die niederländische Arbeiterbewegung hat von Anfang an die Forderung der Staatspensionen aufgestellt und propagiert.

In einem Lande, in dem vielleicht vier Fünftel des Gesamtkapitals in kolonialen oder ausländischen Unternehmungen oder Staatspapieren festgelegt ist, ist es ein Unsin, die Lasten für solche Versicherung ausschließlich auf die Arbeiter und Unternehmer zu legen und den übergroßen Teil des Kapitals nicht mit heranzuziehen.

Auch unter den christlichen Arbeitern hat diese Vorlage böses Blut gemacht, und die Wahlausichten der Akerisalen haben sich durch diese Vorlage sicherlich nicht gebessert. —

Belgien.

Deutsch-belgischer Handelsvertrag. Brüssel, 7. Juni. Der Senat hat den deutsch-belgischen Handelsvertrag mit 48 Stimmen bei 20 Stimmenthaltungen angenommen. —

Serbien.

Wahlen und prägeladene Minister. Das Amtsblatt veröffentlicht die Zirkulare des Ministers des Innern betreffend die bevorstehenden Stichwahlen, in denen erklärt wird, der Minister sei entschlossen, die im Sinken begriffene Autorität der Polizeiorgane, die dadurch verschuldet sei, daß früher oft ein Mißbrauch der Amtsgewalt höheren Ortes angeordnet wurde, dadurch wiederherzustellen, daß die Polizeiorgane die Gesetzesvorschriften genau anwenden und ohne Rücksicht auf Parteien und soziale Stellung ihre Pflicht erfüllen, namentlich sich jeder Wahlbeeinflussung enthalten.

Dienstagabend fand vor dem National-Theater zwischen dem Justizminister Nikolič und dem früheren Ministerpräsidenten Kostich ein Kontrakt statt, das in Täuschlichkeiten ausartete. Die Ursache hierzu war eine Polemik in der Samosprava über Privatverhältnisse des Justizministers. Es verlautet, daß Nikolič seine Entlassung eingereicht hat. —

Aus der Partei.

Mit dem Organisationsstatut beschäftigte sich eine Parteiverammlung in Stuttgart. Genosse Wäsner referierte. Er war der Meinung, daß das neue Statut auf eine straffe Zentralisation hinauslaufe und erklärte sich als Gegner einer solchen. Der Mindestbeitrag von 25 Proz. an die Zentralkasse ist ihm zu hoch, weil nach seiner Meinung die Selbstständigkeit der Landesorganisationen unterbunden werde, dadurch würde die lokale Agitation leiden. Auch die Verzichtserklärung der Parteileute an den Parteivorstand hält er für ungewöhnlich, da der Parteivorstand nicht in der Lage sein werde, die Berichte zu bearbeiten. In der Diskussion wurden gleichfalls Einwände gegen die Beitragshöhe erhoben.

Auch im sozialdemokratischen Verein in Lübeck wurde über das Statut verhandelt. Auch hier wurden Einwendungen gegen die 25 Proz. erhoben. Von einigen wurde auch gewünscht, daß die Reichstagsfraktion nur durch eine Delegation aus dem Parteitag vertreten sein sollte.

Beschlüsse wurden an beiden Orten nicht gefaßt.

Soziales.

Die zweite Konferenz der Freien Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg findet Sonntag, den 16. Juli 1905, vormittags 9 1/2 Uhr, in Berlin, Arminshofen, Kommandantenstr. 20, statt. Die vorläufige Tagesordnung lautet: Geschäftsbericht der Verwaltung. Die deutsche Reichs-Arztzeitung. Referent: Herr Apotheker D. Staller. Der Ausbau unserer Organisation bezüglich des Vorgehens der Ärzte und Apotheker. Referent: Herr E. Simanowski. Beratung der eingegangenen Anträge. Neuwahl der Verwaltung. Verschiedenes.

Eine eigenartige Arbeitslosen-Statistik.

In Dresden hat das statistische Amt dieser Stadt eine Aufstellung veröffentlicht, die deshalb eine gewisse Beachtung verdient, weil sie ohne sonstige Vorbereitungen und Erhebungen auf Grund der Hauslisten angefertigt worden ist. Die jedes Jahr durch die Steuerinspektion an die Hausbesitzer ausgegeben und unter deren Verantwortlichkeit von den Mietern ausgefüllt werden müssen. Diese Listen enthalten neuerdings auch eine Rubrik, in der jeder Arbeiter entweder den Namen seines Arbeitsplatzes oder seine Arbeitslosigkeit eintragen muß. Auf Grund der Eintragung sind Zahlarten angefertigt worden, die nötigenfalls auf be-

sondere Weisung in einzelnen Fällen von Wohlfahrtsbeamten durch Umfragen ergänzt werden. Würde die erwähnte Statistik mit der erforderlichen Sorgfalt ausgefüllt, könnte eine solche Erhebung wohl umfassend sein. Es ist aber zu bezweifeln, daß unter zahlreichen Fragen der Hauslisten dieser einen Frage eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird; es wird häufig vorkommen, daß der Arbeitslose seinen letzten Arbeitgeber einsetzt und dadurch immer den Statistiker irreführt. Würde dieses System aber ausgebaut, könnte wohl bei der nötigen Sorgfalt eine regelmäßige Arbeitslosenstatistik ohne kostspieligen Apparat erzielt werden. Jedenfalls verdient das Verfahren bemerkt zu werden, ohne daß man seine Mängel zu übersehen braucht. — Die auf die geschiedene Art ermittelte Zahl der Arbeitslosen betrug Mitte Oktober 1904, also in einer Zeit, wo alle Geschäfte in der Regel noch gut gehen, in der Stadt Dresden 3402, darunter 1408 weibliche Personen; gegen das Vorjahr, wo auf dieselbe Art ein Ermittlungsverfahren durchgeführt wurde, ist eine Verringerung um 18 Proz. eingetreten. Veranschlagt man die Familienangehörigen der Statistik mit, so ergibt sich, daß 1904 10 740 Personen — im Oktober — von der Last der Arbeitslosigkeit heimgeführt wurden, doch ist auch hier eine Verringerung gegen die Vorjahre eingetreten: 1902 betrug diese Zahl 15 348 (von je 1000 Einwohnern 32), 1903 12 484 (auf 1000 26) und 1904 die schon erwähnte Gesamtzahl, die 22 auf 1000 Einwohner ergibt. Natürlich hätte eine im Februar aufgenommene Statistik viel höhere Zahlen ergeben; aber eine Verringerung auf dem Arbeitsmarkt in den letzten drei Jahren weisen die auf gleiche Weise festgestellten Ziffern jedenfalls nach. — Das statistische Amt in Dresden will jedes Jahr auf die oben geschilderte Art die Zahl der Arbeitslosen und die näheren Umstände, unter denen die Arbeitslosigkeit entstanden ist, feststellen.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenagitation zu den niederländischen Kammerwahlen.

Der sozialdemokratische Frauen-Propagandaklub Hollands hat dieser Tage zu den bevorstehenden Kammerwahlen einen Aufruf an die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse veröffentlicht, der teils durch die Parteipresse, teils als Flugblatt verbreitet wird. In kurzen treffenden Worten werden darin die Sünden des Kapitalismus und der herrschenden Reaktion geschildert, und demgegenüber das Streben der Sozialdemokratie, hauptsächlich hinsichtlich der den Frauen am nächsten liegenden Forderungen. „Für die Frau“, sagt der Aufruf, „ist von der christlichen Regierung nichts zu erwarten als Widerstand gegen ihr mißbevolles Streben nach Selbstständigkeit und Unabhängigkeit. Wohl mag die Frau die schwere und schlecht bezahlte Arbeit verrichten, aber von den besser bezahlten Stellungen wird sie so viel wie möglich ferngehalten. Die Lehrerinnen, die Mütter sind, können von jedem Gemeinderat entlassen werden. Den weiblichen Postbeamten hat der Minister die Ehe verboten. Frauen und Mädchen, seht Ihr nun, daß der Wahlkampf auch Euch etwas angeht? „Ja“, sagt Ihr, „aber was können wir tun? Wir haben ja kein Wahlrecht.“ Ein Grund mehr, um Euch mit diesem Wahlkampf zu befassen. Die Sozialdemokraten wollen das Wahlrecht auch Euch möglich machen. Zeigt nun, daß Ihr reif dafür seid. Wirkt mit; gebraucht Euren Einfluß auf Euren Mann oder Sohn, Vater oder Bruder; überzeugt sie von ihrer Pflicht, für den Sozialdemokraten zu stimmen. — Seht, Ihr Frauen, Mütter, Arbeiterinnen, Eure Sorgen sind schwer. Aber bedenkts es wohl: noch schwerer sollen sie werden.“ — „Kämpft mit uns,“ so schließt der Aufruf, „für den Sozialdemokraten, den Verteidiger Eurer Familie und der Arbeiterkinder.“ —

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

An sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Am 27. Mai dieses Jahres hat es ein übermächtiges Unternehmertum fertiggebracht, zirka 3000 Zigarettenarbeiterinnen des halb auf Straßensplätzen zu werfen, weil sie es ablehnten, ihrem gewöhnlich gewährleisteten Koalitionsrecht zu entsagen, und zwar dadurch, daß sie eine handschriftliche Versicherung an Eidesstatt abgeben sollten, aus dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband auszutreten.

Nachdem die Arbeiterinnen der Dresdener Zigarettenindustrie sich seit zirka 2 Jahren zum größten Teil organisiert hatten, suchten sie dadurch ihre miserable wirtschaftliche Lage zu verbessern, daß sie gemeinsam einen Lohnvertrag ausarbeiteten, den sie am Anfang dieses Jahres den Fabrikanten vorlegten. Diese hielten es jedoch nicht der Mühe wert, darauf zu antworten. Im Mai reichten die Arbeiterinnen zum zweiten Male ihren revidierten Lohnvertrag ein, worauf der Fabrikantenverein, dem zu dieser Zeit 14 Firmen angehörten, antwortete, „er lehne jede Verhandlung mit der von den Arbeiterinnen gewählten Kommission ab, da derselben Personen angehören, die nicht in der Zigarettenbranche tätig sind. Sie wollten nur mit Kommissionen, gewählt von den Arbeiterinnen jeder einzelnen Fabrik, verhandeln.“ Auch darin willigten die Arbeiterinnen. In zwei längeren gemeinsamen Sitzungen einigte man sich dahin, daß den Zigarettenarbeiterinnen sowie einem Teil der Hilfskräfte eine Lohnzulage zuerkannt wurde. Als jedoch auch für andere Hilfskräfte Lohnzulagen gefordert wurden, brachen die Fabrikanten die Verhandlungen kurzerhand ab und erklärten, nur mit den Arbeiterinnen ihrer Firmen einzeln verhandeln zu wollen. Des lieben Friedens willen willigten die Arbeiterinnen auch in dieses Verlangen, und es kam in 11 Betrieben zu einer Einigung. Außerdem hatten schon drei Fabrikanten, die dem Verein nicht angehörten, die Forderungen bewilligt. Lediglich bei den 8 Fabrikanten, die sich jeder Lohnverbesserung widersetzen und zu keinem Zustandekommen zu bewegen waren, die Arbeitsniederlegung erfolgte. Die letzteren 8 Fabrikanten (die eigentlichen Scharfmacher) suchten jetzt, sämtliche Fabrikanten der Zigarettenindustrie Dresdens zu einem Verbands zu vereinigen, was auch gelang, mit Ausnahme der oben angeführten drei. In dem Verbands wurde der Beschluß herbeigeführt, durch Anschläge in sämtlichen Fabriken bekanntzugeben, daß, wer nicht bis zum 27. Mai er seinen Austritt aus dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband durch Unterschrift erklärt, entlassen respektive gekündigt ist. Die Firmen, welche ihren Arbeiterinnen das Koalitionsrecht rauben wollen, sind folgende: Adler-Compagnie, Alexandria, Arabia, Delta, A. M. Edstein u. Söhne, Epirus, G. A. Jasmah, A. G., Jofetti, G. m. b. H., Jemel in Poppitz, Aros, Compagnie Laferme, Compagnie Macedonia, J. Malzmann, Monopol, Werner Alex Müller, Osmanie, Persia, Reunion, Serail, Sullima, Tuma, Jean Bouris, V. Weller, Tonthi, Penidze.

Hierzu kommt noch die Firma Jofetti in Berlin, deren Arbeiter und Arbeiterinnen aus Solidarität mit ihren Dresdener Kolleginnen die Arbeit einmütig niederlegten, ohne besondere Forderungen zu stellen.

Die Namen der 5 Dresdener Firmen, welche die Forderungen ihrer Arbeiterinnen bewilligten, sind: Gebr. Selowitsch (Bolero und Jemith), Casanova, Kafaty, Körner u. Apfelfeldt und Kosmos.

Die Berliner Gewerkschaftskommission im Einverständnis mit den Vertrauenspersonen der sozialdemokratischen Partei Berlins beschloß am 5. dieses Monats, den Vorkott über obige 5 Dresdener Firmen inklusive der Firma Jofetti in Berlin zu verhängen. Arbeiter! Konsumenten! Wir fordern Euch auf, diesen Beschluß in die Tat umzusetzen, unterstützt und dadurch in unserem so schweren Kampfe gegen die Verdrängung des Koalitionsrechtes.

Die Streikkommission.

Arbeiter! Parteigenossen!

Während das Unternehmertum sich immer fester zusammenschließt, um seine Interessen in wirtschaftlicher Beziehung zu wahren und seine politische Macht aufrechtzuerhalten, will man hier die Arbeiter rechtlos machen und sie zu Heloten herunterdrücken. Nicht verhandeln will man mit ihnen, nicht Staatsbürger in ihnen sehen, sondern als Arbeitstiere sollen sie sich willenlos dem Nachspruch der Unternehmer unterwerfen. „Der im Hause“

Die Unternehmer sein, deswegen haben sie diesen Kampf provoziert. — Handſchriftlich ſollen ſich die Arbeiter an Eidesſtatt verpflichten, daß ſie ihrer Organifation entſagen! Das verlangen die Unternehmer, die ſich ſelbſt in feſten Vereinen organiſiert haben.

Die ausgeſperrten Arbeiter und Arbeiterinnen appellieren nun an das Solidaritätsgefühl ihrer Maſſengeſoſſen! Wir glauben die Verſicherung abgeben zu können, daß ſie hierin nicht getäuſcht werden.

Wir erwarten nun von allen Arbeitern, daß ſie die Fabrikate dieſer Firmen ſtreng meiden und überall dafür eintreten, daß niemand dieſe Zigaretten raucht.

Unterſtützt eure kämpfenden Brüder und Schwiſtern in jeder Beziehung!

Der Auſſchuß der Berliner Gewerkschaftskommiſſion.
Die ſozialdemokratiſchen Vertrauensleute Berlins und der Vorort.
Die ſozialdemokratiſchen Vertrauensperſonen der Frauen.

Mit der Lohnbewegung der Barbiergehäſſen beſchäftigte ſich am Dienſtag eine Nachtverſammlung der Freien Vereinigung ſelbſtſtändiger Barbier. Auch die Lohnkommiſſion der Gehülſen war zu der Verſammlung eingeladen und erſchienen. Die Grundlage der Erörterungen bildeten die von den beiderſeitigen Vertretern in den letzten Nummern des „Vorwärts“ ausgeſprochenen Meinungsverſchiedenheiten. Die Debatten trugen einen vorwiegend perſönlichen, oft recht kleinlichen Charakter und wurden von einzelnen Rednern auf beiden Seiten mit einer unſeres Erachtens ganz unangebrachten Schärfe geführt. Zur Sache ſelbſt führten die Vertreter der Freien Vereinigung aus, daß ſie eine Verbeſſerung der Lage der Gehülſen ſich durchaus notwendig erachten und daß die Freie Vereinigung deshalb einen Tarifvertrag mit den organiſierten Gehülſen abſchließen möchte. Sie hat aus dieſem Grunde das Einigungsamt angerufen, die Lohnkommiſſion der Gehülſen hat ſich bereit erklärt, an den Verhandlungen, die am Freitag ſtattfinden, teilzunehmen. Der Lohnkommiſſion würde unter andern auch der Vorwurf gemacht, daß ſie ſich in dieſer Bewegung gegen die Freie Vereinigung wende, anſtatt ſich mit derſelben zu verſtändigen und ſo der arbeitserſchütternden Junng Abbruch zu tun. — Als die Verſammlung beim Morgengrauen des neuen Tages geſchloſſen wurde, waren ſich die Vertreter der Parteien noch nicht um einen Schritt näher gekommen, auch hatte die Lohnkommiſſion keine Erklärung abgegeben, ob ſie willens ſei, vor dem Einigungsamt einen Tarif mit der Freien Vereinigung abzuschließen. Die Verſammlung ſtimte ſchließlich den Ausführungen Schölles zu, welcher ſagte, man ſolle alles dem Einigungsamt überlaſſen, und wenn dort keine Einigung zuſtande käme, dann möge jeder Arbeitgeber ſo handeln, wie es den Intereſſen ſeines Geſchäfts entſpricht. — Ein Antrag wurde eingebracht, welcher beſagt, daß vor dem Abſchluß der Einigungsverhandlungen keine weitere Polemik zwiſchen der Lohnkommiſſion und der Freien Vereinigung im „Vorwärts“ geführt werden ſoll. Die anweſenden Mitglieder der Lohnkommiſſion meinten, ſie könnten eine Erklärung im Sinne des Antrages nicht abgeben, ehe nicht ihre geſamte Kommiſſion dazu Stellung genommen habe. — Darauf nahm die Verſammlung den Antrag in der Form an, daß die Freie Vereinigung vor den Einigungsverhandlungen nicht weiter im „Vorwärts“ polemifieren werde, falls nicht ſeitens der Gehülſen die Polemik wieder begonnen wird.

Die Unternehmer des Baugewerbes in Berlin haben an die Behörden eine Eingabe gerichtet, worin ſie unter Veruſung auf die zuſtande gekommene Verlängerung des Tarifvertrages mit den Arbeitern unter Erhöhung der Stundenlöhne auf 78 Pf. für Maurer und Zimmerer und 48 Pf. für Bauarbeiter um Veräußerung dieſer Veränderungen erſuchen und bei der Berechnung der Preiſe folgende Stundenlöhne anzugeben bitten:

Maurer	90 Pf.	mit 25 Proz. Aufschlag für Nachtarbeit und Lieberſunden.
Zimmerer	90	
Bauarbeiter	60	
Poſtingeſellen	1,05 M.	

Deutſches Reich.

Die Lohnbewegung der Hamburger Maurer und Zimmerer hat mit einem glänzenden Erfolge geendet. Wie ſchon mitgeteilt, ging die Altonaer Junng mit der Bewilligung voran, während der Vorſtand der Hamburger Junng, beſtehend aus Arbeitgeber, die es nicht ſehr „eilig“ haben, die Sache auf die lange Bank zu ſchieben ſuchte. Entgegen dem Willen der ſonſt tonangebenden Herren, beſchloß die Hamburger Junng mit großer Mehrheit (nur 18 Meiſter nahmen einen abſehenden Standpunkt ein), die Lohnforderung zu bewilligen. Obwohl der Vorſtand ſich mit großer Energie dagegen wehrte, wurde dieſer beauftragt, Tarifverhandlungen anzubahnen. Auch die Wandbeder Junng hat den neuen Tarif anerkannt. Die Erſparungen bei den drei Jahren mit großen Opfern geſührten Lohnbewegungen im Baugewerbe haben den Maurer- und Zimmermeiſtern die Erkenntnis beigebracht, daß es beſſer iſt, ſich mit den Arbeitern gütlich auseinanderzuſetzen.

Ruſſland.

Der Konflikt in der ſchwediſchen Metallinduſtrie. Entſprechend ihrem Ausſperrungsbeſchluß hat die Unternehmerorganisation nun auch den im Auftrage der Regierung vom Generaldirektor Rayerheim gemachten Verhandlungsvorſchlag r u n d w e g a b g e l e h n t, und zwar unter dem Vorbehalte, daß man aus Erfahrung wiſſe, daß Verhandlungen mit den Fachvereinen jezt keine Ausſicht auf Erfolg hätten. Die Unternehmer haben damit von neuem bewieſen, daß ſie unter allen Umſtänden einen gewaltigen Kampf heraufbeſchwören wollen, ſelbſt dann, wenn ſich die Arbeiter bereit erklären würden, die verſchiedenen Streiks aufzuheben. Man kann alſo nun mit Sicherheit darauf rechnen, daß zu Pfingſten circa 17 000 Arbeiter Schwedens auf unbeſtimmte Zeit aus der Arbeit geworfen werden.

Die Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe in Oeſterreich ſind abgebrochen worden. Die Differenzen drehten ſich um die Tarife an den Schmaſchinen. Die Unternehmer wollen das Recht haben, ungelernete Arbeiter an die Maſchinen zu ſehen, während die Gehülſen dieſe Tätigkeit nur den biſherigen Handſettern vorbehalten wiſſen wollen. Ferner wollen die Unternehmer an den Maſchinen 11 Stunden arbeiten laſſen, während der biſherige Tarif die achtstündige Arbeitszeit feſtſetzt und in der Woche nur eine Ueberſtunde zuläßt. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden und ſo wurden die Verhandlungen abgebrochen. Es wird nun wahrſcheinlich zu partiellen Kämpfen kommen.

Der Kongreß der franzöſiſchen Poſt- und Telegraphenarbeiter und Angehörigen, der zuzeit in Paris tagt, hat den Beſchluß geſaßt, die allgemeine Vereinigung in eine Gewerkschaft umzuwandeln, die dann dem Allgemeinen Gewerkschaftsbunde angeſchloſſen wird.

Gerichts-Zeitung.

Die Muttat in der Wilhelmshavenſtraße, welcher am 5. Januar d. J. die Witwe Auguſte S i n n i g zum Opfer fiel, wird demnächst das Schwurgericht des Landgerichts I beſchäftigen. Frau Sinnig, die ein Zigarettengeſchäft betrieb, iſt in der Nacht vom 5. zum 6. Januar mittels eines ſcharfkantigen Inſtrumentes ermordet worden, und zwar lag Raub vor. Bekanntlich wirkte der Zufall bei der Ermittlung des vermeintlichen Mörders in erheblichem Maße mit. In dem Uhrengewerbe von Kurtius u. Wildt in der Straße Al-Moabit erſchien am 11. Januar cr. ein junger Menſch und bot eine goldene Uhr zum Kaufe an. Dem Geſchäftsinhaber kam die Sache verdächtig vor, ba die Uhr genau der Beſchreibung entſprach, welche das Polizeipräſidium von einer der Frau Sinnig geraubten Uhr gegeben hatte. Er hielt den Verkäufer einige Zeit hin und ſchickte zur Polizei. Als der Kriminalwachmeiſter Hoff-

mann nach einiger Zeit mit einem uniformierten Schutzmännchen den Laden betrat, wochſelte der junge Menſch die Farbe und wurde leichenblau. Er wurde nach der Waſche transportiert; kurz vorher unternahm er einen Fluchtverſuch, der jedoch an den ſchnelleren Schritten der Beamten ſcheiterte. Auf der Waſche wurde er als der 23-jährige Arbeiter Karl Tſchirner aus der Jagowſtraße 17 feſtgeſtellt. Er gab an, die Uhr gekauft zu haben, wie er dasjelbe ſchon vorher dem Uhrmacher erzählt hatte. Eine Durchſuchung förderte indeſſen eine ganze Anzahl goldener und ſilberner Schmuckſachen zutage, welche hinzugezogene Verwandte der ermordeten Frau Sinnig als deren Eigentum wiedererkannten. Nunmehr gab Tſchirner an, die ſämtlichen Gegenstände in einem Paket an der Ecke der Turm- und Wilhelmshavenſtraße am 6. Juni gefunden zu haben. Die weiteren Ermittlungen durch die Kriminalkommiſſare Bonhof und Schnellrath förderten dringende Verdachtsgründe dafür zutage, daß Tſchirner der Mörder der Frau Sinnig ſei. — Die Voruntersuchung gegen Tſchirner iſt nunmehr abgeſchloſſen und die auf Nord und ſchweren Diebſtahl im Rückſalle lautende Anklage erhoben worden. Der Beſchuldigte hat aus dem Unterſuchungsgefängnis heraus die Rechtsanwältin Dr. Schwindt und Arndt mit ſeiner Verteidigung beauftragt und durch dieſe einen umfangreichen Entlaſtungsbeweis in Form eines Alibibeweiſes anreihen laſſen. Die Verhandlung gegen Tſchirner dürfte ſchon in der nächſten Schwurgerichtsperiode ſtattfinden.

Noch ein Awiſteda-Prozeß. Ein Nachspiel zur Awiſteda-Affäre, die ſeinerzeit, wie berichtet, ſo großes Aufſehen erregt hat, begann geſtern das Landgericht in Poſen zu beſchäftigen. Die gemeldet wird, klagt die Weichenſtellerefrau Meyer gegen den Grafen Awiſteda und deſſen Ehefrau auf Herausgabe des kleinen Grafen. Frau Meyer klagt im Armenrecht. Als Hauptzeugin iſt die aus dem Berliner Prozeß bekannte Maria Andruſzewſka geladen. Die vor kurzem aus Konkreuz nach Poſen zurückgekehrte Beklagte hat ſich bereit erklärt, einen ihr eventuell vom Gericht zuzuschickenden Eid über die Echtheit des Kindes abzulegen. Nach dem Verlaufe der biſherigen Verhandlungen dürfte es zu dieſer Eidesleistung kommen. — Die Verhandlung wurde auf Antrag beider Parteien verlagert und zwar auf den 20. September.

Die Revolution in Ruſſland.

Trotz des Verbotes und der Trepoſoſchen Diktatur haben die Semſchows in Ruſſland getagt. Ein Privattelegramm unſeres Moskauer Korreſpondenten berichtet uns:

Gestern verſammelte ſich in Ruſſland der Kongreß der Vertreter aller Semſchows und Stadträte. Ueber 300 Vertreter waren anweſend. Der Zweck iſt, den Kaiſer zum letzten Male zu bitten, ſofort eine Nationalverſammlung einzuberufen. Hinfichtlich dieſer fundamentalen Frage herrſcht völlige Einheit. Meinungsverſchiedenheiten herrſchen vorläufig faſt excluſivlich nur bezüglich Termin und Methode.

Ein offizielles ruſſiſches Telegramm beſagt:

Trotz des Verbotes des Generalgouverneurs beſprach der Stadtrat eine Erklärung von 90 Stadtvorordneten über eine ſofortige Zuſammenberufung von Volksvertretern und beſchloß, ſie dem Miniſterrate zur Kenntnis zu bringen. Die ſofortige Einberufung der Vertreter ſei notwendig, um in erſter Reihe die Frage der Kriegseinteilung zu erörtern. An der Sitzung der Stadthaupter nahmen auch die Landhaushaltsmitglieder, im ganzen 250 Perſonen teil. Es wurde hauptſächlich die Frage erörtert, in welcher Form die Regierung benachrichtigt werden ſoll über die Notwendigkeit der ſofortigen Zuſammenberufung der Volksvertreter.

Der tolle Rat des Jaren.

Nach der „Europa“ ſoll der Kronrat des Jaren, mit Ausnahme Wites, ſich in ſeiner letzten Sitzung über folgende Punkte verſtändigen haben:

1. Ruſſland iſt weder geſchlagen noch beſiegt. Die Mißerfolge haben nichts zu bedeuten, denn Teile des heiligen ruſſiſchen Reiches ſind weder betreten noch erobert. Die Kämpfe haben ſich in einer chineſiſchen Provinz abgeſpielt.
2. Es iſt unter der Würde des großen Ruſſland, den Frieden anzubahnen, vielmehr muß Japan um Frieden „bitten“. Zeit dieſer Fall ein, ſo iſt von einer Wirtung wichtiger Geländeaufſchnitte ebenſowenig die Rede, wie von der Zahlung einer Kriegsentschädigung, weil eben Ruſſland nicht beſiegt iſt.
3. Der Krieg wird „paſſiv“ fortgeſetzt, d. h. Truppenentſendungen ſind nur inſofern ſtat, als es ſich um Erſatz von Abgängen handelt. Auch die Einnahme von Wladivostok und Chabin wären keine Gründe, das System der Ermattungſtrategie aufzugeben. General Linewiſch hat in der von Suropatin vorgeschlagenen „Kampfmethode des Zurückweichens“ fortzuführen, bis Japan im Laufe von Jahren perimär wie wirtſchaftlich vollkommen ruiniert iſt.
4. Ein Friede, der etwa von Japan unter Bedingungen erbeten wird, die die Würde Ruſſlands nicht berühren, kann nur in der Erwägung angenommen werden, daß es einer Großmacht wie Ruſſland unvorteilhaft iſt, ſich länger mit einem kleinen, heutzutageigen Staate herumzuſchlagen.
5. Von Ruſſland könnte ein Friedensangebot nur dann ausgehen, wenn etwa das von Aufwieglern irreführte ruſſiſche Volk in einmütiger Weigerung die Fortführung des Krieges unmöglich macht.

Punkt 5 könnte ſchließlich allein nur erſtaunt in Betracht kommen. Er würde gewiſſermaßen den lichten Augenblick in dem ruſſiſchen Regierungswahnsinn bedeuten.

Im direkten Widerspruch mit dieſem Bericht ſieht jedoch folgende Meldung des Wollſchen Telegraphen-Bureaus:

London, 7. Juni. Das „Reuterſche Bureau“ meldet aus Petersburg: Im Verfolg der geſtrigen Beratung des Miniſterkomitees in Jarſoje-Selo wurden heute nachmittag an die ruſſiſchen Botſchafter in Waſhington und Paris Inſtruktionen des Inhalts telegraphiert: Ruſſland wünſche die Friedensbedingungen Japans zu erfahren.

Die Umwälzung in Norwegen.

Kriſtiania, 7. Juni. In ihrem Schreiben an König Oſkar betonen die Mitglieder der Regierung unter Hinweis auf den im Staatsrate am 27. Mai ausgeſprochenen Beſchluß des Königs, die Abſchiedsgesuche der Staatsräte nicht zu bewilligen, daß es dem Grundgeſetz gemäß der königlichen Gewalt obliege, dem Lande eine konſtitutionelle Regierung zu geben.

Dann heißt es weiter: In demſelben Augenblick, wo die Politik des Königs die Bildung eines verantwortlichen Rates hindert, iſt die norwegiſche Königsgewalt außer Funktion getreten. Das hierdurch etablierte Verhältnis läßt ſich nicht aufrechterhalten. Gegen ihren Willen kann die Regierung nicht gezwungen werden, auf ihrem Poſten zu bleiben. Eine andere Regierung zuſtande zu bringen, hat Seine Majeſtät nicht einmal den Verſuch gemacht. Da die Politik der könig-

lichen Gewalt bei der Frage der Sanktionierung des Konſulatsgeſetzes mit der Verfaſſung nicht vereinbar iſt, und da eine neue Regierung die Verantwortung für dieſe Politik nicht übernehmen will, ebenſowenig wie die gegenwärtige ſich daran beteiligen will, indem ſie im Amte verbleibt, halten die Miniſter es für ihre Pflicht, zurückzutreten und ſofort dem Storting Mitteilung davon zu machen.

Weiterhin heißt es in dem Schreiben: Der Rahmen des konſtitutionellen norwegiſchen Königtums ſei geprengt und die Lösung des Unionsverhältniſſes durch den Beſchluß des Königs eingeleitet worden, hoffentlich zum Glück und Frommen der beiden biſher vereinigten Völker.

Schließlich bringen die Miniſter ihren Dank dar für das perſönliche Wohlwollen, das der König ihnen habe zuteil werden laſſen.

Kriſtiania, 7. Juni. (B. L. B.) Das Storting hat in der heutigen Abendſitzung eine Proklamation an das norwegiſche Volk beſchloſſen, in der es noch einem hiſtoriſchen Ueberblick über die biſherigen Vorgänge heißt: Wenn der Gang der Entwicklung, der mächtiger war als die Wünſche und der Wille der Einzelnen, die Schritte gefordert hat, die das Storting getan hat, ſo iſt es unſere ſichere Hoffnung, daß das norwegiſche Volk das Glück haben werde, in Frieden und in gutem Einvernehmen mit allen Völkern, und nicht zum wenigſten mit dem ſchwediſchen, zu leben, mit welchem wir durch ſo viele natürliche Bande verbunden ſind. In der ſicheren Ueberzeugung, daß das norwegiſche Volk ſich mit dem Storting und der Regierung vereinigen wird zur Feſthaltung der vollen Selbſtändigkeit des Reiches unter Bewahrung derſelben Feſtigkeit, Sonnenheit und würdigen Ruhe, welche biſher unſer Auftreten gekennzeichnet hat, und daß es willig Opfer tragen wird, die verlangt werden ſollten, erwartet das Storting, daß jeder Untertan ſich vollſtändig nach den Anordnungen und Vorſchriften richten wird, ebenſo daß alle Beamten, zivile, militäriſche und geiſtliche, in jeder Hinſicht der Regierung den Gehorſam zeigen, den zu verlangen ſie auf Grund der Gewalt, welche ihr das Storting im Namen des norwegiſchen Volkes übertragen hat, ein Recht hat.

Sämtliche Blätter ſtellen die Ruhe und Würde feſt, mit der der Storting und die Regierung heute den wichtigen Schritt unternommen haben, und ſprechen ihre Freude darüber aus, daß der Beſchluß des Stortings einſtimmig erfolgt ſei, ſie erkennen die Lokalität des Stortings gegenüber dem König durch das Anerbieten des norwegiſchen Thrones an einen Prinzen aus dem Hauſe Bernadotte an und hoffen, daß dieſe lokale Rückſichtnahme verſtanden und gewürdigt werden wird. Die Blätter geben ſodann der Freude und Genugtuung darüber Ausdruck, daß Norwegen von heute an ein völlig unabhängiger und ſouveräner Staat ſei.

Letzte Nachrichten und Depeſchen.

Neue Verluſte aus Südweſt-Afrika.
Berlin, 7. Juni. Amliſche Meldung. Ein Telegramm aus Windhuſt meldet: Am 23. Mai 1905 beim Ueberfall einer Karre öſtlich der Karraſberge:
Gefallen: Unteroffizier Heinrich Lupp, geboren am 5. 10. 79 zu Herſfeld; Gefreiter Paul Raboch, geboren am 30. 3. 83 zu Frauſtadt; Reiter Richard Kerſten, geboren am 5. 5. 83 zu Wulſterhauſen; Reiter Edmund Schneider, geboren am 12. 10. 83 zu Allensfeldbach; Reiter Otto Schöps, geboren am 13. 6. 83 zu Eifenberg.

Am 27. Mai 1905 im Geſecht ſüdweſtlich Waogas verwundet: Hauptmann Georg Blume, geboren am 17. 1. 66 zu Berlin, Streiſchuß linke Hand; Leutnant Martin Schmidt, geboren am 29. 9. 75 zu Neu-Huppin, Schrammſchuß Hals; Reiter Johann Leſchner, geboren am 8. 2. 85 zu Vertelſchütz, Schuß linke Hand.

An Taphus geſtorben: Gefreiter Friedrich Hülſber, geboren am 14. 9. 78 zu Gleiwitz, am 31. Mai 1905 im Lazarett Kalkfontein-Süd; Reiter Guſtav Schütt, geboren am 17. 4. 83 zu Ködnitz, am 30. Mai 1905 im Lazarett Kalkfontein-Süd; Reiter Joſeph Polohn, geboren am 2. 2. 80 zu Willms, am 3. Juni 1905 im Lazarett Windhuſt; Reiter Leo Pieper, geboren am 25. 8. 81 zu Voſholt, am 3. Juni 1905 in der Krankenſammelſtelle Kubus.

Anherdem: Gefreiter Friß Weiſtrich, geboren am 17. 4. 84 zu Gottesberg, am 2. Juni 1905 im Lazarett Weſhanien an Lungenentzündung geſtorben.

Nachträglich gemeldet: Unteroffizier Wilhelm Weiſer, geboren am 6. 5. 77 zu Graſſowa, wurde am 19. Mai 1905 im Geſecht bei Wiſſepport verwundet, Schuß rechten Oberarm; Reiter Martin Schan, geboren am 1. 9. 81 zu Steudten, am 21. November 1904 im Lazarett Epulico an Taphus geſtorben.

Um den Kaiſerpreis.

Poſen, 7. Juni. (B. L. B.) Hauptmann J i m m e r m a n n wurde vom Kriegsgericht zu ſechs Monaten Feſtung verurteilt, weil er beim Rotieren der Schießreſultate Unredlichkeiten ſich zu Schulden kommen ließ, um den Kaiſerpreis zum zweiten Male zu erhalten. In erſter Inſtanz war er zu drei Monaten Feſtung verurteilt worden, gegen dieſes Urteil wurde aber vom Gerichtsherrn Reviſion eingelegt.

Gaſexploſion.

Salzburg, 7. Juni. (B. L. B.) In der Glaswarenfabrik von Birmoos fand eine heſtige Gaſexploſion ſtat. Acht Arbeiter wurden tödlich verlegt.

Eine geheime Koſtenstation Deutſchlands?

In einer Mitteilung des „New York Herald“ aus Jamaica vom 29. Mai wird behauptet, die Koſtenstation St. Lucia, die von der däniſch-aſiatiſchen Geſellſchaft auf St. Thomas errichtet worden iſt, ſei taſächlich eine deutſche Unternehmung. Deutſchland habe dadurch anſcheinend hinter dem Rücken von Dänemark einen Stützpunkt auf St. Thomas erlangt, wonach es ſchon lange geſtrebt hat.

„Wollſch Bureau“ dementiert dieſe Nachricht.
Kopenhagen, 7. Juni. Die Meldung des „New York Herald“, daß die Koſtenstation der däniſchen oſtaſiatiſchen Kompagnie auf St. Thomas ein deutſches Unternehmen ſei, iſt, wie „Allgäuſ Bureau“ von maßgebender Seite erfährt, vollkommen unrichtig. Die Hamburg-Amerika-Linie hat nichts mit dieſer Koſtenstation zu tun. Beide Linien haben nur eine Uebereinkunft über die Regelung der Fahrt ihrer Schiffe im weſtindiſchen Verkehr getroffen.

Erdbeben.

Ceſine, 7. Juni. (B. L. B.) Geſtern wurde in der Nähe von Ceſtari ein neuerliches Erdbeben, von einem Gewitter begleitete, Erdbeben verſpürt. Auch in der Nacht wurden mehrere Erdböße, wobei zwei ſtärker, aber nur von kurzer Dauer waren, wahrgenommen.

Colombo, 7. Juni. (Meldung des „Reuterſchen Bureaus“.) Die engliſchen Schlagschiffe „Canopus“ und „Coloss“, nach China beſtimmt, ſind zurückberufen und der aſiatiſchen bezw. der Mittelmeerflotte zugewieſen worden. Man erwartet, daß die hauptſächlichſten Schiffe von den chineſiſchen Stationen abberufen werden.

Das Strafgefängnis Plözensee vor Gericht.

(Eigener Bericht des „Vorwärts“.) 18. Verhandlungstag.

In der heutigen Sitzung ist der Reichstags-Abgeordnete Rechtsanwält Wolfgang Heine als Verteidiger neben Dr. Liebknecht und Heinemann für die Angeklagten Wätmer und Kallist zur Stelle...

Die Vorführung Groffes abgelehnt.

Nach Eröffnung der Sitzung verkündet der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Oppermann, folgende Gerichtsbeschlüsse:

1. Der Antrag auf Vernehmung des Willi Groffe als Zeugen wird abgelehnt; G. hat an dem Ergebnis der Beweisaufnahme das erhebliche Interesse, weil davon der Erfolg seiner Bemühungen, aus dem Gefängnis herauszukommen, abhängt...

2. Der Antrag auf richterliche Inaugenscheinnahme des Willi Groffe wird abgelehnt, weil das Gericht dieselbe gegenüber den sonstigen Beweisergebnissen als bedeutungslos erachtet.

Der Antrag auf Vorführung des Willi Groffe ist damit erledigt. Rechtsanw. Dr. Liebknecht beantragt protokolllische Feststellung seines am 5. Juni gestellten Antrages auf Verlegung der in den Strafsakten gegen Groffe befindlichen Bescheinigung des Sanitätsrats Dr. Hildebrand.

Ferner beantragen die Rechtsanwälte Dr. Liebknecht und Heinemann, in den durch Gerichtsbeschlüsse der Verteidigung übergebenen Abschriften der Gerichtsbeschlüsse auch diejenigen Beschlüsse mitzuteilen, auf die im Tenor Bezug genommen ist, da sonst die Mitteilungen ganz unverständlich sind.

Ueber diesen Antrag behält sich das Gericht die Beschlußfassung vor. Die beiden anderen Anträge werden abgelehnt, doch soll dem Wunsch auf Zufügung der Daten bei den Abschriften der Beschlüsse Rechnung getragen werden.

Rechtsanw. Dr. Liebknecht (zum Sachverst. Dr. Placzek): Wie stellen Sie sich zur Frage der Strafvollzugsfähigkeit des Groffe?

Sachverst. Dr. Placzek: Mit dem Augenblick, wo ich ihn für geisteskrank erkläre, ist die Anschauung ausgesprochen, daß er nicht ins Gefängnis gehört.

Rechtsanw. Dr. Liebknecht: Was bei Groffe bei Begehung der Tat die freie Willensbestimmung ausgeschlossen?

Sachverst. Dr. Placzek: Die Anlage seiner Krankheit hatte er von Geburt an; um zu beurteilen, ob die Bedingungen des § 51 zuträfen, müßte ich die Einzelheiten der Tat kennen.

Geistesranke im Strafvollzug.

Rechtsanw. Dr. Liebknecht: Halten Sie es für denkbar, daß G. die Krankheit willkürlich herbeigeführt hat, um sein Herauskommen aus dem Gefängnis zu ermöglichen?

Sachverst. Dr. Placzek: Die Krankheit bei G. besteht von Geburt an, vorgekauft scheint er mir ein Symptom zu haben.

Rechtsanw. Dr. Liebknecht: Herr Medizinalrat Dr. Leppmann meinte, daß der Aufenthalt in einer Irrenanstalt die Strafe unterbrechen würde. Es ist dies aber eine bloße Verwaltungsmaßnahme und durchaus nicht notwendig, wenn nicht die Bedingung des § 493 (das Selbstüberbleiben der Krankheit) zutrifft.

Sachverst. Dr. Leppmann: Bei der Unterbrechung des Strafvollzuges durch Aufnahme in eine Irrenanstalt handelt es sich keineswegs um eine bloße Verwaltungsmaßnahme, sondern es ist das ausgesprochen durch obergerichtliche Entscheidungen gegenüber dem Begehrten, solchen Kranken die in der Irrenanstalt verbrachte Zeit anzurechnen.

Vors.: Gegen einen Geisteskranken läßt sich überhaupt eine Strafe nicht vollstrecken. Infolgedessen bleibt ja nichts übrig, als die Strafe zu unterbrechen, und gegen die Nebenkläger ist ja auch der schwere Vorwurf erhoben, daß sie Geistesranke im Gefängnis belassen haben.

Sachverst. Dr. Leppmann: Man muß im einzelnen Fall unterscheiden, ob das Verständnis für Strafe und Schuld völlig ausgeschlossen oder nur vermindert ist. Die erlernten halte ich nicht für strafvollzugsfähig, und wenn solche Leute zu und kommen, so wird das Verfahren als ein endgültiges Feststellungsverfahren bezeichnet, um über den Gegenstand hinwegzukommen, daß von einem beamteten Arzt als geisteskrank erklärte Leute im Strafvollzug bleiben. Der § 493 ist nach obergerichtlichen Entscheidungen bei Geisteskrankheiten überhaupt nicht heranzuziehen, da bei diesen die Fähigkeit des Strafvollzuges ohne weiteres wegfällt.

Staatsanw. Schönian: Es ist der Staatsanwaltschaft nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen überlassen, einen Gefangenen aus dem Strafvollzug zu entlassen oder nicht. Der Staatsanwalt, welcher einen Geisteskranken im Strafvollzug behalten würde, würde seine Pflicht verletzen und sich strafbar machen.

Rechtsanw. Heinemann (zu Dr. Leppmann): Nach den gegenwärtigen Bestimmungen dürfen doch Geistesranke im Strafvollzug bleiben?

Sachverst. Dr. Leppmann: Bei solchen Leuten, die von den Anstaltsärzten nicht zur Feststellung, sondern als geisteskrank zu werden erkannt werden und denen die Zeit als Strafzeit gerechnet werden soll, sagt man, es handelt sich um ein definitives Feststellungsverfahren.

Rechtsanw. Heinemann: Gibt es Befehle und Verordnungen, wonach der Strafvollzug gegen Geistesranke ausgeschlossen ist?

Sachverst. Dr. Leppmann: Ich kenne keine.

Rechtsanw. Heinemann: Wenn also der Vorsitzende davon sprach, es liegt ein schwerer Vorwurf in der Behauptung, ein Geisteskranker sei im Gefängnis belassen worden, so entspricht das nicht der tatsächlichen Lage.

Sachverst. Dr. Leppmann: Um diese Frage nicht aufkommen zu lassen, haben wir eben unsere Strafsakten-Irrenabteilung.

Rechtsanw. Dr. Liebknecht: Diese enthält also geistesranke Gefangene, deren Strafvollzug nicht unterbrochen ist?

Sachverst. Dr. Leppmann: Sie sind aus dem geordneten Strafvollzuge in Verhältnisse gebracht, wie sie die Irrenanstalten

bieten. Die Behörde hat sich dahin entschieden, ihnen die hier verbrachte Zeit voll auf die Strafzeit anzurechnen, und um keinen Gegenstand zu schaffen, wird sie zu einer Art definitiven Feststellungsverfahren gestempelt.

Rechtsanw. Dr. Liebknecht: Es sind also tatsächlich Geistesranke, die im Strafvollzug verblieben sind, und zwar in einem nach den Grundgedanken der Irrenpflege gegenüber dem Gefängnislager verbessertem Strafvollzug. Von einem beamteten Arzt als geisteskrank erklärte Verbrecher bleiben formell im Strafvollzug?

Sachverst. Dr. Leppmann: Ja, wohl, sie bleiben formell im Rahmen des Strafvollzuges.

Rechtsanw. Dr. Liebknecht: Damit ist also die Tatsache des Strafvollzuges gegen Geistesranke festgestellt.

Staatsanw. Schönian: Es kommt für die Strafunterbrechung nicht darauf an, ob jemand geisteskrank ist, sondern ob er strafvollzugsunfähig ist. Hierüber sagt Krohne: „Strafvollzugsunfähig wird der Verurteilte, wenn er entweder so verblödet ist, daß er kein Verständnis mehr hat für die Strafe und den Strafvollzug, oder so verrückt ist, daß er durch sein Gebahren die Ruhe und Ordnung der Strafanstalt stört. Das ist nicht dasselbe, als wenn jemand schlechtweg als geisteskrank erklärt wird.“

Der Rachtauffseher des Lazarets.

Sachverst. Dr. Placzek weist gegenüber einer Frage des Staatsanwalts, woher er denn wisse, daß die Schutzvorrichtungen einer Irrenanstalt bessere seien als die des Plözenseeer Gefängnis-Lazarets, auf den allgemeinen Unterschied beider Arten von Anstalten hin, auf die Verschiedenheit des Aufsichtspersonals, auf das verschiedene Verhalten eines Aufsichters, je nachdem er glaubt, einen Kranken oder einen Gefangenen vor sich zu haben.

Hierbei wird auf Anregung des Angeklagten Schneidert und des Rechtsanw. Dr. Liebknecht durch Vernehmung des Zeugen Direktor Denzner, daß der Rachtdienst dem au jour habenden Lazarettaufseher übertragen war, daß aber daneben noch ein fähiger Sicherheitsaufseher für die Nachtzeit vorhanden war, der die Ausbildung der Lazarettaufseher nicht hatte. Dieser Rachtauffseher hatte während der Nacht auch die Beobachtungen an den verdächtigen Kranken anzustellen, wenn nicht etwa der Lazarettaufseher einen besonderen Auftrag vom Arzte hatte.

Rechtsanw. Dr. Chodziesner (Vertreter der Nebenkläger): Geheimrat Dr. Baer vertritt alle Wünsche, die über die Versorgung von Geisteskranken im Gefängnis hier zum Ausdruck gebracht sind, schon seit mehr als 30 Jahren. Wenn sich alle diese Ideale noch nicht haben erreichen lassen, trifft ihn das ein Vorwurf?

Sachverst. Dr. Placzek: Keineswegs. Geheimrat Dr. Baer ist der unermüdbarste Vorkämpfer für eine Reform im Strafvollzug, und wenn er sie nicht hat verwirklichen können, liegt das nicht an seiner Persönlichkeit, sondern an den Verhältnissen.

Rechtsanw. Dr. Liebknecht: Ganz unsere Ansicht. Vors.: Wir kommen nun zu dem Fall Schirmer.

Es erfolgt zunächst die Verlesung des Artikels „Erfolge des Strafvollzuges“ aus Nr. 87 des „Vorwärts“ vom 14. April 1904.

Der Artikel bespricht den Fall des Strafgefangenen Willi Schirmer, der wegen Diebstahls 1898 bis 1901 in Strafkast war. Es wurden in dem Artikel Auszüge aus den Personalakten, die sich Wätmer auf die schon früher erörterte Weise verschafft hatte, zum Abdruck gebracht, und zwar: 1. ein Brief des Schirmer aus dem königlichen Zentralgefängnis Bronke an seine Eltern vom 1. Oktober 1899, in welchem Schirmer Betrachtungen über die Ungerechtigkeiten dieser Welt anstellt, mittelst, daß er sich mit Selbstmordgedanken trägt, und über die Höhe seiner Strafe klagt.

Dieser nicht an den Adressaten beförderte, sondern „zu den Ältern“ gegebene Brief Schirmers war, so hieß es in dem Artikel, das letzte Produkt seiner klaren Vernunft. Nachdem Schirmer 3 1/2 Jahre in Bronke eingesperrt war, habe es sich erwiesen, daß er an Halluzinationen und Verwirrungsstörungen litt. Dem Anstaltsarzt sei gelegentlich einer Disziplinierung das seltsame Benehmen aufgefallen. Schirmer sei dann nach Plözensee übergeführt und hier nach kurzer Beobachtung im Lazarett in Gemeinschaft verlegt worden.

Als nach sechs Monaten in Plözensee Platz geschafft werden mußte, sei Schirmer in das Gerichtsgefängnis Lützen übergeführt worden. Dann folgt in dem Artikel 2. eine Anzeige eines Aufsichters im Gefängnis in Lützen über einen tödlichen Angriff des Schirmer auf ihn. 3. Das Protokoll über die Vernehmung des Schirmer nebst Verfügung eines zweiwöchigen Arrestes durch den Gefängnisvorsteher. 4. Eine Verfügung des Kreisphysikus Dr. Annast über den 18. Februar 1901, wonach Schirmer, der schon in Bronke an Halluzinationen und Schlaflosigkeit gelitten, sich wahrscheinlich in einem Zustande krankhafter Geistesstörung befinde. — Am 18. Februar 1901 wurde auf dies Gutachten hin die Arreststrafe unterbrochen. An demselben Tage berichtete 5. der Amtsgerichtsrat Gefängnisvorsteher Reichhoff an den Oberstaatsanwalt, wobei er sagt: es erweise ihm sehr zweifelhaft, ob Schirmer etwas an Geistesstörung leidet oder ob er nur simuliert. Letzteres scheint das Wahrscheinlichere. Schirmer scheint gern nach Plözensee zurück zu wollen, und simuliere wahrscheinlich die Geisteskrankheit, weil er weiß, daß er dann der Lazarettstation überwiesen wird, welche in Lützen steht. Eine Aussetzung der Verdächtigen der Disziplinarstrafe erweise durchaus unangänglich. Dem Oberstaatsanwalt erstatten es, wie es im Artikel heißt, geboten, den Militärtransport des Schirmer nach Plözensee anzuweisen. Anfang März 1901 sei er daseibst wieder eingeliefert worden. Am 17. April 1901 habe das Amtsgericht zu Lützen bei der Direktion in Plözensee angefragt, ob die gegen Schirmer erlassene Disziplinarstrafe nunmehr vollstreckt sei. Es folgt dann in dem Artikel 6. die Verfügung des Direktors Birch vom Strafgefängnis Plözensee vom 19. April 1901, daß Sanitätsrat Dr. Pfleger sich gutachtlich darüber äußern möge, ob an dem Schirmer zurzeit die ihm in Lützen zuerkannte Arreststrafe (noch 11 Tage geschäftiger Dunkelarrest) vollstreckt werden kann. Dieser Verfügung lag 7. bei einer der von Schirmer geschriebenen konfusen Briefe. Dieser ist aus Plözensee vom 10. April 1901 datiert und an die „hochwohlwollende Majestät des Kaisers“ gerichtet. Der Kaiser wird gebeten, Schirmer von dem Rest der Strafe zu entbinden, da er sich nicht halb, sondern ganz gebessert fühle. Wenn er von der Anstalt entlassen werde, wolle er ein nützlich Mitglied der menschlichen Gesellschaft werden. Er habe bereits Auftrag gegeben, einen größeren Waldkomplex einzufriedigen, in welchem er eine Dressuranstalt für allerlei wildes Gatter einrichten lassen wolle, wobei ihm eine 500 Mann starke Mannschaft von der Weismache beistehen soll. Nachdem diese Dressur dann vollendet ist, werde er einen Zirkus, in welchem diese Tiere in Freiheit dressiert vorgeführt werden, einrichten; 8. äußerte sich Dr. Pfleger am 23. April 1901 dahin, daß die Strafe vollstreckt werden könne, aber von der Verdunkelung der Zelle abzusehen sei; 9. folgt eine Verfügung des Direktors Birch vom 29. April 1901, wonach Schirmer am 28. April 1901 freigesetzt worden sei, nebst der Anfrage, ob er geisteskrank sei oder nicht. Schließlich wird 10. eine Erklärung der Herren Dr. Baer und Dr. Pfleger vom 28. Mai 1901 veröffentlicht, wonach Schirmer geistig beschränkt und zu krankhaften Affekten geneigt und es dringend wünschenswert sei, ihn während der letzten wenigen Straftage in freier Luft zu beschäftigen.

Es wird in dem Artikel dann noch ausgeführt, daß Direktor Birch preislos den Erlaß des „Kassischen Aktes“ aber 4 Wochen Zeit sich nehmen mußten. So sei es gekommen, daß der Fall Schirmer in Vergessenheit geriet. Schirmer sei in Arrest geblieben, nicht in freier Luft beschäftigt worden und acht Wochen später, als seine Straftage beendet, mittellos auf die Strafe gesetzt worden.

Die Angeklagten Wätmer und Ahrens bestreiten, durch den Artikel über den Fall Schirmer eine Verleumdung der beiden Neben-

kläger beabsichtigt zu haben. Auch enthalte der Artikel objektiv keine Verleumdung. Der Angeklagte Ahrens giebt zu, daß in den Abschriften aus den Personalakten einige kleine Auslassungen vorgekommen sein mögen, die ihm nicht wesentlich erschienen.

Der erste Zeuge

ist Sanitätsrat Dr. Rosinski, seit 1894 Gefängnisarzt in Bronke. Derselbe bekundet: Schirmer ist in der Zeit von 1898—1900 in Bronke interniert gewesen. Ich erinnere mich seiner Person nicht mehr, kam aber auf Grund der Notizen im Krankenbuche folgendes auslagen: Schirmer hat sich 1897 und 1898 mehrere Male wegen kleiner körperlicher Beschwerden zur ärztlichen Sprechstunde vorkommen lassen. Im Jahre 1899 klagte er über Kopfschmerzen, Kopfschwindel und Schlaflosigkeit. Er wurde ins Lazarett übergeführt, blieb jedoch nur zwei Tage dort und ließ sich sofort gesund schreiben. 1900 kam er mit denselben Beschwerden ins Lazarett, verweilte aber nur zehn Tage dort und meldete sich gesund. Nach sechs Tagen kam er wieder und fügte den früheren Beschwerden die Behauptung hinzu, daß er an Halluzinationen leide. Ich trat nun seiner Persönlichkeit näher, und bei dem Examen, das ich mit ihm anstellte, hat Schirmer selbst ausgesagt: er habe gesunde Eltern und vier gesunde Geschwister. Im Alter zwischen fünf und acht Jahren habe er schon verschiedene Dummheiten gemacht. Mit dem neunten Lebensjahre sei er in die Erziehungsanstalt Rummelsburg gebracht worden, nach seiner Entlassung sei er bei einem Schmiedemeister in Straßburg in die Lehre gekommen, entließ aber aus der Lehre und wurde wieder nach Rummelsburg gebracht. Das Spiel wiederholte sich mehrmals, einmal entließ er auch aus Rummelsburg. Im 16. Lebensjahre kam er zum erstenmal in Kollision mit dem Strafgesetz, indem er Tauben stahl, „weil er keine Arbeit hatte“. In der Strafanstalt nahm er sich vor, sich zu bessern. Kaum aus der Anstalt entlassen, habe er sich an dem Bandendiebstahl beteiligt, der mit mehreren Jahren Gefängnis geahndet worden sei. Er hat nach seinen eigenen Angaben eine schwere Krankheit nie durchgemacht, auch einen schweren Unfall nie erlitten, ist aber geschlechtlich sehr erregt gewesen und hat in diesem Punkte gesundheitsschädlichen Gewohnheiten gefröhnt, die sein Nervensystem schwächten. Er erzählte, daß er Selbstmordgedanken gehabt habe; eine Stimme habe ihm geflüstert, er solle sich aufhängen, er habe aber nicht darauf gehört, denn er glaube nicht an Stimmen, das seien nur Träume.

Im allgemeinen verhielt sich Schirmer geordnet, aber auf dem Gebiete des Liebeslebens zeigte er erhebliche Lücken. Schon vom fünften Jahre an liebte er sich ohne Widerstand verlocken; auch die Schlussfolgerung, er habe Tauben gestohlen, weil er keine Arbeit hatte, zeigt, daß er in den ethischen Empfindungen und Vorstellungen wesentlich gestört war. Ich hielt ihn für eine geistig minderwertige Persönlichkeit voll Willensschwäche und Haltlosigkeit. Ob eine epileptische Veranlagung vorhanden war, will ich dahingestellt sein lassen. Das Leiden ist jedenfalls nicht durch die Einzelhaft in Bronke entstanden, sondern die geistige Minderwertigkeit bestand seit dem fünften Jahre, wo er anfang, Dummheiten zu machen. Da solche minderwertigen Personen die Einzelhaft schlecht vertragen und zu Halluzinationen neigen, so habe ich seine Verlegung in die Gemeinschaftshaft beantragt, und er ist dann nach Plözensee übergeführt worden. Was weiter mit ihm geschehen ist, weiß ich nicht.

Aus den Akten erkennt der Zeuge seine Verfügungen, nach denen er den Schirmer als geheilt, nämlich von der Schlaflosigkeit und den Halluzinationen, aus dem Lazarett entlassen und seine Ueberführung in dauernde Gemeinschaftshaft beantragt hat. Er ist am 18. April 1900 in Plözensee eingeliefert worden.

Auf Veranlassung des Rechtsanw. Heine wird aus den Akten ein Vermerk vom 8. Februar 1900 verlesen des Inhalts: „G. hat heute ein Arbeitsmesser aus der Joemerei in die Zelle genommen, um sich zu entleiben. Auf Befragen erklärte er, er hätte die Nacht nicht ertragen, seine Eltern seien schwer krank und deshalb wollte er sich töten, da er doch nicht mehr lebendig herauskomme. Es wurden ihm leichte Handschellen angelegt und einiger Zeit erklärte er: Jetzt bin ich wieder zur Besinnung gekommen und mein Vorhaben tut mir leid.“

Rechtsanw. Dr. Liebknecht: In Ihrem Akte sagen Sie: „Mit dem Erfuchen, den S. zur Verhütung von Rückfällen dauernd in Gemeinschaftshaft zu überführen. Was verstehen Sie unter dauernd?“

Zeuge: Tag und Nacht.

Darauf tritt eine Pause von 20 Minuten ein.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung erklärt Rechtsanw. Halpert, daß der Angekl. Ahrens durch die wochenlange Verhandlung so ermüdet ist, daß er die für seine Verteidigung notwendige Aufmerksamkeit der heutigen Verhandlung nicht mehr zuwenden kann und um Abbruch derselben bittet.

Auch Geheimrat Baer bittet angesichts seiner angegriffenen Gesundheit um eine, wenn möglich, mehrtägige Pause.

Die Verhandlung wird daher um 1/4 Uhr auf Freitag 9 1/2 Uhr vertagt.

Wasserstand am 6. Juni. Elbe bei Magdeburg + 0,18 Meter, bei Dresden - 1,25 Meter, bei Magdeburg + 1,13 Meter. — Unstrut bei Straßfurt + 1,05 Meter. — Ober bei Naumburg + 1,40 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 5,00 Meter, bei Breslau Unter-Regel + 0,98 Meter, bei Frankfurt + 1,85 Meter. — Weichsel bei Bismarck + 3,18 Meter. — Warthe bei Posen + 0,94 Meter. — Rode bei Uth + 0,41 Meter.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementsquittung beizulegen. Fragen ohne solche Angaben nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Juristische Cell.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Hbr.

A. 100. Sie können nach Ihrer Wahl den Schuldner an seinem Wohnort oder am Erfüllungsort (dem Ort der Forderung des Darlehens und dem damaligen Wohnort des Schuldners) verklagen. Da aber angenommen werden kann, daß Umstände vorliegen, welche einen anderen als den gesetzlichen Erfüllungsort als vereinbart erweisen lassen, wird es sich empfehlen, den Wohnort des Schuldners zu wählen. — G. A. 100. Da die ausfallende Zeit in die Zeit vor 1900 (also vor Inkrafttreten des B. G. B.) fällt, so würde eine Klage mit Erfolg nur auf Zahlung von Alimenter gerichtet werden können, es sei denn, die selbsterwähnte Begehung fand in einem gemeinrechtlichen Orte Mittelalters statt. — C. W. Ja. — A. T. 109. Ist der Inhalt des Testaments in Ihrer Anfrage zutreffend wiedergegeben, so würde Frau S. eventuell mit Erfolg klagen können. — R. 14. Ihr Vater würde mit Erfolg gegen die Pfändung klagen können. — R. B. 38. Abnen Sie die von Ihnen behauptete Abrede beweisen, so würde eine Klage auf Zahlung der vollen Provision Aussicht auf Erfolg haben. — R. Nagel. Nachdem Sie rechtskräftig abgewiesen sind, würden weitere Schritte erfolglos sein und Ihnen lediglich Scherereien, Zeilverlust und Kosten verursachen. — Dorf 10. Die Verantwortung Ihrer Fragen hängt von dem nicht mitgeteilten Wortlaut des Testaments und davon ab, wo Ihre Wohnung gelegen ist. — Steuer 1904. Sie sind zur Zahlung verpflichtet; erst nach vier Jahren würde eine Verjährung eingetreten sein. — D. Köster. Auch für Spezialenkäufer kann Zinsverlust beansprucht werden. Bei der Vermietung des Zinzerlöses, der bei Sachgen bis 300 Mark 5, darüber 1 Prozent beträgt, ist nicht die Sparsumme zugrunde zu legen, sondern der Zinzerlös nach billigen Ermessen zu bestimmen. Etwa 3 bis 5 Mark würden in Ihrem Falle als billig erachtet werden. — R. R. Ueber das Ihnen durch Verfall anfallende Geld können Sie zu Ihren Redigenten frei verfügen. Zweckmäßig wäre es, daß Ihr Vater Ihren Mann ausdrücklich von der Verwaltung des Vermögens ausschließt. In dem Testament, das Sie erlassen wollen, können Sie Ihren Mann auf Vollmacht setzen und von der Verwaltung des an Ihre Kinder fallenden Vermögens ausschließen. — Alter junger Abonnent. In Ihrem Falle wäre Lohn für die Freitagsarbeit nicht zu zahlen. Die gesetzliche Lage finden Sie S. 106, 167 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrechts“ geschildert.



3 M. Silberner Griff Stock

Silberne Zigaretten-Etuis 800/1000 gesetzlich gestempelt von M. 9.— an.

ca. 1500 Spazierstöcke mit echt silbernen Griffen schon von 2,50 M. an. Extra schwere 50 M. ziselierte bis 50 M. Echt silberne Damengriffe von 1 M. bis 25 M.

Große Auswahl in Juwelen, Uhren und allen Gold- und Silberwaren zu bekannt billigen Preisen. Verwechslungen sind häufig vorgekommen, achten Sie im eigenen Interesse auf Firma und Hausnummer 46. Besichtigung erbeten!

Goldwaren-Industrie Belmonte & Co., Königstr. 46, nur Ecke Hoher Steinweg. Fabrikation mit elektrischem Kraftbetrieb. * Gold- und Silber-Walz- und Prägewerk. * Engros-Export nach allen Ländern.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 8. Juni. Anfang 7 1/2 Uhr:

Cyrenhand. Die Heirat wider Willen.
Schauspielhaus. Wilhelm Tell.
Neues Opernhaus. Jung-Heidelberg.
Berliner. Der Papststreich.
Deutsches. Wilhelm Tell.
Veßing. Gefchlossen.

Anfang 8 Uhr:

Westen. Konzert der schwedischen Sänger Orphei Drängar.
Neues. Der Familienstag.
Thalia. Melusine. — Die Bäder von Lucca.
Reichshallen. Herzogin Crevette.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmshildisches Theater). Der artesische Brunnen.

Kleines. Nachtasyl.
National. Frigo.
Zentral. Luta-Luta.
Trianon. Gefchlossen.
Kunstspielhaus. Wiederbeste.
Welle-Milanez. Madame Ap-Top.
Carl Weiß. Gefchlossen.
Reichshallen. Stettiner Sänger. — Spezialitäten.
Herzfeld-Theater. Winter-Tymian-Sänger.

Apollo. Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.

Wintergarten. Harry Müller. — Spezialitäten.
Passage-Theater. Jean Paul, The Passports. — Spezialitäten.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Urania. Taubenstraße 48/49. Die deutsche Nordseeküste.
Invalidentraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Ensemble-Gesellschaft d. Kunstspielhauses. Sommerpreise. Täglich:

Der Familientag.

Anfang 8 Uhr:

Kleines Theater

Anfang 8 Uhr.

Nachtasyl.

Freitag: Angela. Abschied vom Regiment.
Sonnabend: Salome.
Sonntag: Nachtasyl.

Neue Königl. Oper (Kroll).

Jung-Heidelberg.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnabend, 10. Juni, zum 1. Male:
Der Schnurrbart.
Operette in 3 Akten von G. Verö.
Im Garten täglich:
Großes Garten-Konzert.

WOLZOGEN-OPER

THALIA-THEATER.
DIE BÄDER VON LUCCA.
Anfang 8 Uhr:
In Vorbereitung:
Die Pfahlbauer, komische Oper in drei Akten.

Apollo-Theater.

Täglich 10—10 1/2 Uhr:
Ununterbrochenes, stürmisch-Lachen während der Ausführung von
Ein Abend in einem amerik. Tügel-Tügel.
Ausgeführt von der berühmten amerik. Burlesk-Compagnie.
Dazu:
Am Hochzeitsabend
von Paul Lincke mit Hona Sporr u. Doltli. Berlin a. G. und die neuen Juni-Spezialitäten.

Metropol-Theater

Der größte Erfolg der Saison!
Zum 214. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssoppe mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Urania, Taubenstr. 48/49

8 Uhr:
Die deutsche Nordseeküste.

Sternwarte

Invalidentraße 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Neu! Der Kronprinz und Herzogin Clélie.
Neu! Der russische Admiral !! Roschdjestwensky !!
Mlle. Vallée, d. 16jährige armlose Fußkünstlerin und andere Spezialitäten.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachmittags 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.

POMPEJI

täglich
Concert 7, Vorstell. 8 1/2 Uhr
KURFÜRSTENDAMM
Preise der Plätze von 50 Pf. bis 5 Mk.

Residenz-Theater.

Dir.: Richard Alexander.
Heute Donnerstag 8 Uhr
letzte Aufführung von
Herzogin Crevette.
Schauspiel in 3 Akten u. 3 Rollen von Georges Feydeau.
Deutsch von Benno Jacobsohn.
Morgen Freitag 8 Uhr: Gastspiel von Albertine Zehme: Paul Lango und Tora Parsberg.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Bis inkl. Sonnabend geschlossen.
An allen 3 Feiertagen, abends 8 Uhr:
Wahre Liebe.
Schauspiel in 5 Akten u. einem Vorspiel von Max. Ehrlich.
Am Sommergarten: Eröffnung am Sonntag (1. Feiertag) mit vollständigem neuem Programm. Am 2. Feiertag: Erfr.-Früh-Vorstellung. Anf. 5 1/2 Uhr.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7—9.
Som 1. Pfingstfeiertag täglich:
Zwischen Himmel und Erde.
Gr. romantisch, Ausstattungsspiel.
Neue Dekorationen und Kostüme.
Eine schreckliche Nacht.
Große Pantomime der Gullano Wholles Troupe.
Am Saale: **Großer Ball.**
Täglich: Konzert, Spezialitäten.
Anfang 4 Uhr. (Montag, 2. Feiert.)
Frühkonzert u. Vorst. Anf. 5 Uhr.

Diez Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79,
direkt an der Ringbahnstation, bequeme
Fahrtgelegenheit u. all. Stadtrichtungen.
Ob Regen! Ob Regen!
Ab 1. Juni täglich:
Im herrlichen Garten oder Saal:
Konzert u. Vorstellung.
Das größte und beste Programm
Berlins.
40 erstklassige Nummern.
Bleckwenn-Truppe.
Kunstfahrer, 5 Personen.
Sy?? Sy??
Die Entstehung zweier Damen aus dem Nichts sowie neu die mysteriöse Hängematte.
The Noranas
mit 40 Akrobatik, Papageien etc.
Original Molly Verch, Lily Duran.
Original Robert u. Bertram. Original
Renner-Stango
und viele Kunstkapazitäten.
Im Saal: **Großer Ball.**
Kaffeebrüche, Volkshelmsung aller Art.
Entree 30 Pf. Jeder Erwachsene hat das Recht ein Kind unter 10 Jahren frei einzuführen, ältere Kinder zahlen halben Eintrittspreis.
Am 1. und 2. Pfingstfeiertag 5 Uhr:
Großes Frühkonzert, Vorstellung und Ball.
Diez' Seeterrasse Lichtenberg, Röderstr. 6.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Großes Militär-Konzert.
Türmchenschützen, Land- und Wasser-Feuerwerk.
Erstl. Spezialitäten-Vorstellung und Ball.
Am 1. und 2. Pfingstfeiertag, früh u. nachmittags, dieselben Darbietungen.
Aegidius Diez.

Schiller-Theater

Friedrich-Wilhelmshildisches Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.
Schauspiel in 3 Akten von Carl Laufs und Curt Kraatz.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Tyrannen der Tränen.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.

Freie Volksbühne

Sonntag, den 11. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr,
Metropol-Theater (8. Abteilung):
Hedda Gabler.

Alle diejenigen Mitglieder, welche auch in der nächsten Saison dem Verein angehören wollen, müssen eine diesbezügliche Erklärung und die Mitgliedskarten spätestens am 12. Juni in ihrer Zahlstelle abgegeben haben. Spätere Meldungen können nur berücksichtigt werden, soweit in den betreffenden Abteilungen Raum vorhanden ist, auch müssen Beitragsreste bis zu diesem Termin reguliert sein. Desgleichen sind in den Monaten Juni, Juli alle Umschreibungen in eine andere Zahlstelle zu bewirken. Die alten Mitgliedskarten müssen in der bisherigen Zahlstelle abgegeben und dort gegen eine neue Karte eingetauscht werden. Der Termin der Kartonausgabe wird noch im „Vorwärts“ bekannt gemacht.

229/4 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Max Kliems Sommer-Theater

Masonstraße 13—15. Kritische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Glüh-Tag.
Die Kaffeebrüche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 homlegante Regelbäder, Whirlbäder, Kosmetik, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Großer Ball.

W. Noacks Theater.

Direction: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Heute geschlossen!
Am 1. Pfingstfeiertag:
Eröffnung d. Sommersaison.
Täglich Theater u. Spezialitäten.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich
Berlin, wie es weint und lacht.
Kugelband das Sensations-Programm.
The Hilgeris, Gentlemen-Akrobaten.
Rheingold-Trio, Transform.-Terzett.
Deux Milani, Rational-Tänzerinnen.
Olga Verdi, Kostüm-Soubrette.
Ernst Franzen, Balzer- u. Wiederfänger.
Am Saale: **Ball.**
Anf. 5 Uhr. Entree 30, Speerth. 50 Pf.
Saisonkarten haben Vorrang.

Passage-Theater.

Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonntag 5, Sonnt. 3 Uhr.
General-Consul
der berühmte Wanderer.
Jean Paul, Komiker.
Vitoskope:
Die feierliche Einholung,
und das glänzende Juni-Programm.

Etablissement Bugenhagen

Horitzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagsstück.
Der große Naturgarten ist
geöffnet.
Täglich:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird, also kein Entree.

Abnormitäten-Ausstellung

Münzstr. 16.
Täglich: Das neue Riesen-Programm.
Der 15jährige Kunstfänger Fred Rollon. Das größte Wunder der Kunstfänger, zum erstenmal in Berlin. Mit Anita, total tätowierte Schönheit. Mister Kaplano, der berühmte taubstumme Schneidzeichner. Erich v. Daenzer, der amantische Rauberkünigler u. neueste Trick. Riezin Hona, 485 Pfund schwer, schwerste Dame, die je gelebt.

Entree 20 Pf.

Landes-Ausstellung-Park.

Täglich: Doppel-Konzert
Dejeuners von Mk. 2,50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners von 3 Mk., Soupers von 4 Mk. an.
Neuerbaute Festsäle, Café u. Konditorei,
gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.

Paul Schwarz Sommer-Theater,

Lichtenberg, Dorfstr. 25—26.
Herrlichstes Sommer-Lokal in der Umgegend Berlins.
Am 1. und 2. Pfingstfeiertag:
Gr. Früh-Konzert u. Früh-Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr.
An den drei Feiertagen nachmittags:
Große Gala-Spezialitäten-Vorstellung.
Das Riesen-Fest-Programm.
Gr. Schmalfuß-Konzert. Anfang 4 Uhr.
Am 2. und 3. Feiertag: **Gr. Fest-Ball.**
Mittwoch, den 14. Juni: **Erster großer Elite-Tag.**

Jhr Nieren- und Blasenleiden,

das Ihnen so viele Beschwerden verursacht, können Sie am ausichtsreichsten mit Reichel's echt ungarischem Wachholder-Extrakt, Marke „Medico“, einem reinen Naturprodukt von natürlicher Wirkung bekämpfen, das wie kein zweites Mittel die unreinigkeiten ausseheidende Nierenstätigkeit auf das günstigste beeinflusst. Trinken Sie diese heilungsmitteln durch Studium des gratis und franco erhältlichen Spezialprospekts, und Sie werden dieselbe vollumfänglich heilung finden. Können Sie jedoch fest streng auf die Marke „Medico“, die allein Echtheit und Erfolg verbürgt, Reichel's Wachholder-Extrakt ist niemals losen, nur in Flaschen a 75 Pf., M. 1,50 und für längeren Gebrauch M. 2,50 erhältlich und zwar allein bei Otto Reichel, Berlin 50, 43, Eisenbahnstr. 4.

Spurlos verschwunden

Sind sofort alle Wangen (samt Haut und bis auf den letzten Rest vernichtet durch Reichel's „Verstärktes Wanzen-Fluid“. Einzig sicheres Spezialmittel von durchgreifender und dauernder Wirkung. Nur echt und wirksam in Flaschen mit „Tod und Teufel“ a 50 Pf., 1., 2., 3., u. Literfl. 5.—. Sprühdapparate 50 Pf. Erfolg garantiert. Erhältlich in den Drogerien der Plakate mit „Tod und Teufel“ und bei
Berlin 43, Eisenbahnstr. 4, I. H. IV. 616 u. 3190.
Hier frei Hand, nach auswärts durch die Post.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Unsere süßen Dienstmädel.
Burlade von Reuel.
Anfang heute
7 Uhr.

Freie Volksbühne

Sonntag, den 11. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr,
Metropol-Theater (8. Abteilung):
Hedda Gabler.

Alle diejenigen Mitglieder, welche auch in der nächsten Saison dem Verein angehören wollen, müssen eine diesbezügliche Erklärung und die Mitgliedskarten spätestens am 12. Juni in ihrer Zahlstelle abgegeben haben. Spätere Meldungen können nur berücksichtigt werden, soweit in den betreffenden Abteilungen Raum vorhanden ist, auch müssen Beitragsreste bis zu diesem Termin reguliert sein. Desgleichen sind in den Monaten Juni, Juli alle Umschreibungen in eine andere Zahlstelle zu bewirken. Die alten Mitgliedskarten müssen in der bisherigen Zahlstelle abgegeben und dort gegen eine neue Karte eingetauscht werden. Der Termin der Kartonausgabe wird noch im „Vorwärts“ bekannt gemacht.

229/4 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Max Kliems Sommer-Theater

Masonstraße 13—15. Kritische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Glüh-Tag.
Die Kaffeebrüche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 homlegante Regelbäder, Whirlbäder, Kosmetik, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Großer Ball.

W. Noacks Theater.

Direction: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Heute geschlossen!
Am 1. Pfingstfeiertag:
Eröffnung d. Sommersaison.
Täglich Theater u. Spezialitäten.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich
Berlin, wie es weint und lacht.
Kugelband das Sensations-Programm.
The Hilgeris, Gentlemen-Akrobaten.
Rheingold-Trio, Transform.-Terzett.
Deux Milani, Rational-Tänzerinnen.
Olga Verdi, Kostüm-Soubrette.
Ernst Franzen, Balzer- u. Wiederfänger.
Am Saale: **Ball.**
Anf. 5 Uhr. Entree 30, Speerth. 50 Pf.
Saisonkarten haben Vorrang.

Passage-Theater.

Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonntag 5, Sonnt. 3 Uhr.
General-Consul
der berühmte Wanderer.
Jean Paul, Komiker.
Vitoskope:
Die feierliche Einholung,
und das glänzende Juni-Programm.

Etablissement Bugenhagen

Horitzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagsstück.
Der große Naturgarten ist
geöffnet.
Täglich:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird, also kein Entree.

Abnormitäten-Ausstellung

Münzstr. 16.
Täglich: Das neue Riesen-Programm.
Der 15jährige Kunstfänger Fred Rollon. Das größte Wunder der Kunstfänger, zum erstenmal in Berlin. Mit Anita, total tätowierte Schönheit. Mister Kaplano, der berühmte taubstumme Schneidzeichner. Erich v. Daenzer, der amantische Rauberkünigler u. neueste Trick. Riezin Hona, 485 Pfund schwer, schwerste Dame, die je gelebt.

Entree 20 Pf.

Landes-Ausstellung-Park.

Täglich: Doppel-Konzert
Dejeuners von Mk. 2,50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners von 3 Mk., Soupers von 4 Mk. an.
Neuerbaute Festsäle, Café u. Konditorei,
gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.

Paul Schwarz Sommer-Theater,

Lichtenberg, Dorfstr. 25—26.
Herrlichstes Sommer-Lokal in der Umgegend Berlins.
Am 1. und 2. Pfingstfeiertag:
Gr. Früh-Konzert u. Früh-Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr.
An den drei Feiertagen nachmittags:
Große Gala-Spezialitäten-Vorstellung.
Das Riesen-Fest-Programm.
Gr. Schmalfuß-Konzert. Anfang 4 Uhr.
Am 2. und 3. Feiertag: **Gr. Fest-Ball.**
Mittwoch, den 14. Juni: **Erster großer Elite-Tag.**

Jhr Nieren- und Blasenleiden,

das Ihnen so viele Beschwerden verursacht, können Sie am ausichtsreichsten mit Reichel's echt ungarischem Wachholder-Extrakt, Marke „Medico“, einem reinen Naturprodukt von natürlicher Wirkung bekämpfen, das wie kein zweites Mittel die unreinigkeiten ausseheidende Nierenstätigkeit auf das günstigste beeinflusst. Trinken Sie diese heilungsmitteln durch Studium des gratis und franco erhältlichen Spezialprospekts, und Sie werden dieselbe vollumfänglich heilung finden. Können Sie jedoch fest streng auf die Marke „Medico“, die allein Echtheit und Erfolg verbürgt, Reichel's Wachholder-Extrakt ist niemals losen, nur in Flaschen a 75 Pf., M. 1,50 und für längeren Gebrauch M. 2,50 erhältlich und zwar allein bei Otto Reichel, Berlin 50, 43, Eisenbahnstr. 4.

Spurlos verschwunden

Sind sofort alle Wangen (samt Haut und bis auf den letzten Rest vernichtet durch Reichel's „Verstärktes Wanzen-Fluid“. Einzig sicheres Spezialmittel von durchgreifender und dauernder Wirkung. Nur echt und wirksam in Flaschen mit „Tod und Teufel“ a 50 Pf., 1., 2., 3., u. Literfl. 5.—. Sprühdapparate 50 Pf. Erfolg garantiert. Erhältlich in den Drogerien der Plakate mit „Tod und Teufel“ und bei
Berlin 43, Eisenbahnstr. 4, I. H. IV. 616 u. 3190.
Hier frei Hand, nach auswärts durch die Post.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Unsere süßen Dienstmädel.
Burlade von Reuel.
Anfang heute
7 Uhr.

Ausflüglern

empfehlen wir folgende
Spezial-Karten
der Umgegend Berlins.
Bernau-Bienitzthal, Ranke-Niepnitz und Wandlitz-See . . . 1 M.
Baton u. Umgegend mit angehängtem Führer . . . 75 Pf.
Eberswalde und Umgegend . . . 75 Pf. und 1 M.
Erkner und Umgegend . . . 75 Pf.
Friedenwalde-Falkenberg . . . 75 Pf.
Friedenwalde, Briesen, Oberberg, Brodowin . . . 1 M.
Friedrichshagen, Köpenick, Grünau, Schmöckwitz . . . 75 Pf.
Grumetwald und westliche Borsice, 2., 3., 5. u. Scharfzig 25, 50, 75 Pf. und 1 M.
Königs-Wusterhausen und Umgegend 5farbig . . . 1,50 M.
Nördliche Borsice, Spandau, Tegel etc. 1 M.
Potsdam und Umgegend . . . 75 Pf.
Rethowen und Werder . . . 1 M.
Rüdorsdorfer Heide, Umgegend von Rüdorsdorf u. Erkner 75 Pf.
Spreewald mit praktischem Touristenführer . . . 75 Pf.
Straußberg u. der Blumental 1 M.
Tegel und Umgegend . . . 75 Pf.
Ferner empfehlen wir:
Wanderbuch für die Mark Brandenburg. 3 Bände. Zusammen 6,00 M.
I. Teil: Nähere Umgegend Berlins, umgibt die Gegend von Potsdam, Spandau, Oranienburg, Königswusterhausen . . . 1,50 M.
II. Teil: Westliche Hälfte der Umgegend Berlins bis Brandenburg a. d. Havel, Tangermünde, Neu-Ruppin, Neu-Strelitz 2,00 M.
III. Teil: Ostliche Hälfte der Umgegend Berlins bis Eberswalde, Frankfurt a. O., Schwedt, Rastin, Lübben, Spreewald, Rastau 2,50 M.
Diese Wanderbücher bieten prächtige Schilderungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind so dem Wanderer ein zuverlässiger Führer und Berater. 234/16*

Buchhandlung Vorwärts,

Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, Laden.

Landes-Ausstellung-Park.

Täglich: Doppel-Konzert
Dejeuners von Mk. 2,50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners von 3 Mk., Soupers von 4 Mk. an.
Neuerbaute Festsäle, Café u. Konditorei,
gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.

Paul Schwarz Sommer-Theater,

Lichtenberg, Dorfstr. 25—26.
Herrlichstes Sommer-Lokal in der Umgegend Berlins.
Am 1. und 2. Pfingstfeiertag:
Gr. Früh-Konzert u. Früh-Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr.
An den drei Feiertagen nachmittags:
Große Gala-Spezialitäten-Vorstellung.
Das Riesen-Fest-Programm.
Gr. Schmalfuß-Konzert. Anfang 4 Uhr.
Am 2. und 3. Feiertag: **Gr. Fest-Ball.**
Mittwoch, den 14. Juni: **Erster großer Elite-Tag.**

Jhr Nieren- und Blasenleiden,

das Ihnen so viele Beschwerden verursacht, können Sie am ausichtsreichsten mit Reichel's echt ungarischem Wachholder-Extrakt, Marke „Medico“, einem reinen Naturprodukt von natürlicher Wirkung bekämpfen, das wie kein zweites Mittel die unreinigkeiten ausseheidende Nierenstätigkeit auf das günstigste beeinflusst. Trinken Sie diese heilungsmitteln durch Studium des gratis und franco erhältlichen Spezialprospekts, und Sie werden dieselbe vollumfänglich heilung finden. Können Sie jedoch fest streng auf die Marke „Medico“, die allein Echtheit und Erfolg verbürgt, Reichel's Wachholder-Extrakt ist niemals losen, nur in Flaschen a 75 Pf., M. 1,50 und für längeren Gebrauch M. 2,50 erhältlich und zwar allein bei Otto Reichel, Berlin 50, 43, Eisenbahnstr. 4.

Spurlos verschwunden

Sind sofort alle Wangen (samt Haut und bis auf den letzten Rest vernichtet durch Reichel's „Verstärktes Wanzen-Fluid“. Einzig sicheres Spezialmittel von durchgreifender und dauernder Wirkung. Nur echt und wirksam in Flaschen mit „Tod und Teufel“ a 50 Pf., 1., 2., 3., u. Literfl. 5.—. Sprühdapparate 50 Pf. Erfolg garantiert. Erhältlich in den Drogerien der Plakate mit „Tod und Teufel“ und bei
Berlin 43, Eisenbahnstr. 4, I. H. IV. 616 u. 3190.
Hier frei Hand, nach auswärts durch die Post.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Unsere süßen Dienstmädel.
Burlade von Reuel.
Anfang heute
7 Uhr.

IV. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Ost).

Montag, den 12. Juni (2. Feiertag):

Früh-Konzert

in der Brauerei Friedrichshain am Königstor.

Eröffnung 4 Uhr.

Anfang 5 Uhr.

Billetts 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Programme an der Kasse gratis.

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen zur Verfügung.

NB. Die Musik wird ausgeführt vom Neuen Berliner Konzert-Orchester unter Leitung seines Dirigenten Herrn R. Tietz. 213/18* Das Komitee.

4. Berliner Reichstags-Wahlkreis

Süd-Ost.

Sonntag, den 11. Juni (1. Pfingst-feiertag): Großes

Früh-Konzert

in folgenden Lokalen:

214/6*

„Beylers Gesellschaftshaus“, Köpenicker Landstraße 20, **Treptow** „Joëls Viktoria-Garten“, Köpenicker Landstraße 21.

Treptow, „Ludwigs Park-Restaurant“, Köpenicker Landstraße 25/26.

Großes Familien-Kaffeekochen, 1 Liter 60 Pfennige, 1/2 Liter 35 Pfennige. Eröffnung 4 Uhr. Programm an der Kasse gratis. Anfang 5 Uhr. Das Komitee.

Versandhaus Germania

seit 15 Jahren

30342*

Unter den Linden 21, II. Fahrstuhl.

neben der Passage.

Zweiggeschäfte unterhalten wir nicht.

Hochvornehme Herren-Paletots und -Anzüge

aus feinsten Maßstoffen 25 bis 40 M.

hochelegante Beinkleider 9 bis 12 M.

Vorjährige Herrengarderoben wesentlich billiger.

Tadellos
Sitz

Vorwahlung
Facsim.

6. Berliner Wahlkreis.

Zwei große Früh-Konzerte.

Schönhauser Vorstadt:

Sonntag, den 11. Juni 1905 (1. Pfingstfeiertag), im Berliner Prater, Kastanien-Allee 7. 218/2

Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen:

Montag, den 12. Juni 1905 (2. Pfingstfeiertag), in Ballschmieders Kastanien-Wäldchen, Badstr. 16.

Anfang 5 Uhr.

Billett 25 Pf.

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen zur Verfügung.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

Das Komitee.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik.

Kein Laden! Jetzt nach beendeter Engros-Saison auch Einzelverkauf

enorm billig Jacketts, Havelocks, Capes, Staub-Mäntel, Reise-Kostüm-Röcke, Kinder- und Backfisch-Paletots.



Robert Baumgarten, Hausvogtei-Platz 11, 2. Etage (an der Jerusalemstraße).

Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5 Proz. Rabatt vergütet.

Roh-Tabak Tempelstr. 3. E. Nauen, a. d. Schwedlerstraße

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a:

Branchen-Versammlung

für die

Küchenmöbel-Branche.

Die Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Zahlreichen Besuch erwartet

86/17

Die Ortsverwaltung.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige

Herren-Garderoben.

Ersatz für Maß. Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.

Julius Fabian, Schneidermeister,

Große Frankfurter-Str. 37, II. Eingang Strausberger Platz.

Nathan Wand

129 Stalitzerstr. 129. Die schönsten 8422*

Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu

Monats-Garderobe sowie speziell

von Kanallernen getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stalitzerstr. 129. Hochbahnstation Rottbuscher Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Aufruf

an alle Arbeiter Deutschlands!

Das rigorose Vorgehen der Zigaretten-Fabrikanten Dresdens hat die organisierte Arbeiterschaft aufs tiefste erregt. Laut Versammlungsbeschluss der Dresdener Arbeiter und im Einverständnis mit der Gewerkschafts-Kommission und den Vertrauensleuten der sozialdemokratischen Partei Berlins wenden wir uns an alle denkenden Arbeiter und Zigaretten-Raucher mit der Bitte, uns in diesem uns aufgezwungenen Kampfe dadurch zu unterstützen, daß sie ihren Bedarf nur bei Firmen decken, die das Koalitionsrecht und die bescheidenen Wünsche ihrer Arbeiterinnen anerkannt haben.

Diese Firmen sind:

Gebr. Selowsky (Bolero u. Zenith), Casanova, Kasacky, Körner & Apfelstädt und Kosmos.

Bei folgenden Firmen soll den Arbeiterinnen das Koalitionsrecht genommen werden durch

„handschriftliche Versicherung an Eidesstatt“:

Adler-Compagnie
Alexandria
Arabia
Delta
A. M. Eckstein & Söhne
Epirus

G. A. Jasmatzi A.-G.
Josetti G. m. b. H.
Juwel in Poppitz
Kios
Compagnie Laferme
Compagnie Macedonia

J. Malzmann
Monopol
W. Alex Müller
Osmanie
Persia
Reunion

Serail
Sulima
Tuma
Jean Vouris
B. Weller
Xanthi

Yenidze einschließlich der Firma Josetti-Berlin, Neue Friedrichstr. 9/10.

Arbeiter, Parteigenossen! An Euch liegt es nun, den ca. 4000 um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Arbeiterinnen zum Siege zu verhelfen. Hoch die Solidarität!

Alle Anfragen behufs Aufklärung sind zu richten an Willi Hahn, Berlin NW. 23, Klosterstr. 6. Die Streikkommission.

Haus Industrie und Handel.

Der Equitable-Schwindel.

Unsere deutschen Gründungsschwinder können von ihren amerikanischen Brüdern immer noch recht viel lernen. All die Verzögerungen, die die letzte deutsche Wirtschaftskrise auch dem in solchen Finanzpraktiken nicht Eingeweihten enthüllt hat, gleichen sich fast förmlich bis aufs Haar. Man mußte über den Mangel an Erfindungsgebe staunen, den unsere Finanzleute damals an den Tag gelegt haben. Die Handlungen der Sander- und Pommernleute, der Eyrer, Treberschmidt, Terlingen und Konforten gebieten nicht bloß auf demselben moralischen Sumpfboden des Kapitalismus, sondern sie wiesen auch, rein oberflächlich betrachtet, immer dasselbe Bild auf. Um so interessanter ist es daher, zu beobachten, welche neuen Schliche jene „Finanzgrößen“ auszubedenken verstehen, vielleicht weil die alten etwas abgebraucht erscheinen. Der Skandal, der in den letzten Wochen um die New Yorker Equitable Versicherungs-Gesellschaft entbrannt ist und der der bürgerlichen Presse fortgesetzt zum Gegenstand aller möglichen Betrachtungen herhalten muß, verdient nach dieser Richtung allgemeine Beachtung. Sicherlich wird auch nicht allzu lange Zeit verstreichen, bis man irgend einem deutschen Finanzmann das „made in America“ auf meilenweite Entfernung wird ansehen können.

Die persönlichen Kämpfe um die Herrschaft in den Verwaltungen der Aktiengesellschaften oder wie es, nicht ohne eine gewisse Ironie so schon heißt, um die „Kontrolle“ sind bekannt. Man bemüht sich ja bei uns ähnliche Zustände zu importieren. Bei der Equitable-Gesellschaft handelt es sich, soweit sich überblicken läßt, um keinen ganz zwischen zwei Vorkriegsmagnaten, sondern der Streit ist im häuslichen Lager selbst ausgebrochen. Zwei Direktoren versuchen der Öffentlichkeit zu zeigen, was sie beide auf dem Kernholz haben, und der Erfolg dieser Leistung wird, nach den neuesten Berichten, offenbar sein, daß sie beide sich zu gemeinsamem Tun verbündet die Hände reichen. Zuerst hatte der Generaldirektor, Mr. Alexander, seinem Vizepräsidenten Hyde den Scheidungsbeschluß zugeworfen. Welche Absichten er dabei verfolgte, ist vorläufig noch nicht recht klar; daß solche bestehen, ist aber mit Sicherheit anzunehmen. Hyde ist der 30jährige Sohn des Begründers der Gesellschaft und hat von seinem Vater ein riesenvermögen geerbt, das er, wie es heißt, recht schnell zu vergeuden trachtete. Das hätte nun in keiner Weise den Stein des Anstoßes gegeben, wenn nicht dieser Herr Hyde gleichzeitig die Majorität der Equitable-Aktien geerbt, dadurch immer die Macht über das Unternehmen behalten und dessen Interessen mit den eigenen in allzu sinniger Weise in Verbindung zu bringen gewußt hätte. So wird ihm nachgesagt, daß er die Kosten für Wälle, Schaustellungen und Liebesabenteuer aus der Gesellschaftskasse bezahlt hat, indem er die verschwundenen Summen einfach als „Kassamelosten“ zu verbuchen wußte. Der erste Direktor, Mr. Alexander, war aber der Meinung, daß dies keine Klame für die Gesellschaft sei und schickte in die Öffentlichkeit. Den Versicherten schien der gangbarste Weg der zu sein, die Gesellschaft in eine Gegenseitigkeitsgesellschaft umzuwandeln. Dem widerstand sich aber Mr. Hyde als Hauptaktionär und zurzeit sieht noch nicht fest, wie sich die Angelegenheit entwickeln wird. Das Direktorium hat vorläufig eine Kommission eingesetzt, die unter Leitung des Stahlindustriellen Friedl getagt und einen Bericht veröffentlicht hat, der die ungläublichen Missetaten der Hydeischen Wirtschaft bestätigt hat. Hyde hat danach nicht nur die Kosten seiner Diners durch die Gesellschaft bezahlen lassen, sondern auch „Zwischengeschäfte“ gemacht, indem er die flüssigen Gelder der „Equitable“ in von ihm begründete Bankinstitute steckte, dort natürlich mit dem Gelde andere Geschäfte machen konnte, die ihm mehr eintrugen, während die „Equitable“ nur geringen Zins erhielt. Solche „Geschäfte“ sollen aber, wie von Kennern versichert wird, bei amerikanischen Gesellschaften durchaus nichts Seltenes sein und gar zu fremd sind sie auch nicht bei uns. Als Antwort auf das Vorgehen Alexanders wandte Hyde das probate Mittel an zu erklären, daß Alexander ähnlich gewirtschaftet und von seinen Wuchergeschäften Kenntnis gehabt habe. Das hat auch der Bericht der Unterdirektoren bestätigt und darauf stützt sich auch die Annahme, daß Hyde und Alexander Arm in Arm gegen die Versicherten Stellung nehmen werden. Wie es einmal in diesen Streifen üblich ist, rechnet man natürlich von vornherein damit, daß die Revisoren zu den Feststellungen nur aus dem egoistischen Interesse gekommen seien, die beiden Direktoren von ihren Posten zu

verdrängen, um sich an ihre Stelle zu setzen. Die Aufsichtsbehörde hat ebenfalls eine Untersuchung eingeleitet, die aber ihren Bericht noch nicht erstattet hat.

Die kapitalistische Presse bemüht sich natürlich, darauf hinzuweisen, der Vorfalle zeige, daß man bei einer amerikanischen Versicherungsgesellschaft sein Leben nicht versichern dürfe. Das entspricht natürlich nichts anderem, als den Konkurrenzmanövern der deutschen Gesellschaften. Was da vorgebracht wird, ist auch ganz unlogisch. Denn gleichzeitig wird hervorgehoben, daß die „Equitable“ seit dem neuen Versicherungsgesetz vom Jahre 1901 in Deutschland gar nicht mehr konzessioniert ist, also, wenn ein Schaden für die Versicherten überhaupt eintreten sollte, was vorläufig bestritten wird, nur die früheren Abschlässe in Betracht kämen.

In der Tat gibt es nur zwei Möglichkeiten: bieten die amerikanischen Gesellschaften nicht genügend Sicherheit, so muß ihre Tätigkeit überhaupt in Deutschland verboten werden. Ist das aber nicht der Fall, so liegt kein Grund vor, dieses Ereignis zu Gunsten der deutschen Gesellschaften auszunutzen. Das neue Versicherungsgesetz bestimmt, daß ausländische Gesellschaften Sicherheiten in Höhe der Prämienreserve (etwa drei Viertel der eingezahlten Prämien) von den in Deutschland abgeschlossenen Versicherungen zur Verfügung des Aufsichtsamtes zu hinterlegen haben. Die „Equitable“ hat, da sie diesen Bedingungen für die früher in Deutschland abgeschlossenen Policen nicht unterworfen war, nur etwa ein Siebentel der notwendigen Summe hinterlegt. Dennoch begünstigt sich der größte Teil der bürgerlichen Presse mit der Verabfolgungspolitik, daß die Versicherten für ihr Kapital nichts zu fürchten hätten, da die „Equitable“ hohe Gewinne erzielt und die Direktoren nur einen Teil dieser Gewinne vergewenden hätten. Selbst wenn das richtig wäre, muß der Vorfalle nach anderer Richtung hin Veranlassung zum Nachdenken geben. Zunächst taucht die Frage auf, warum die New Yorker Aufsichtsbehörde von den Wuchergeschäften nichts gemerkt hat. Hier zeigt sich eben wieder, wie die Kontrolle über Aktiengesellschaften ausgeübt wird. Weiterhin aber bleibt doch, selbst wenn die Aktionäre keinen Schaden erleiden und den Versicherten die versicherte Summe ohne Verzögerung ausgezahlt wird, eine andere wichtige Frage bestehen. Ein großer Teil der Versicherungen wird nämlich nicht bloß bei der „Equitable“, sondern auch bei fast allen deutschen Gesellschaften mit sogenanntem Dividendenanteil abgeschlossen. Der Versicherte hat nach einigen Jahren vom Abschluß des Vertrages ab Anspruch an dem erzielten Reingewinn, dessen Höhe auf die zu zahlenden Prämien vermindert wird. Vergewenden nun die Direktoren Gesellschaftsvermögen, so sinkt dieser Dividendenanspruch der Versicherten zu deren Ungunsten. Wenn also auch die Versicherten einmal die Versicherungssumme voll ausgezahlt erhalten, so haben sie doch eine Schädigung erlitten. Bei der „Equitable“ liegt der Fall in der Tat so, daß hauptsächlich die Versicherten geschädigt sind; die Aktionäre nur minimal, da sich ja der größte Teil des Aktienkapitals in den Händen der Direktoren befindet. Da die Konzentrierung der Aktienkapitalien in wenigen Händen immer weitere Fortschritte macht, so werden die Fälle, wo die Hauptaktionäre sich Privatvorteile verschaffen können, ohne sich gleichzeitig als Aktionäre zu schädigen, sicherlich noch zunehmen. In dieser Methode liegt ein neuer Finanztrick, der wiederum die Verstaatlichung des privaten Versicherungswesens zu einer dringenden Forderung erhebt.

Die gemeinsame Organisation der dänischen Konsumvereine hat am 31. Mai in Aarhus ihre Generalversammlung abgehalten, an der gegen 1100 Personen teilnahmen. Zum Leiter der Verhandlungen wurde der Verkehrsminister Högsbro gewählt. Der Rechenschaftsbericht über das letzte Geschäftsjahr schließt mit der Bilanzsumme von 23 Millionen Kronen. Der Barrenumsatz erreichte die Summe von 22 584 473 Kr. gegen 19 705 557 Kr. im vorigen Jahre. Der Netto-Uberschuß betrug 1 081 732 Kr. Neben den bestehenden Produktionsunternehmungen wird die Errichtung einer Seifenfabrik, einer Seifenfabrik, Trikotfabrik sowie einer Genossenschafts-Schneefabrik auf Island gemeinsam mit der isländischen Landbauhaltungs-Gesellschaft geplant. Der Wert der Grundstücke, die Eigentum der Organisation sind, beläuft sich auf 1 128 100 Kr.

Beachtenswert ist die Stellung, die die gegenwärtige Regierung dieser sich wesentlich auf den Bauernstand stützenden Genossenschaftsbewegung gegenüber einnimmt. Der Verkehrsminister Högsbro erklärte nämlich bei dem Bankett, das der Generalversammlung folgte: „Darin, daß ich heute hier anwesend bin, liegt eine An-

erkennung der Tatsache, daß die Verbrauchvereine und die Genossenschaftsbewegung im allgemeinen nun von oben herab mit etwas anderen Augen angesehen werden als früher. Wir wissen, daß sich die Verbrauchvereine unter dem Widerstand der Behörden vorwärts gekämpft haben. Sie können meine Anwesenheit als ein Zeugnis dafür ansehen, daß diese Zeit vorbei ist. Die Verbrauchorganisationen werden nun von seiten der höchsten Behörden als ein natürliches und berechtigtes Glied in der Entwicklung unserer Gesellschaft betrachtet.“

Mit dieser vernünftigen Auffassung steht es in scharfem Widerspruch, daß der Kollege Högsbros, der Justizminister Alberti und seine Leute ihre Agitation gegen die Sozialdemokratie bei den Kommunalwahlen im März dieses Jahres wesentlich darauf stützten, daß sie das Kleinbürgertum mit dem Hinweis auf die Genossenschaftsunternehmungen der Arbeiter zu fesseln suchten.

Der preussische Kollege des dänischen Verkehrsministers hält die Konsumvereinsbewegung für seine Spezialaufgabe. Im Mittelstandsrechnungsinstitut marschiert Preußen in der Welt voran.

Die Bankkonzentration in Amerika macht gleichfalls dauernd weitere Fortschritte. Zurzeit werden, wie die „Frankf. Zig.“ berichtet, nicht weniger als drei bedeutende Vereinigungen geplant. Die North American Trust Company, die sich erst vor einiger Zeit mit der Trust Company of America vereinigte, beabsichtigt nunmehr, sich mit einem anderen bedeutenden New Yorker Institut der City Trust Company, zu verschmelzen. Das Kapital wird sich auf 2 Millionen Dollar belaufen, bei 900 Millionen Dollar Reserven und 50 Millionen Dollar Depositen. Eine andere Bankamalgamation wird aus Chicago berichtet; hierbei handelt es sich um eine Fusion der American Trust and Savings Bank und der Federal Trust and Savings Bank of Chicago, durch die das Aktienkapital mit den Reserven auf 5 Millionen Dollar und die Depositeneinlage auf 32 Millionen Dollar gebracht wird. In St. Louis wird die Vereinigung der American Exchange National und der Mechanics National geplant; die Kombination wird dann über 2 Mill. Dollar Kapital und 2 1/2 Mill. Dollar Reserven verfügen. Wie aus diesen Ziffern ersichtlich, können die Banken einen Vergleich mit deutschen und englischen Großbanken nicht aushalten, da sich deren Wirkungsbereich immer nur auf eine bestimmte Stadt erstreckt. Fühllos dürfen amerikanische Banken in anderen Städten nicht unterhalten.

Ein neuer Ausnahmetarif für Eisenpfastersteine nach den Berliner Bahnhöfen, Ringbahn und einigen Vorortstationen wird vom 10. Juni dieses Jahres ab eingeführt. Der neue Tarif enthält gegenüber den jetzigen Frachttarifen größtenteils Ermäßigungen. Ueber die Höhe der Frachttarife gibt das Verkehrs-Bureau der Handelskammer, Dorosteeustr. 7/8, nähere Auskunft.

Verband deutscher Barbier, Friseur, und Perückenmachergehilfen. Zweigverein Berlin. Heute abend 10 Uhr im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27o: Versammlung.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands. Zweigverein Berlin. Heute abend 10 Uhr Rosenthalerstr. 57: Versammlung. Erhaltenen notwendig. — Zweigverein Rixdorf. Heute abend 10 Uhr bei Hoppe, Berlinerstr. 14: Außerordentliche Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Witterungsübersicht vom 7. Juni 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometer, Wind, Wolk., Regen, etc. Rows include Garmisch, Garmisch, Garmisch, Garmisch, Garmisch, Garmisch.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 8. Juni 1905. Etwas kühl, vorherrschend wolkig mit leichten Regenschauern und mäßigen nördlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Todes-Anzeigen. August Mühleiter. Reinhold Schulz. Ehren ihrem Andenken!

Verband der Malenarbeiter und verw. Berufsgen. Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin II. Ferdinand Nix. Ernst Dammaschke. Danfagung.

Gardinen und Stores. Relief-Tüll-Stores, neue Sezza-Muster. Teppich-Haus B. Hurwitz, Rotes Schloß. Ein Jeder sage es dem Andern! Kaufe auf Teilzahlung!!!

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Moden. Herren-Bekleidung. J. Kurzberg, An der Jannowitzbrücke 1, I.

Orts-Krankenkasse der Stadt Schöneberg. Am Donnerstag, 15. Juni 1905, abends 8 Uhr, findet im Klubhaus hier, Hauptstr. 4/5, eine Außerordentl. General-Versammlung statt.

Zentral-Verband deutscher Brauerei-Arbeiter. Zweigverein Berlin, Sektion II. Todes-Anzeige. Otto Rosin. Ehren seinem Andenken!

Alle Wanzen werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. 1000 Mark Belohnung.

Ein baßes Willy. aus eigener Halbtünger. Kaufe auf Teilzahlung!!!

Max Zuckermanns Spezial-Haus für Kinderwagen, Sportwagen. Metall-Bettstellen.

Gardinen-Spezialhaus. Berlin S., 158, Emil Lefèvre. Wunderbare Neuheiten. Restbestände, 2 bis 5 Fenster, sportbillig!

Kaufhaus Max Mannheim

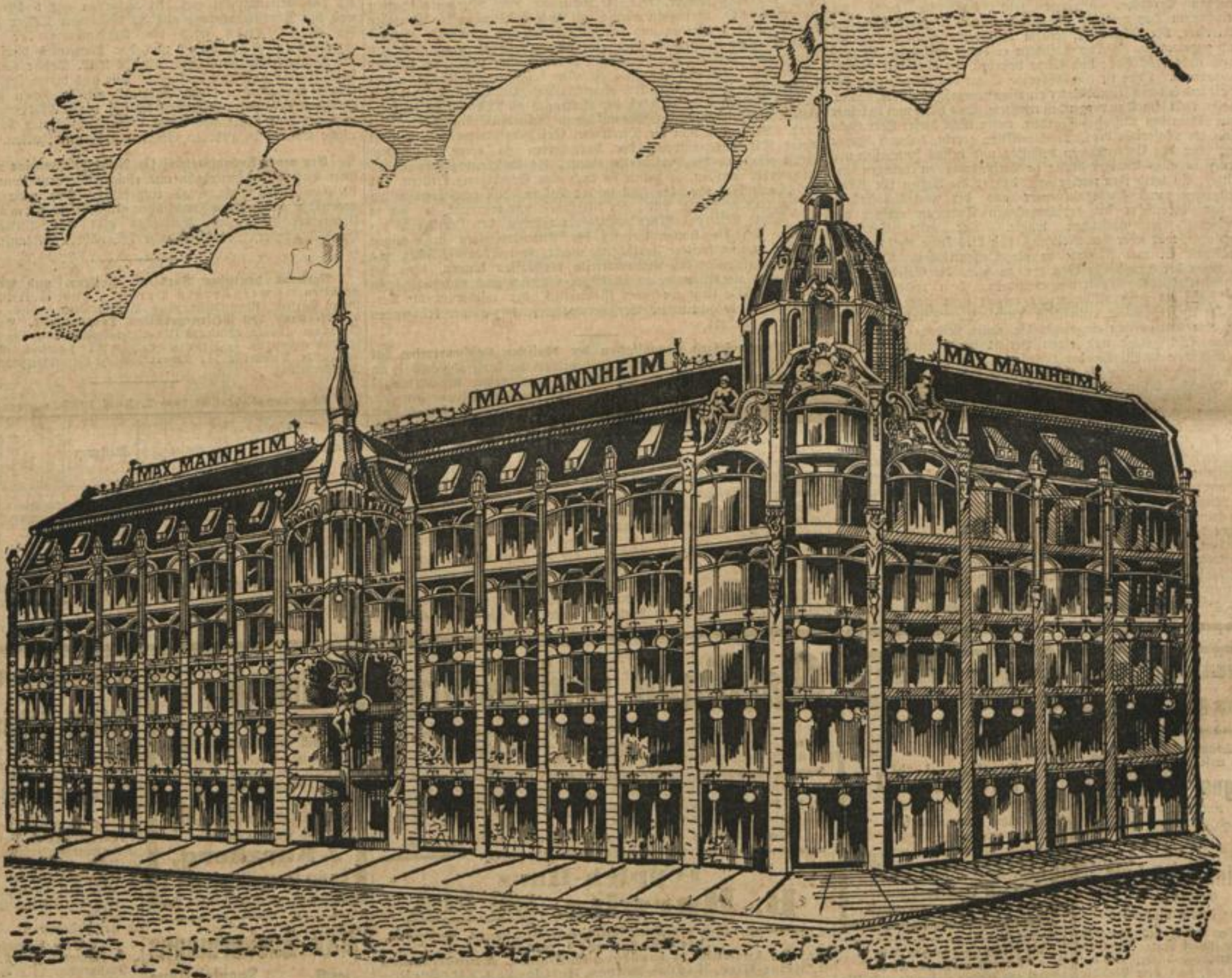
Frankfurter Allee 109-112.

Berlin O.

Frankfurter Allee 109-112.

Das neue Haus
Frankfurter Allee 109-112, Ecke Königsbergerstr.
ist

eröffnet!



Alle Abteilungen sind wie große Spezialgeschäfte ausgestattet.

Die neuen Abteilungen **Damen-Konfektion**
Herren-Konfektion mit eigenen Werkstätten
Schuhwaren

sind unübertroffen und beachtenswert

ebenso das **Photographische Atelier** mit seinen künstlerischen Leistungen und modernster technischer Einrichtung.

Gratis-Photographie-Bons

erhält jeder Käufer bei Einkäufen von

5 Mark

$\frac{1}{2}$ Dtzd.
Visit oder Prinzeß.

10 Mark

$\frac{1}{2}$ Dtzd.
Visit oder Prinzeß.

15 Mark

$\frac{1}{4}$ Dtzd.
Griseidie oder Kabinett.

20 Mark

$\frac{1}{4}$ Dtzd. Griseidie oder Kabinett
oder 1 Dtzd. Visit.

An Sonn- und Festtagen geschlossen.

Zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.

Nachdem wir zu wiederholten Malen den Lesern des „Vorwärts“ Kenntnis gegeben haben von den Einrichtungen, welche die Stadt Berlin getroffen hat, um die Sterblichkeit der Kinder unter einem Jahr herabzumindern, wird es gewiß interessieren, näheres über die Art, wie die Fürsorgestellen arbeiten, zu hören. Hat doch die Arbeiterkassette das größte Interesse an dieser Einrichtung.

Ein Gang durch die vier Fürsorgestellen lohnt sich der Mühe. Wohl dürfen wir nicht verschweigen, daß es noch in zweien an der vollständigen Einrichtung mangelt. Auch bedauern wir im Interesse der Beteiligten, daß die Inanspruchnahme noch keine so lebhafte ist, als zu wünschen wäre.

In der von Privatdozent Dr. Neumann geleiteten Poliklinik in der Blumenstraße strömen täglich zirka 200 Mütter aus allen Stadtteilen zusammen, um für ihre kranken Kinder ärztliche Hilfe unentgeltlich in Anspruch zu nehmen. Da ist dann auch der Zuspruch von Säuglingen ein sehr großer und so kommt es, daß die dortige Fürsorgestelle recht rege besucht wird. Dort haben wir auch das größte Elend. Den meisten Kindern, welche wir sahen, war das Keimzeichen der Enteritiden aufgeprägt. Schwere Durchfälle, angeborene Lebensschwäche, Körperverfall, Stropheln am ganzen Körper, kurz alle Gebrechen der Menschheit waren dort vertreten. Auf die bei jeder Mutter wiederkehrende Frage, ob das Kind Muttermilch erhält, fast immer die gleiche Antwort: Ein selbst krank, oder: konnte mich nicht pflegen, um Nahrung zu geben. Und doch konnte man dort sehen, wie Muttermilch als wahrer Lebensborn wirkt. Durch das Böschneinheim, welches Dr. Neumann im Hause leitet, ist es ihm möglich, von den dort untergebrachten jungen Müttern täglich bis 1 1/2 Liter Ammenmilch zur Verfügung zu haben. Hierin bekommen nun die elendesten Kinder der Fürsorge täglich bis 200 Gramm; daneben läßt Doktor Neumann noch Buttermilch reichen und erzielt damit die denkbar besten Erfolge. Für die kranken Säuglinge ist außerdem eine vorzügliche Milchküche eingerichtet, in der die Milch gleich in Portionsflaschen, nach ärztlicher Verordnung zubereitet und von den Müttern täglich abgeholt wird. Im Haushalt ist die Milch dann nur anzuwärmen und der Saugpropfen aufzusetzen. Für häuslichere Fälle, sowie auch für gesunde Kinder, deren Mütter sich aber der Kontrolle unterziehen, wird die Milch je nach Bedürftigkeit zu billigen Preisen oder zum Selbstkostenpreis von 25 Pf. pro Liter durch die Wiseranten der Fürsorgestellen ins Haus gebracht. Auch erhalten die Frauen hier wie in den anderen Fürsorgestellen gedruckte Verhaltensmaßregeln und werden von den Ärzten angefordert, schon bei einer künftigen Schwangerschaft ihren Rat zu suchen, um frühzeitig Vorbereitungen zu treffen, das Kind selbst zu stillen.

In der von Sanitätsrat Dr. Cassel geleiteten Fürsorgestelle trafen wir dasselbe Elend. Auch hier ist die Milchküche eingerichtet, und gerade hiermit erzielt der Herr noch seinem Ausspruch die überragendsten Erfolge. Wenn wir leben, mit welcher peinlichen Sauberkeit hier die Säuglingsnahrung hergestellt wird, kann es uns gar nicht wundernehmen, daß so unzählige Proletarierkinder an Verdauungsstörungen zu Grunde gehen; denn wie sollte es der armen Mutter bei ihren elenden Wohnungsverhältnissen, mit ihrem mangelhaften Geschirre auch nur möglich sein, den zehnten Teil der Sorgfalt auf die Säuglingsnahrung zu verwenden, die hier darauf verwandt wird? Ganz abgesehen davon, daß sie, die meist noch für's Brot mißarbeiten muß, gar nicht die Zeit dazu hat. Welche Fälle von Elend spricht aus den Augen einer Frau, die bei sechs Kindern noch mit verdienen muß! Wie wäre es ihr möglich, bei aller Mutterliebe andererseits für den Säugling zu sorgen? Und dieser armen Frau trat noch während der Krankheit des Kindes das Unglück, sich beim Waschen an heißen Dämmen eine Nervenvergiftung zuzuziehen. In dieser Stelle erhalten schon etwa zehn stillende Mütter die vorgesehene Unterstützung, um den Ausfall an Lohn einigermaßen weit zu machen.

Die Einrichtungen in den beiden anderen Fürsorgestellen sind noch nicht so vollkommen eingerichtet, auch ist hier der Zuspruch geringer. Bei Herrn Dr. Wallin, Luisen-Ufer, sowie bei Herrn Dr. Salge, Arminiusplatz, zeigte sich uns derselbe Anblick. Schlecht genährte, leidende Mütter, kranke, lebensschwache Kinder. Wie gut die Kräfte auf die Frauen einwirken, sieht man an einem Falle, wo sich eine Frau mit reichlicher Nahrung entschloß, ein anderes scheinbar dem Tode geweihtes Proletarierkind mit an die Brust zu nehmen. Hoffen wir, daß es der Aufopferung der fremden Frau sowie der Sorgfalt der Mutter gelingt, ihr den kranken Liebling zu erhalten. Wollten wir auch nur die trapeförmigen Momente festhalten, so reichte der uns zur Verfügung stehende Raum nicht aus. Lassen wir diese Beispiele genügen!

Wie kommen ja leider nur selten in die angenehme Lage, Einrichtungen der Stadt Berlin zu loben. In diesem Falle können wir der Stadt um so freudiger unsere uneingeschränkte Anerkennung gollen, als sie in der Art der Einrichtung wie in der Wahl der Kräfte eine glückliche Hand hatte. Man muß sehen, wie liebevoll und freundlich die Kräfte mit den Frauen verkehren, dann gewinnt man die Ueberzeugung, daß die armen Mütter den Rat und die Hilfe, die ihnen hier zu teil werden, nicht als Gnade empfinden. Die Kontrolle der Wohnungen wird vorläufig von den amtierenden Schwestern ausgeführt, doch lassen es sich in einigen Bezirken die Bezirksvorsteher nicht nehmen, auch zu übernehmen. Nun soll es vorgekommen sein, daß in solchen Fällen dann die Frauen die Fürsorgestellen nicht wieder aufsuchten. Es ist dies sehr töricht. Die Arbeiter sollten sich dadurch nicht abhalten lassen, ihr gutes Recht in Anspruch zu nehmen. Wohl wissen wir, daß sich niemand den Stempel der Armut gern ausdrücken läßt, die Kontrolle muß jedoch geübt werden, da ja sonst Unfug mit den Einrichtungen getrieben werden könnte. Unsere Genossen im roten Hause haben dafür gefordert, daß der Säuglingsfürsorge auch nicht der Schein einer Armenunterstützung anhaftet. Eine Recherche wird stets lästig empfunden werden, doch muß man diese kleine Unbequemlichkeit mit in den Kauf nehmen, wenn es sich um eine so wichtige Sache wie die Gesundheit der Kinder ist. Handelt es sich dabei natürlich voraus, daß die Bezirksvorsteher ihre Befugnisse nicht überschreiten. Sollte solches aber der Fall sein, so werden die Berliner Arbeiter gewiß nicht veräumen, an geeigneter Stelle Beschwerde zu führen. Auch wollen wir an dieser Stelle nicht veräumen, der Verwaltung anheim zu geben, sich auch ferner für das Gedeihen der Fürsorgestellen rege zu interessieren. Soweit wir davon unterrichtet sind, haben sich die Mitglieder der Wasserverwaltung überhaupt noch nicht davon überzeugt wie die neue Einrichtung arbeitet. Ferner ist es gewiß traurig, daß die Kräfte Arbeiterfrauen, deren Männer zu viel verdienen — z. B. Maurer mit 40 M. Lohn — ablehnen müssen. Es wäre die Pflicht zweifelsfrei nachzuführen, wie lange im Jahre der Verdienst ein so hoher ist, ob er nicht durch lange Arbeitslosigkeit erheblich herabgedrückt wird; oder ob bei einer großen Kinderzahl und Krankheiten die Familie sich dennoch sehr einschränken muß. Es tut uns sehr weh, wenn Frauen aus den Vororten abgewiesen werden müssen, weil sie nicht zur Stadt gehören. So kam in einem Falle eine Frau aus Mixdorf mit acht Wochen alten Zwillingen in die Fürsorgestelle. Die Frau mußte nach Erteilung des ersten Rates abgewiesen werden, und doch hätte sie eine Unterstützung gewiß sehr nötig gehabt. Die Frau machte einen sehr bedürftigen Eindruck, dafür verfügte sie über einen um so größeren Kinderlegen:

sie nennt 10 Kinder ihr eigen! Da können wir unseren Genossen in den Vororten nur den Rat geben, in ihren Gemeindevertretungen dahin zu wirken, daß auch bei ihnen derartige Einrichtungen getroffen werden.

Berlin verpflegt jetzt zirka 400 Kinder in den vier Fürsorgestellen und es ist anzunehmen, daß in den heißen Monaten die Inanspruchnahme erheblich steigt. Unseren Genossen möchten wir wiederholt die Bitte an Herz legen, in ihren Kreisen für die Säuglingsfürsorge Propaganda zu machen, damit am Jahresabschluss die Verwaltung den sozialdemokratischen Stadtvorordneten nicht damit kommen kann, es wäre kein so großes Bedürfnis vorhanden wie sie behaupteten. Wir müssen ihnen den Beweis erbringen, daß die jetzigen Einrichtungen noch lange nicht genügen, sondern erst ein zaghafter Anfang auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge sind. Den vier Stellen wird man weitere hinzufügen, und die zur Verfügung stehenden Mittel werden von Jahr zu Jahr steigen müssen. Diese Gelder werden der Allgemeinheit großen Nutzen bringen, im Gegensatz zu den Summen, welche bei böhschen Festen für Ausschmückungen hinausgeworfen werden und deren papierne Bracht in wenigen Tagen vergeht. Während die Fürsorge den Berliner Stadtvätern genau so lange läßt, wie die Rollenketten der Feststrahe frisch bleiben, können sie sich durch den Ausbau gemeinnütziger Einrichtungen wie die besprochenen ein Denkmal beim Volke setzen dauerhafter als die ganze Siegesallee.

Berliner Nachrichten.

Es juristische Sprechsaal wird nicht mehr in der Redaktion, sondern in unserem Geschäftshaus, Lindenstr. 69, dritter Hof, parterre, abgehalten.

Materialien zur Wohnungsreform

Sind die Ergebnisse der Ermittlungen, die seit einigen Jahren die Berliner Orts-Krankenkasse der Kaufleute, Handelsleute usw. über den Zustand der Wohnungen ihrer erkrankten Mitglieder vornimmt. Von den Hauptresultaten dieser ebenso verdienstlichen, wie mühseligen Arbeit haben wir mehrfach Mitteilung gemacht. Ein zusammenfassender Bericht, der das letzte Jahr behandelt, wird jetzt als Druckheft der Öffentlichkeit übergeben. (Unsere Wohnungs-enquete im Jahre 1904. Im Auftrage des Vorstandes der Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute usw. bearbeitet von Albert Kohn. Berlin 1905. Verlag der Orts-Krankenkasse, Georgenkirchstraße 40.) Der Bericht bringt, wie die früheren, eine lange Reihe von Tabellen, in denen die in Groß-Berlin herrschenden Wohnungsverhältnisse von den verschiedensten Gesichtspunkten aus beleuchtet werden. Die kritische Würdigung des Zahlenmaterials, die der erläuternde Text gibt, ist scharf und eindringend. Dinzugefügt sind eine Anzahl ausführlicher Einzelschilderungen schlimmster Wohnungen, die durch bildliche Darstellung in Photographien unterstützt werden. Der besondere Zweck dieser systematischen Wohnungskontrolle ist der, zu zeigen, welche Bedeutung die Wohnungsfrage für die Krankenkassen hat, weil elende Wohnungsverhältnisse die Entstehung und Weiterverbreitung von Krankheiten begünstigen und ihre Bekämpfung erschweren. Aber auch darüber hinaus sind die Ergebnisse der Enquete von großem Wert. Sie geben einen Einblick in Zustände, die die Notwendigkeit einer gründlichen Wohnungsreform schlagend erweisen. Der Bericht über 1904 kann in mancher Hinsicht einen Fortschritt zum Besseren feststellen, der gegenüber den Vorjahren zu bemerken ist. Aber der Mangel und Schäden, die weiter bestehen, sind noch so viele und sie sind so schwer, daß man dem Verfasser nur recht geben kann, wenn er das Bild, das auch dieser neueste Bericht bietet, noch immer erschütternd nennt. In solchen Räumen, die so eng, so elend sind und so vielen Bewohnern als „Heim“ dienen müssen, sollen Kranke genesen, sollen die anderen, die noch gesund sind, nicht mit-erkranken! Dabei gehören die Mitglieder dieser Krankenkasse noch nicht zu den schlechtestbezahlten Schichten des Proletariats. Es ist zu bedauern, daß die Zahl der Krankenkassen, die in gleicher Weise die Wohnungsuntersuchung in den Kreis ihrer Tätigkeit gezogen haben, noch gering ist. Das Bild würde bei mancher Krankenkasse noch sehr viel trüber ausfallen. In der durchgreifenden Wohnungsreform, deren Notwendigkeit aus solchen Enqueten hervorgeht, wird es freilich — trotz aller noch so traurigen Ergebnisse — so bald noch nicht kommen. Die Hausagrarien dürfen ruhig weiter die Volksgesundheit verwüsten und den Profit einstreichen. Aber aus Enqueten, wie die Orts-Krankenkasse der Kaufleute usw. sie veranstaltet, könnte mindestens die Berliner Gemeindeverwaltung schon längst die Einsicht geschöpft haben, wie notwendig eine raschere Vermehrung der Krankenhäuser ist, weil ein großer Teil der in den Mietskasernen hausenden unbemittelten Bevölkerung Berlins der Krankenpflege in Anstalten bedarf.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Hochbaudeputation wurde der Stadtvorordnete Kunge durch den Vorsitzenden, Stadtrat Ramsau, als Mitglied der Deputation eingeführt. Hierauf wurde der Entwurf und Kostenanschlag in Höhe von 194 000 M. für die Umwärmungsmauer des Rudolf Virchow-Krankenhauses beraten und genehmigt. Angenommen wurde dann u. a. noch der Kostenanschlag über die Herstellung des Wege-, Straßen- und Bürgersteigpflasters für das Rudolf Virchow-Krankenhaus in Höhe von 640 000 M. Ferner wurden genehmigt der Kostenanschlag für die Ausstattung von 21 Baracken des Rudolf Virchow-Krankenhauses mit dem erforderlichen Mobiliar und festen Betriebsinventar in Höhe von 318 000 M., sowie der Kostenüberschlag für den Bau einer Obduktionshalle für das städtische Institut für Infektionskrankheiten auf dem Gelände des Rudolf Virchow-Krankenhauses in Höhe von 90 600 M. Außerdem wurde der Kostenanschlag für die Umwärmungsmauer der dritten städtischen Feuertur in Höhe von 126 000 M. erörtert und gebilligt. Vorgelegt wurden schließlich noch zwei Voranschläge mit den Kostenanschlägen in Höhe von 708 000 M. bzw. 830 000 M. für die Erweiterung des Kaiser- und Kaiserin Friederich-Kinder-Krankenhauses in der Seefstraße. Mit diesem Erweiterungsbau soll sobald als möglich begonnen werden.

Es geht auch auf friedliche Weise. Der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten hat an die bauenden Behörden von Berlin und den Vororten folgende Eingabe gerichtet: Wir gestalten uns, die hohen bauenden Behörden ergebenst davon in Kenntnis zu setzen, daß es der durch unseren Verband vertretenen Arbeiterschaft von Berlin und den Vororten gelungen ist, die Tarifverträge mit den Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern nach langwierigen Verhandlungen wiederum auf zwei Jahre zu verlängern. Die Arbeitnehmer forderten bei dieser Gelegenheit eine Lohnerhöhung von 5 Pfennig, welche sie in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung eingehend begründeten. Mit Rücksicht darauf, daß während der seit 1899 bestehenden Tarif-

gemeinschaft der Friede im Berliner Baugewerbe nicht gestört worden ist und auch genügend Garantien für die weitere Aufrechterhaltung eines friedlichen Verhältnisses in unserem Gewerbe geboten waren, erklärten wir uns bereit, eine Lohnerhöhung von 3 Pf. zu bewilligen. Dieser Vermittlungsvorschlag wurde von den Arbeitnehmern angenommen. Demgemäß beträgt vom 1. April 1905 bis zum 31. März 1906 der Stundenlohn auf familiären Bauten von Berlin und den Vororten für Maurer und Zimmerer 73, für Bauarbeiter 48 Pf. Der Verband der Baugeschäfte sieht seine Hauptaufgabe darin, unter pflichtmäßiger Wahrnehmung der Interessen der Allgemeinheit und seiner Mitglieder sowie unter gerechter Würdigung der Forderungen der Arbeitnehmer, den Frieden im Baugewerbe nach Möglichkeit zu fördern und zu erhalten. Diese Aufgabe kann er nur erfüllen, wenn er seine Mitglieder, wie bisher, zur genauen Innehaltung der Vertragsbestimmungen und Durchführung seiner Beschlüsse anzuhalten vermag. Die Durchführung unserer Beschlüsse, insbesondere aber die Einhaltung der tariflich festgelegten Lohnsätze zur Vermeidung von Streiks und Sperrten, ist aber nur mit Hilfe und Unterstützung der hohen bauenden Behörden möglich. Die vom 1. April er. ab eingetretene Lohnerhöhung hat notgedrungen zu einer Erhöhung der in Ansatz zu bringenden Stundenlohnsätze wie folgt geführt: Für Maurer 90 Pf., für Zimmerer 90 Pf., für Bauarbeiter 60 Pf., für Postengesellen 1,05 M., mit 25 Prozent Aufschlag für Nachtarbeit und Ueberstunden. Einer hohen Behörde geben wir hierdurch nach einem Beschluß unserer Generalversammlung Kenntnis und bitten gehoramt, in Würdigung der angeführten Gründe um Anerkennung und Verächtlichung der vorstehenden in Ansatz zu bringenden Stundenlohnsätze.

Ehedem tönte eine andere Sprache aus dem Munde des Verbandes. Hoffentlich nehmen sich die Scharfmacher im Lande an der Besonnenheit der Berliner ein Beispiel.

Die Witterungsverhältnisse des ersten Quartals 1905 waren nach den Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin ziemlich abnorme. Die mittlere Temperatur des Januar blieb normal, Februar und März dagegen übertrafen das 50jährige Mittel um 2,1 Grad und der April um 2 Grad hinter demselben zurück. Der Mai und Juni dürften nach krasse Resultate liefern, der erste wegen seiner Kälte, der letztere aus seiner Hitze. — Temperaturen bis zu 26 Grad im Schatten — 33 Grad in der Sonne waren in den letzten Tagen nichts Seltenes! Die Höhe der Niederschläge übertraf im ersten Quartal 1905 (mit 134 Millimeter) das Vorjahr um 24,4 Millimeter, stand aber doch 194,1 Millimeter niedriger als das 50jährige Mittel. Was die Windverhältnisse anbetrifft, so wurde im Januar ein West von der Stärke 7 und im April ein West-Nord-West von der Stärke 6 beobachtet, während sonst in den entsprechenden Monaten des Vorjahres die Stärke 8 nicht überschritten wurde. Der letzte Frost (— 1 1/2 Grad) trat am 17. März 04, in diesem Jahre am 20. April (— 1 Grad) ein.

Der Verband der Gemeinde-Arbeiter schreibt uns: Wie die Stadt Berlin bei einer patriotischen Kundgebung verfährt, zeigt so recht der vergangene Freitag. An diesem Tage erhielten die Straßenreiner ihrer, in die verschiedensten Lohnklassen eingeteilten, wohlverdienten Lohn. Bei der gewaltigen Höhe dieser Summe ist das Geld schon immer im voraus eingeteilt. Da ist die Miets zu bezahlen, die Pfingstfeiertage stehen auch vor der Tür, so daß die 14 Tage Lohn auf Heller und Pfennig berechnet sind. Doch was mußte man hören, als man an der Reihe war, das Geld zu empfangen? Es gibt nur 13 Tage auszubezahlen. Die städtischen Straßen sind aus Anlaß der patriotischen Feiertage geschlossen. Die Straßenreiner müssen sich also mit der Aussicht trösten, daß es dafür am nächsten Lohntage für 15 Tage Lohn gibt. Wir sind der Meinung, daß bei einigermaßen gutem Willen es trotz des hohen Feiertages so einzurichten gewesen wäre, daß die Arbeiter ihren vollen Lohn erhalten konnten. Entweder hat man es bei dieser großen Aufregung vergessen, oder man will die Straßenreiner davor bewahren, daß sie die Feiertage zu übermäßig werden.

Den Automobil-„Kilometerfresser“ tritt auch die „Zeitschrift des Mitteleuropäischen Motorwagen-Vereins“ scharf entgegen. Bei einer Beschreibung der Probefahrt, auf welcher die neue Beleuchtungs-einrichtung für die Erkennungszeichen der Automobile (durchscheinende Buchstaben und Nummern) geprüft wurden, bemerkt das Fachblatt u. a.: „Vorläufig kann sich aber niemand der Erkenntnis entziehen, daß noch mit Ausschreitungen, mit Fahrlässigkeit und Ungeschicklichkeit auf dem Entwicklungsgange des Motorwagenwesens gerechnet werden muß. Gerade die letzte Zeit hat in dieser Beziehung eine Sachlage geschaffen, welche geeignet ist, die öffentliche Meinung ungünstig zu beeinflussen. Es muß zu einer Ausmerzung der Elemente kommen, welche durch Fahrlässigkeit oder gar Rücksichtslosigkeit eine Sache von so eminenten Wichtigkeit wie das Motorwagenwesen schädigen. Darum erscheint vorläufig der Nummerzwang, besonders für die größeren Fahrzeuge, unumgänglich.“

Vom Kaufmannsgericht. Heute (Donnerstag) beginnt das Berliner Kaufmannsgericht in der Zimmerstraße seine Tätigkeit. Es liegen schon eine solche große Zahl von Klagen, besonders vom weiblichen Personal vor, daß die zwei Kammern, die zuerst gebildet worden sind, für die Folge, wenn keine Abnahme der Klagen erfolgt, kaum genügen werden. Die Bildung von zwei weiteren Kammern ist schon vorgesehen worden. Die Kläger, die sich hier bei der Klageaufnahme der Handlungsbüchhalterinnen offenbart, läßt besser als alles andere erkennen, daß die Wünsche nach einem schnell und billig urteilenden Kaufmannsgericht berechtigt waren.

Edle Ziele hat sich das Städtische „Reich“ gesteckt. In der Angelegenheit Kleinernt müßt das Blatt sich mit Eifer, den Beford der Unzuständigkeit zu erreichen. Das gelingt ihm glänzend. Es schmückt uns mit dem Titel „Medalkensjuden“ und tramt die stärkste, aber auch abgebrauchteste Beschönigungsformel heraus, nämlich Rosentalks Worte, daß die Mädchen auf den Strich gehen sollen. Und das alles im Kerger darüber, daß Frau Kleinernt von der Sozialdemokratie nicht herlos, sondern ansdändig behandelt worden ist. Früher war eine solche Manier, gegen uns zu kämpfen, auch in der Reichshauptstadt nichts Ungeübliches; allmählich hat aber die Sozialdemokratie selbst ihre Gegner zu besseren Sitten erzogen, so daß höchstens noch die provinzielle Antipresse in dem Irrewahn lebt, mit dem Böbelton irgendwelche Wirkung erzielen zu können. Auch das „Reich“ wird sich die Hörner ablaufen, wenn es nicht, was wohl wünschenswert ist, bereits im Zeitalter des zaristischen Dammejungentums eines seligen Todes sterben sollte.

Noch einmal die Kollision auf der Spree. Man schreibt uns von einer mit den Verhältnissen vertrauten Seite: Die gestrige Erklärung der Sternengesellschaft hat den Führer ihres Dampfers „Molte“ nicht zu entlasten vermocht; im Gegenteil. Ueber ein schweigend sich die Erklärung vollständig aus: „Dat der Kapitän des „Molte“, z. h. er die Maschinen rückwärts arbeiten ließ, dies vor-schriftsmäßig der hinter ihm laufenden „Vorussia“ durch drei kurze Töne mit der Dampfpeife angezeigt? Wenn nicht, wie sollte die „Vorussia“ die Kollision mit dem vor ihr fahrenden, urpölylich abstoppenden (!) fremden Dampfer vermeiden? — Aber selbst, wenn der „Molte“ sein Ruder vorher angezeigt hätte, war es immer noch die denkbar schlechteste Manier, eine Wettfahrt zu vermeiden. Zu dem Zwecke hält man nicht pflichtig dem überlegenen Gegner das Heck zum Ausrennen hin, sondern der „Molte“ hätte mit „langsam voraus“ arbeitenden Maschinen weiter gehen und durch zwei kurze Töne anderten sollen, daß er dem aufkommenden Dampfer die rechte Seite des Rohrwassers freigibt. Kam es dann trotzdem zur Kollision, dann trat die volle Schuld die schiffliche „Vorussia“. Wenn diese links vorbeizufahren versuchte, handelte sie durchaus

Die üblichen Regel: rechts anzuweihen, lin...
übrigen gehören doch zum Wettfahren zwei, und...
Führer der „Vorussia“ leunen, nutzt dieser auf...
war die überlegene Geschwindigkeit seines Schiffes...
mit Recht voll aus, ist aber auf schwierigen und...
Fahrwasser auch um so vorsichtiger. Es ist ganz...
würdig, daß gerade die beiden schnellsten Schiffe...
Flotte, die Kobilingsche „Europa“ und die Kahlische...
so oft Sternendampfer vor ihren Steben belommen...
jahren lief die „Vorussia“ eine Zeitlang mit...
die sie sich ebenfalls an einem Sternendampfer...
findet die Führer der genannten beiden Dampf...
Leute, die sich nicht bloß auf Spree und Havel...
Wielleicht gewöhnen sich die Herren Kapitäne...
etwas an den Gedanken, daß doch Spree und Havel...
Berliner auf dem Wasser“ noch nicht ganz ausschließ...

Große Terraingeschäfte sind dieser Tage in den Berliner Vororten abgeschlossen worden. Unter dem Namen „Teltow-Kanal-Terraingesellschaft“ ist ein neues Unternehmen mit einem Aktienkapital von 8 000 000 M. begründet worden. Diese Gesellschaft hat am Teltowkanal 500 Morgen Land erworben. Fabrikanlagen und Wohnhäuser sollen gebaut werden. — In den nördlichen Vororten sind ebenfalls große Abschlüsse zustande gekommen. Hier hat sich eine „Noben - Aktien - Gesellschaft Berlin - Nord“ gebildet. Das Aktienkapital beträgt zehn Millionen Mark. — Die Stadt Köpenick steht mit einer Gesellschaft wegen des Verkaufs eines großen Geländes an der sogenannten „Ecke in Unterhandlung. Der Abschluß erscheint zweifellos. Das Objekt beträgt 8 Millionen Mark. — Auch in Glienicke (Nordbahn) und Ober-Schöne-weide sind große Verläufe zu verzeichnen, welche den Gemeinden beträchtliche Summen an Umlageeinnahmen einbringen. — Die Terraingesellschaft Rieder-Schönhausen hat 12 beträchtliche Bauplätze verkauft.

Stipendien für Handwerkerjungen. Aus dem Gewerksausstellungsfonds sind alljährlich im Monat Januar zehn Stipendien zu je 60 M. an Handwerkerjungen und Werkgehilfen befohlen ihrer weiteren gewerblichen Ausbildung zu verteilen. Einen Anspruch darauf haben nur Gesellen, die Inländer sind und Zeugnisse ihres guten Verhaltens und über erworbene Geschicklichkeit vorlegen können. Die betreffenden müssen ferner mindestens zwei Jahre lang in hiesigen Werkstätten als Gesellen gearbeitet haben. Berücksichtigt werden in erster Linie solche Gesellen, die in Berlin geboren sind.

Werber haben ihre selbstgeschriebenen Gesuche, falls sie vorstehende Bedingungen erfüllen, unter Beifügung eines Lebenslaufes, der Geburtsurkunde und der Originale oder beglaubigten Abschriften ihrer Zeugnisse, sowie der Führungs- und Geschicklichkeitsatteste ihrer Arbeitgeber bei dem Kuratorium des Gewerksausstellungsfonds, Stralauerstr. 3-6, 1 Treppe, bis spätestens Ende September d. J. einzureichen. Gesuche, bei denen auch nur ein der vorkommend bezeichneten Beweismittel mangelhaft ist oder fehlt, werden nicht berücksichtigt.

Die tropische Hitze, welche seit einiger Zeit in Berlin herrscht, macht sich in ganz besonders verärgertem Maße auch in dem Moabiters Kriminalgerichtsgebäude bemerkbar. Wer das „Bergnügen“ hat um die jetzige Zeit auf den verhältnismäßig engen und schlecht ventilierten Korridoren mehrere Stunden warten zu müssen, spart die Kosten eines Dampfbades. Für besonders empfindliche Personen, besonders Frauen, ist der längere Aufenthalt in den glühendheißen und staubigen Fluren des Gerichtsgebäudes eine wahre Tortur. Die an und für sich mit dem Erscheinen vor Gericht verknüpfte Aufregung wird infolge der hinzukommenden Hitze zu einem krankhaften Erregungszustand gesteigert, der mitunter schlimme Folgen nach sich ziehen kann. An einem Hitzschlag in Verbindung mit krampfartigen Erscheinungen erkrankte gestern auf dem Korridor des Gerichtsgebäudes eine Frau Antonie Schuster, welche nach dem Sitzungszimmer der 7. Strafkammer geladen war. Die Bewußtlose wurde nach telephonischer Benachrichtigung der nächsten Unfallstation mittels einer Tragbahre aus dem Gerichtsgebäude getragen und in das Moabiter Krankenhaus geschafft.

Eine Warnung vor Zusätzen zur Milch erläßt der Polizeipräsident: Beim Beginn der heißen Jahreszeit pflegen allerlei chemische Präparate, meist unter Phantasiennamen und ohne Angabe der Zusammensetzung, als Zusätze zur Milch, um deren Gerinnung zu verzögern, empfohlen zu werden. Vor dem Ankauf und der Verwendung dieser Mittel wird dringend gewarnt. Es ist keine chemische Substanz bekannt, die imstande wäre, die Milch frisch zu erhalten und vor dem Gerinnen zu bewahren, ohne ihr gleichzeitig gesundheitschädliche Eigenschaften zu verleihen. Das einzige empfehlenswerte Verfahren, um im Haushalte die Milch vor dem Sauerwerden möglichst lange zu schützen, ist: die Milch so frisch wie möglich kaufen, sofort bis zum Aufkochen aufkochen und sie dann schnell abgekühlt an kühlen Orte in einem Gefäße mit überfallendem Deckel, und zwar am besten ohne Umlegen in dem Gefäße, das zum Aufkochen diente, aufzubewahren. Milch, die kleineren Kindern gegeben wird, sollte vor Verabfolgung an sie jedesmal erst von einem Erwachsenen gekostet werden, um feststellen, ob sie auch nicht sauer oder bitter schmeckt. Wer Milch, die mit chemischen Konservierungsmitteln verfeilt ist, einführt oder verkauft, hat Bestrafung auf Grund von § 81 der Polizeiverordnung vom 15. März 1902 und Verfolgung auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes zu gewärtigen. Das in Produzenten- und Händlerkreisen hier und da noch übliche Verfahren, Brenneiseln in die Milch zu legen, um sie zu konservieren, fördert die Gerinnung der Milch viel mehr, als sie es verhilft. Dies Verfahren ist schon aus Keimlichkeitsgründen zu verwerfen und ist außerdem geeignet, die Milch gesundheitschädlich zu machen.

Der 21. Januar imilde. Aus Wien wird der „Volks-Zig.“ gemeldet: Das Kolossalgemälde von A. v. Koffal und Hans Tempel, das die Vorgänge vom 21. Januar vor dem Winterpalais in Petersburg schildert, geht nun seiner Vollendung entgegen. An den letzten Tagen wurde es von der Jury der Künstlergenossenschaft beschickt, die sich einmütig dafür entschied, das Gemälde in einer Separatausstellung im Künstlerhaus zur Ausstellung zu bringen. Diese Ausstellung dürfte in acht bis zehn Tagen erfolgen. Das Werk hat seine Bedeutung nicht bloß als historisches Gemälde, sondern es ist auch, was für uns hier in Betracht kommt, ein sehr wertvolles Kunstwerk. Die Komposition der beiden Kaiser bürgen, die sich ihm gewidmet, in künstlerischer Hinsicht eine bemerkenswerte Schöpfung. Der Vorgang ist ergreifend dargestellt, und die beiden Künstler haben sich glücklich bemüht, jeder wohlfeilen Effekthaserei aus dem Wege zu gehen. Dabei ist keine Gewalt auf diesem Wege ohne Ausbruch und Bewegung. Die Attitüde der Garde-Dragoonen auf die Vollmenge erinnert in ihrer Wucht an ein älteres Werk Koffals, an das Gemälde „Aus meinen Jugendtagen“, das die Säuberung einer Straße in Warschau durch Kosaken während des Aufstandes im Jahre 1863 schildert und durch Reproduktionen aller Art sehr bekannt geworden ist. Die Hauptfahne bildet aber diesmal die befürzte und beweihele Menge mit ihren Helmen und Mützen, die den Scherz mit ihrem Blute färben. Noch steht man an der Spitze der Menge den Priester Capon mit hoch erhobenem Kreuz. Das Kopf eines Dragoners schaut vor der schwarzen Gestalt, aber der Reiter holt schon mit dem Säbel aus, um den Führer der Arbeiter niederzuknien.

Das Gemälde wird nach der Ausstellung in Wien nach Berlin gebracht werden, wo es in einem besonderen Saale zur Schau gestellt werden soll.

Es gibt noch Patrioten in Berlin. Zur Vermählung des Kronprinzen hat der Geheimrat Kommerzienrat Hugo Oppenheim dem hiesigen Polizeipräsidenten für die in diesen Tagen stark in Anspruch genommene Schutzmannschaft 2000 M. zur Verfügung gestellt. Der Kommerzienrat Krochsch listete aus demselben Anlasse für sämtliche hiesigen Polizeireviere und einzelne Feuerwachen eingekaufte künstlerisch ausgeführte Bilder des Kaisers.

Unfallchronik. Drei schwere Unfälle werden vom gestrigen Tage gemeldet. Der eine ist höchst eigenartig. In einem Straßenbahnwagen der Linie 62 entstand Kurzschluss. Der auf der vorderen Plattform stehende Schuhmachergeselle Karl Krause wurde durch einen

elektrischen Schlag getroffen und auf bewußtlos zu Boden. Ein Schuhmann brachte ihn nach der Unfallstation in der Brüderstraße und dann in seine Wohnung. Ein leider Unfall dürfte sich bisher in Berlin noch nicht ereignet haben. Ferner wurde in der Frankfurter Allee ein unbekannter, etwa 35 Jahre alter, anscheinend dem Arbeiterstande angehöriger Mann von einem Straßenbahnwagen angefahren, so daß er teilweise unter diesen geriet und zwei Meter weit mitgeschleift wurde. Passanten befreiten ihn aus seiner bedenklichen Lage, worauf ein Schuhmann den Bewußtlosen nach der Unfallstation in der Warschauerstraße schaffte, wo der Arzt einen Schädel- und Armbruch feststellte und die sofortige Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain anordnete. Dort ist der Bedauernswerte bald nach seiner Einlieferung gestorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Nach Zeugnisaussagen soll den Verunglückten die Schuld treffen, da er, ohne auf das wiederholte Glockenzeichen zu achten, direkt gegen den Straßenbahnwagen lief. — Der dritte Unfall ereignete sich in der Alten Schönhauserstraße. Ein junger Handlungsgehilfe Schulz aus Pankow fuhr auf seinem Zweirad hinter einem Motorwagen der Linie 49, der plötzlich halten mußte. Der Radler versuchte nach der linken Seite des Wagens auszuweichen und sauste dabei mit voller Gewalt gegen einen aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Straßenbahnwagen der Linie 43. Er wurde umgeworfen, erlitt einen schweren Schädelbruch und mußte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden.

Von einem Dampfer überfahren und getötet wurde, wie nachträglich gemeldet wird, am Sonntag der Maurer Krüger aus Berlin, welcher mit mehreren Bekannten einen Ausflug nach Oranienburg unternommen hatte. A. badete in der Havel und versuchte, diese zu durchschwimmen, wobei er in das Fahrwasser eines sich nähernden Schleppdampfers geriet. Die am Ufer stehenden Fremde riefen dem A. warnend zu, was jedoch von dem Maurer anscheinend nicht gehört wurde, während der Führer des Dampfers den im Wasser befindlichen Mann nicht bemerkte. Der Dampfer fuhr über den Schwimmenden hinweg, der sofort in den Fluten versank. Der Kapitän ließ zwar sofort stoppen, um zu verhindern, daß Krüger zwischen die Schrauben gerate, und unternahm mit der Bemannung Rettungsversuche, die jedoch vergeblich blieben. Die Leiche des Ertrunkenen konnte bisher nicht aufgefunden werden.

Feuerbericht. In der Laubenzonnie am Habsburger Ufer war gestern abend aus nicht ermittelter Ursache ein Brand ausgebrochen, der rasch um sich griff, so daß bei Ankunft der Feuerwehr schon mehrere Lauben in hellen Flammen standen. Es mußte längere Zeit Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. — Noch mehr Arbeit gab es in der Linienstr. 222. Dort brannte der Dachstuhl des großen Eckhauses in seiner ganzen Ausdehnung. Trotzdem sofort mehrere Rohre in Tätigkeit traten und von verschiedenen Seiten aus über Treppen und mechanische Leitern hinweg der Angriff vorgenommen wurde, dauerte es doch fast eine Stunde, bevor das Feuer unterdrückt war und mit den Aufräumungsarbeiten begonnen werden konnte. Der Dachstuhl ist vernichtet. — Zwei Wohnungsbrände mußten dann in der Bollinerstr. 83 und in der Vorfigstr. 31b abgelöscht werden. — In der Greifswalderstr. 223 hatte gestern abend ein Hof mit Rensch Feuer gefangen, das aber leicht erstickt werden konnte. — Unfug an öffentlichen Feuerstellen lag einer Alarmierung zu Grunde, die dann die Wehr noch nach der Soldinerstraße führte. Leider gelang es nicht, den Täter abzufassen.

Theater. In beiden Schiller-Theatern gefallt sich der Pflanztagertags-Spielplan folgendermaßen: In Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) am Sonntag, den ersten Feiertag, nachmittags „Johannisfeuer“, abends „Die Logenbrüder“; Montag, den zweiten Feiertag, nachmittags „Die Hohenherde“, abends „Großstadtluft“. In Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater) wird am Sonntag nachmittags „Maria Stuart“, abends „Der armenische Drume“, Montag nachmittags „Neben“, abends „Iphigenie auf Tauris“ gegeben. — Im Neuenigl-Opern-Theater (Kroll) finden heute und morgen, Freitag, die beiden letzten Aufführungen von Müllers erfolgreichem „Jung-Geidelberg“ statt. Am Sonnabend, den 10. d. M., tritt zum erstenmal der bekannte und beliebte ungarische Komponist Georg Verö mit einer Operette „Der Schurckhart“ vor das Berliner Publikum. — Im Deutschen Theater wird am Donnerstag, den 8. d. M., in der Vorstellung von „Wilhelm Tell“, worin Otto Sommerstorf zum letztenmal vor seinem Scheiden von der Bühne den „Tell“ spielt, Adolf Klein den „Gessler“ darstellen, die übrige Besetzung ist die alte. — Das Heffenz-Theater beendet am Donnerstag mit der 59. Aufführung von „Herzogin Crete“ seine Spielzeit. Als erste der sich ab Freitag anschließenden sieben Gastvorstellungen von Albertine Rejme geht „Paul Lange“ und „Tora Parsberg“ in Szene. — Im Apollo-Theater erregt die Verlesse „Ein Abend in einem amerikanischen Tingeltangel“ weitere Erfolge. — Die „Lezten Tage von Pompeji“, das Feuerwerkschauspiel am Kurfürstendam, soll für die Feiertage mit besonderen Ueberraschungen ausgestattet werden.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

In letzter Stunde

richten wir an unsere Parteigenossen im besonderen und an die Arbeiter im allgemeinen, soweit sie Wähler des vierten Bezirkes sind, das dringende Ersuchen, bei der heutigen Stadtverordnetenwahl in der Turnhalle der Apostel Paulusschule vollzählig zu erscheinen und ihre Stimme abzugeben für unseren Kandidaten

Maurer Wilhelm Frißch.

Wenn jedermann seine Pflicht tut, wird es uns möglich sein, den schon einmal durch einen Sozialdemokraten vertretenen Bezirk wieder in unseren Besitz zu bringen. Da die Wahlzeit bis um 8 Uhr abends verlängert ist, dürfte das zu bringende Opfer jedenfalls nicht zu groß sein.

Mit allen Mitteln versuchen die bürgerlichen Gegner uns den Sieg streitig zu machen.

Veräume daher niemand, sich mit genügender Legitimation zu versehen (wenn keine Wahlkarte, dann Steuerzettel, Militärpaß).

Die bis zum Juli vorigen Jahres im vierten Bezirke wohnhaft gewesen und am Orte verzogenen, in der Wählerliste verzeichneten Personen sind wahlberechtigt.

Eine Untergrundbahn wird auch Schöneberg in nicht allzu ferner Zeit erhalten. In nichtöffentlicher Sitzung hat die Stadtverordneten-Versammlung am letzten Montag zu einer Vorlage des Magistrats Stellung genommen. Diese städtische Untergrundbahn ist im Anschluß an die Hochbahn auf dem Kollendorferplatz gedacht, so daß man, ohne eine nochmalige Willeitkontrolle zu passieren, die Fahrt nach beiden Richtungen fortsetzen kann. Ausgehend vom Kollendorferplatz durchläuft die Bahn die Röhrlstraße und geht durch das größtenteils noch unbedante Westgelände nach dem Bahnhofs-Ebersstraße, wo vorläufig die Endhaltestelle gedacht ist. Sie passiert den Victoria-Platz, den Platz Y, wo das neue Theater errichtet werden soll, und den Stadtport. Die Bahn soll hauptsächlich auch zur schnelleren Bebauung des Westgeländes beitragen und später nach dem Südgelände weitergeführt werden. Zur Vorbereitung und weiteren Förderung der Angelegenheit wurde zunächst eine gemeinliche Deputation, bestehend aus 4 Magistratsmitgliedern und 9 Stadtverordneten eingesetzt.

Rixdorf.

Spurlos verschwunden war seit kurzem der 38 Jahre alte Futterhändler Wilhelm Reimann, Hermannstr. 174 wohnhaft. Er wurde

vorgestern in Hennigsdorf aufgefunden, als er sich dort von einem Eisenbahnzuge überfahren lassen wollte. Kurz zuvor war A., der geisteskrank ist, in die Havel gesprungen, wurde aber von Augenzeugen des Vorfalls gerettet. A. wurde dem Gemeindeforand in Hennigsdorf zugeführt, der denselben gestern nach Rixdorf zurück-schaffte. Jetzt soll A. einer Heilanstalt überwiesen werden.

Wegen Verkaufs einer tuberkulösen Kinderlunge verurteilte das hiesige Schöffengericht den Kaufmann Hauschild zu 30 M. Geldstrafe.

Mit Schiefhaken auf offener Straße vergnügten sich am 19. April d. J. mehrere junge Burschen. Ein vorübergehendes Mädchen erhielt dabei einen Schlag in den Kopf und wurde erheblich verletzt. Als Täter wurde der 15jährige Arbeiterbursche Max Ballasch aus Berlin ermittelt, welcher sich gestern wegen fahrlässiger Körperverletzung vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten hatte. Mit Rücksicht auf die große Jugend des Angeklagten erkannte das Gericht nur auf 20 M. Geldbuße.

Spandau.

Mord und Selbstmord ist in Seegefeld bei Spandau verübt worden. Dort wohnte seit einiger Zeit die junge Frau des Technikers Hoffmann mit ihrem vierjährigen Sohne; sie war aus Spandau, wo die Familie früher ansässig war, nach dem Dorfe übergesiedelt, nachdem ihr Ehemann durch einen Sturz von der Treppe verunglückt war; er befindet sich zurzeit in einer Heilanstalt bei Berlin. Die Leute betrieben in der Stadt ein kleines Geschäft, das sie nach dem Unfall des Mannes veräußerten. Gestern wurde die Frau mit ihrem kleinen Kinde in der Wohnung in Seegefeld tot aufgefunden; der Tod beider ist allem Anschein nach infolge von Vergiftung eingetreten. Auf einem Tisch stand ein Glas, in dem sich noch Ueberreste einer giftigen Flüssigkeit befanden. Die Frau hatte am Montag von ihrem Manne einen Brief erhalten und der Inhalt des Schreibens hat vermutlich den Anlaß zu dem erschütternden Drama gegeben.

Pankow.

Im Wahlverein zu Pankow sprach Genosse Wolffheim über Volksschule. In der Diskussion, an der sich Römer, Gähler, Müggel, Freiwald, Witte, Müller und Berger beteiligten, wurde allseitig die Notwendigkeit der Errichtung eines Volksschulhauses in Pankow betont. Gähler gab bekannt, daß der Antrag unserer Vertreter im Gemeinderat, eine Vadeanstalt zu errichten, von den bürgerlichen Vertretern abgelehnt worden ist, weil dazu vorläufig kein Geld vorhanden wäre. Die in einer Schule eingerichteten Brausebäder sind so mangelhaft, daß sie nicht benutzt werden können. Besonders würde darüber geklagt, daß, nachdem im Vorjahre 70 000 M. zur Verbesserung des Wasserwerks ausgeben sind, gleich am ersten warmen Tage dieses Jahres die Wasserreinigung ungenügend, das Wasser selbst zum Teil auch schmutzig und deshalb unbrauchbar war. Da Straßen- und Hausbrunnen nur selten zu finden sind, so trat Wassermangel ein, auch die Straßen wurden nicht mehr besprengt. Eine öffentliche Versammlung soll sich eventuell mit diesen Angelegenheiten beschäftigen. Eine Statistik über die vorhandenen Wohnungen mit Vadegelegenheit wurde dem Vorstand zur Ausführung überwiesen. Eine anderweitige Regelung der Jahlabende soll in einer Versammlung der beteiligten Bezirke vorgenommen werden.

Vermischtes.

Unwetter in Schlesien. Ein wolkbruchartiger Regen rief gestern, wie aus Gänberg in Schlesien gemeldet wird, große Verkehrsstörungen hervor. Auf der Hauptbahn wurde eine Unterführung weggespült, durch die Unsiht des Bahnwärters wurde großes Unglück verhütet. 20 Meter vor der weggerissenen Brücke wurde der Schnellzug zum Halten gebracht! Für den Bahnwärter sammelte man im Zuge eine namhafte Summe. Auf der Nebenbahn Christianstadt-Grünberg wurde an drei Stellen der Bahnkörper kilometerlang fortgerissen und unterpflügt. Der Personenverkehr wird auf der Haupt- und Nebenbahn durch Umsteigen aufrechterhalten, der Güterverkehr wird über Slogau geleitet. Während des Unwetters traten auch Gewitter auf. Wie berichtet wird, sind mehrere Menschen vom Blitz erschlagen worden. Im Dirschberger Tal schlug der Blitz in ein Bauerngehöft; es wurde eine Scheune und ein Schuppen eingeschlagen. In Lomnitz wurde ein Mann, der unter einem Baume Schutz gesucht hatte, vom Blitz erschlagen.

Das Erdbeben in Stutari. Wie telegraphisch gemeldet wird, dauert die Panik der Bevölkerung fort, da die Erdstöße nicht aufhören. Die große Kathedrale sowie die Franziskaner-Kirche drohen einzusinken. Unter der im Freien kampierenden Bevölkerung herrscht Nahrungsmangel. Der bisherige Schaden beläuft sich auf ungefähr 50 Millionen Franc. Räuberbanden beginnen bereits die verlassenen Häuser zu plündern.

Ein polizeiliches Schlepverbod findet wie selten eine polizeiliche Verordnung in der Bütgerschaft von Nordhausen allgemainen Beifall und verdient Nachahmung in anderen Städten. Bei Strafe bis zu 30 M. wird darin unterlagt, auf mehreren namentlich angeführten Promenadenwegen die Kleider schleppen zu lassen, damit die gesundheitschädliche Staubentwicklung vermieden wird.

Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Polizeipräsidenten.) Roggen gute Sorte, 1 Ds. 18,10 (15,10), mittel 15,00 (14,10), geringe 14,00 (13,10) ab Bahn. Futtergetreide, gute Sorte 1 Ds. — (—), mittel — (—), geringe — (—) frei Bagen und ab Bahn. Voller, gute Sorte 16,50 (15,50), mittel 15,70 (15,10), geringe 15,00 (14,40) frei Bagen und ab Bahn. Weizen 1 Ds. 5,33 (5,00), Gerste, gelbe, zum Kochen 45,00 (30,00), Speisebohnen, weiße 60,00 (30,00), Linen 60,00 (30,00), Kartoffeln 9,00 (7,00), Rindfleisch, von der Keule, 1 Kg. 1,80 (1,30), Schweinefleisch 1,40 (1,00), Schmalz 1,70 (1,20), Kalbfleisch 2,00 (1,30), Hammelfleisch 1,70 (1,20), Butter 2,30 (2,00), Eier, 60 Stück, 4,00 (2,80), Karotten, 1 Kg. 2,20 (1,20), Nale 3,00 (1,60), Jander 3,20 (1,20), Dachte 2,60 (1,40), Barische 2,00 (1,00), Schilke 3,80 (1,40), Biele 1,40 (0,80), Krebse 60 Stück 16,00 (3,00).

Briefkasten der Redaktion.

Sokalverband der Statistiker Berlins und christliche Schneider Männen. Gesellschaftliche Mitteilungen ohne Organisationszweck können wir nicht berücksichtigen. — **A. 100.** 1. Rein. 2. Auskunft beim Regiment. — **Ctto, Wollin.** Haben Sie sich schon an das Bureau der Halle gewendet? Offenbar liegt ein Versehen vor. — **Senau 100.** Unterjüdisch-Gesinnung für orthodoxe Ehrerzieher, Am Freitag 9, 2-3 Uhr. — **A. 7. 50.** 1. und 2. Unbemittelte Böhmerinnen unentgeltlich im Waisenhausheim, Urbanstr. 38. 3. Antwort erfolgt im schriftlichen Teil des Briefkastens. — **A. 8. in A.** Auskunft im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15. — **Wette.** Auskunft bei Pöcher selber in Klein-Tschirne, Schlesien. — **Der beste Zenorik.** Darüber entscheiden wir nicht. — **A. 7. 100.** Preussische Staatspapiere, zu deponieren auf der Deutschen Bank. — **Greifswald, Schlesien.** Senden Sie Danksagen, wiederholen Sie Anfrage mit Gähne. — **G. 49.** Waschen wir nicht. — **4 j. Spandau.** Ob nach dem Tode eines Menschen ein Wachstum der Haare oder Finger-nägel eintritt? Nein! Mit dem Tode hört jedes Wachstum auf. Es ist ein freilich weit verbreiteter Aberglaube, daß Haare und Nägel Begrabener wachsen. Wo aber wirklich ein verändertes Aussehen des Haar- und Nagelwachses konstatiert wurde, bezieht es darauf, daß durch das Schrumpfen der Haut und Zusammenfallen des fleischigen Haars und Nagelscheinbar mehr hervortreten. — **W. Rein.** — **Kannmann.** Einen Bußtag für das Deutsche Reich gibt es nicht, sondern nur einen für die einzelnen deutschen Staaten. In Preußen ist der Bußtag durch Gesetz vom 12. März 1893 auf den Mittwoch vor dem letzten Trinitatisfest angelegt worden, am selben Tage haben die meisten sächsischen Herzogtümer sowie Braunschweig, Anhalt, beide Schwarzburger, beide Reuß, Waldeck, Schaumburg-Lippe, Oldenburg, Lippe-Deimold und die drei Danesche Städte Hamburg, Lübeck und Bremen Bußtag, ebenso das Königreich Sachsen, das außerdem noch am Mittwoch vor Oculi einen Bußtag hat. Mecklenburg hat vier Bußtage, nämlich Freitag nach Innozenz, Karfreitag, 5. Sonntag nach Trinitatis, Freitag vor dem 1. Advent, Budern und Württemberg haben den Sonntag Innozenz, das Großherzogtum Hessen hat den Palmsonntag, Baden den letzten Sonntag Trinitatis als Bußtag. Ohne solchen ist unseres Wissens kein deutscher Bundesstaat. In allen deutschen Staaten ist der Bußtag gesetzlicher Feiertag.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.